

## 4. Das preußische Justizwesen als Modell für eine Reform des französischen Rechtssystems?

Ainsi, dans ce déclin des siècles, & après la promulgation de tant de loix, qui-conque porte ses vuës à donner un corps de droit bien digéré, bien précis, bien fondé sur la logique, mérite encore à très-juste titre, la qualité éminente de législateur; sans compter celles de philosophe, de bienfaiteur du genre humain, de pacificateur de tous les troubles civils & domestiques. L'auteur du code Frédéric qui est un grand roi, jouit de cette gloire. Toute l'Europe le sçait, & nous ne répéterons pas des éloges qui pourroient perdre leur éclat sous notre plume<sup>1</sup>.

Dieses Lob für Friedrich II. und seinen ersten Kodifikationsversuch blieb sicherlich nicht unbemerkt; es erschien nämlich in den bedeutenden »Mémoires pour l'histoire des sciences & des beaux-arts«, als »Journal de Trévoux« bekannt, eine umfangreiche Sammlung von Rezensionen, Aufsätzen und Berichten über literarische, natur- und geisteswissenschaftliche, historische und religiöse Themen. Diese wissenschaftliche Fachzeitschrift wurde 1701 in der Stadt Trévoux von Jesuiten gegründet und bis 1769 in ihrer ursprünglichen Form veröffentlicht, was ein Beleg für ihre Bekanntheit und ihren publizistischen Erfolg in der französischen Öffentlichkeit ist. Ausgehend von der darin widergespiegelten positiven Einstellung gegenüber dem Preußenkönig als Gesetzgeber stellt sich die Frage, ob Preußen als Modell für die Justizreformprogramme Frankreichs diene. Und weil die Belege, die in diesem Kapitel ausgeführt werden, zu einer negativen Antwort führen, wird gefragt, wie sich erklären lässt, dass den preußischen Reformversuchen und dem 1794 in Kraft getretenen Allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten keinerlei Modellcharakter für das französische Justizwesen zukommt. Obwohl diese Texte nicht selten als musterhaft dargestellt wurden, dienten sie jedoch nicht als Inspirationsquelle. Vielmehr deckt die kaum existierende Auseinandersetzung mit den Neuerungen im preußischen Justizwesen soziale und politische Konflikte auf, die den Misserfolg des Transfers von juristischem Wissen von Preußen nach Frankreich erklärt. Die

1 Code Frédéric, in: Journal de Trévoux, Apr. 1751, S. 775–795, hier S. 778f.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

Perspektive des Wissenstransfers ermöglicht es daher, ein neues Licht auf die strategischen Machtkämpfe zwischen den verschiedenen Akteuren der Justizreformen sowie auf den Reformdiskurs der Judikative zu werfen und darüber hinaus die Grenzen der Transfermechanismen herauszuarbeiten.

Um diesen Prozess aufzuzeigen, wird von der französischen Perspektive ausgehend der Zustand des Justizwesens in der Monarchie, dessen Reformbedürfnisse und die Debatte um Reformprogramme und mögliche Vorbilder an den Reformbestrebungen des preußischen Justizwesens gemessen: Mit welchen Fragen beschäftigten sich französische Juristen? Inwiefern orientierten sie sich bei ihren juristischen Reformprogrammen an möglichen Modellen aus dem Ausland? Nahmen sie hierbei Bezug auf das, was zur gleichen Zeit in Preußen geschah? Und schließlich stellt sich die Frage, ob und aus welchen Gründen Preußen als Modell galt oder nicht.

Den Ausgangspunkt dieser parallelen Betrachtung der französischen Debatte um Reformbemühungen und das tatsächliche Inkrafttreten solcher Justizreformen in Preußen bildeten die ersten Kodifikationsversuche Friedrichs II., die schon Mitte des 18. Jahrhunderts als ein *Novum* galten. Um die Wahrnehmung jener Vorreiterrolle und die darüber hinaus mögliche Rezeption des preußischen Rechtssystems durch französische Rechtsgelehrte nachzuzeichnen, werden wir 1) den Reformbedarf des französischen Rechtssystems darstellen, 2) damalige Mängel der französischen Justiz und Lösungsvorschläge analysieren, 3) bedeutende Diskussionen um eventuelle Alternativmodelle aus dem Ausland seit den 1760er Jahren nachzeichnen, 4) den möglichen Beitrag Preußens zu dieser Reformsuche beschreiben und schließlich 5) die Gründe für den Misserfolg eines effektiven Wissenstransfers aus Preußen in den französischen Rechtsbereich erläutern.

#### **4.1 Debatte um Reformen des französischen Rechtssystems: Bedarf und Blockade**

Das französische Justizmilieu am Ende des Ancien Régime war überwiegend durch eine tiefe Krise gekennzeichnet<sup>2</sup>. Trotz des Reformwillens einer neuen Generation juristischer Akteure, Magistrate, Anwälte, Rechtsgelehrter und Gerichtsdienstler spalteten sie sich untereinander und mit ihnen ein bedeutender Teil der Ständegesellschaft, der Amtsadel, in Kritiker und Reformbefürworter auf. Die Meinungen der Anhänger aufgeklärter Gedanken und jener der Traditionsträger gingen bei verschiedenen Themen auseinander. Viele dieser Fragen,

<sup>2</sup> Jean-Pierre ROYER, *Histoire de la justice en France. De la monarchie absolue à la république*, Paris <sup>3</sup>2001, S. 159–228.

vor allem im Bereich des Strafrechts, wurden auch in der Öffentlichkeit debattiert. Die Krise führte in einen immer schärfer werdenden Kampf der Parlamente gegen die Monarchie und deren Absolutheitsanspruch bis zu ihrem Höhepunkt, der »Revolution von Maupeou«, die nach ihrem Misserfolg 1774 eine unüberbrückbare juristische und vor allem politische Blockade verursachte<sup>3</sup>.

### 4.1.1 Auf der Suche nach einheitlichen Rechtsnormen

Das Rechtssystem des Ancien Régime war vor allem durch seine Zersplitterung gekennzeichnet. Deshalb bildete seit Ludwig XIV. die Suche nach einer möglichen Vereinheitlichung eines der Hauptanliegen der monarchischen Regierungen. Es ging den Monarchen Europas dabei an erster Stelle darum, ein weiteres Mittel zur Zentralisierung der Machtbefugnis in ihren Händen zu halten. Denn angesichts der Vielfalt von Gebräuchen und Gewohnheitsrechten sowie der Teilung Frankreichs in ein *pays de droit écrit* im Süden und ein *pays de coutume* im Norden waren die Handlungsmöglichkeiten einer zentralen Judikative sehr begrenzt. Die Vielfalt der Rechtsprechung hatte dagegen den Bedeutungszuwachs des fachkompetenten, regionalen Amtsadels zur Folge. Auf der Suche nach Mitteln, um die »Absolutheit« der französischen Monarchie zu stärken, wurden 1665 unter Ludwig XIV. erste Vorbereitungen getroffen, um eine für das ganze Königreich gültige Gesetzgebung und Justizorganisation zu entwerfen. Dafür wurde eine Kommission zur Entwicklung der Kodifikation einberufen, die die berühmte Kriminalordonnanz von August 1670 entwarf. Diese erste einheitliche Reglementierung des französischen Strafverfahrens wurde erst am 9. Oktober 1789 durch ein Dekret aufgehoben, wirkte aber noch lange in den Köpfen der Rechtsgelehrten und Praktizierenden weiter. Im Gegensatz zu diesen durch die Regierung eingeleiteten Homogenisierungsbestrebungen entwi-

<sup>3</sup> Michel ANTOINE, *Le cœur de l'État. Surintendance, contrôle général et intendances des finances, 1552–1791*, Paris 2003; DERS., *Sens et portée des réformes du chancelier Maupeou*, in: *Revue historique* 116 (1992), S. 35–59; Jean-Luc A. CHARTIER, *Justice, une réforme manquée, 1771–1774. Le chancelier de Maupeou*, Paris 2009, S. 497–500; Louis CAHEN, *Les querelles religieuses et parlementaires sous Louis XV*, Paris 1913; Durand ECHEVERRIA, *The Maupeou Revolution. A Study in the History of Libertarianism. France 1770–1774*, Baton Rouge, London 1985; Jean EGRET, *Louis XV et l'opposition parlementaire, 1715–1774*, Paris 1970; Jules FLAMMERMONT, *Le chancelier Maupeou et les parlements*, Paris 1885; DERS., *La réforme judiciaire du chancelier Maupeou. Mémoire lu à l'Académie des sciences morales et politiques en novembre et décembre 1879*, Paris 1880; DERS., *Turgot ou le mythe des réformes*, Paris 1979; Julian SWANN, *Politics and the Parliament of Paris under Louis XV, 1754–1774*, Cambridge 1995.

ckelte sich die tatsächliche Vereinheitlichung der Zivilgesetze nur sehr mühsam. Die Reformversuche stießen im Laufe des 18. Jahrhunderts immer wieder auf den mit einer steigenden Intensität und Dreistigkeit geleisteten Widerstand der Magistrate, die in den Parlamenten über die Rechtsprechung wachten.

Es gelang Ludwig XIV. jedoch ein bedeutendes legislatives Werk in die Wege zu leiten, indem er die großen Ordonnanzen für das Zivilprozessrecht (1667), die Strafprozessordnung (1670) und das Handelsrecht (1673) erließ. Somit entstand ein neues Rechtskorporus mit französischen Normen, die sich von ihrer römisch- und kanonischrechtlichen Herkunft emanzipiert hatten und von nun an in den Rechtsfakultäten gelehrt werden mussten. Eine weitere Etappe im durch Ludwig XIV. durchgeführten Reformprogramm wurde mit dem Edikt von Saint-Germain-en-Laye im April 1679 eingeleitet, das den ersten königlichen Lehrstuhl für französisches Recht errichtete.

Angesichts der verwirrenden Vielfalt der Rechtsnormen, die aus unterschiedlichen Edikten sowie aus Gewohnheitsrechten und der stets wachsenden und sich ändernden Rechtsprechung entstanden war, wuchs das Bedürfnis nach einer einheitlichen Rechtsstruktur. Die erste Synthese des französischen Zivilrechts verfasste der bedeutende Jurist und geistige Vater des späteren Code civil des Français, Jean Domat (1625–1696), in seinem zwischen 1689 und 1694 erschienenen Werk »Lois civiles dans leur ordre naturel« mit dem »Traité des lois« als Präambel, in dem alle Rechtsbereiche dem von Gott gewollten Naturrecht untergeordnet wurden<sup>4</sup>. Domats Prinzipien inspirierten Montesquieu (1689–1755), Jean-Étienne-Marie Portalis (1746–1807), einen weiteren Hauptverfasser des Code civil, und den späteren Kanzlers Henri-François d'Aguesseau (1668–1751), der für bedeutende Ordonnanzen im Bereich der Schenkung (1731) und der Testamente (1745) verantwortlich war.

Trotz dieser wiederholten Bemühungen zur Vereinheitlichung konnte sich keine homogene Zivilgesetzgebung auf dem französischen Territorium durchsetzen. Erst mit der Revolution, insbesondere im Jahr 1791, begann die Verfassungsgebende Versammlung mit der grundsätzlichen Reform des Zivilrechtes. Drei Entwürfe (1793, 1794 und 1796) verfasste der Konsul, Parlamentarier und *prince-archichancelier de l'Empire* Jean-Jacques Régis de Cambacérès (1753–1824), die aber zunächst folgenlos blieben. Schließlich schrieb der vom Nationalkonvent gegründete Legislativausschuss (*comité de législation*) die endgültige Fassung des ersten Code civil des Français, der am 21. März 1804 in Kraft trat und durch das Gesetz vom 3. September 1807 in Code Napoléon umbenannt wurde.

<sup>4</sup> Jean DOMAT, Les lois civiles dans leur ordre naturel, 3 Bde., Paris <sup>2</sup>1697.

## 4.1.2 Konfliktlage zwischen Regierung und den Parlamenten

Ohne auf einzelne Details der letztlich gescheiterten Reform des Kanzlers Maupeou eingehen zu wollen, sollen hier die wichtigsten Konfliktpunkte erwähnt werden, um die spezifische Machtkonstellation innerhalb Frankreichs zu erläutern. Der Konflikt zwischen den Parlamenten und Ludwig XV., der sich durch seine gesamte Regierungszeit hindurchzog, erklärt, weshalb sich französische Schriften, die in diesem Zeitraum erschienen waren, allein auf Fragen zur französischen Zivilverfassung konzentrierten. Das kurze Resümee des Machtkampfs zwischen Regierungsträgern und der privilegierten Sozialgruppe der Magistrate soll folglich dazu dienen, das nicht vorhandene Interesse für Preußen in dieser Zeit zu erklären. Die Autoritäten, auf die sich beide Parteien beriefen, um die Legitimität ihrer Argumentation zu untermauern, entstammten einer mythologisiert rekonstruierten Vergangenheit der französischen Monarchie.

Maupeou, wie die größte Mehrheit der Konfliktbeteiligten beider Parteien, hatte Ludwig XIV. als Vorbild vor Augen. In seinem Bericht an Ludwig XVI., den er ihm Anfang Juli 1789 überreichte, appellierte er an den damals noch regierenden König, sich für die Durchführung einer Justizreform zu engagieren: »Enfin, Sire, la réforme de la législation est un travail digne de votre sagesse; elle fait une partie de la gloire de Louis XIV, elle fera la vôtre«<sup>5</sup>. Doch für eine grundlegende Justizreform hatte der letzte König des Ancien Régime keine Zeit mehr.

Das Edikt vom 28. November 1770, das als »Dezemberedikt« in die Geschichte eingegangen war, weil es im Dezember vom Königlichen Rat verabschiedet wurde, enthielt ein Reformprogramm des Justizapparats, das zu einer gewaltsamen Reaktion der Parlamente führte. Zusammen mit dem darauf folgenden *lit de justice* Ludwigs XV. am 7. Dezember 1770<sup>6</sup> bildeten beide königlichen Entscheidungen einen *coup de majesté* (Staatsstreich von oben), der der Einmischung der Parlamente in die Angelegenheiten der Regierung bzw. in die Verwaltung des Staats ein Ende setzen sollte. Der Machtkampf zwischen der

5 René-Nicolas-Charles-Augustin MAUPEOU, *Compte rendu au roi, ou Mémoire de Maupeou à Louis XVI*, in: CHARTIER, *Justice, une réforme manquée*, S. 287–325, hier S. 325. Der Bericht wurde im Juni/Juli 1789 zunächst Außenminister Montmorin, dann dem König und schließlich der königlichen Bibliothek überreicht.

6 Diese besondere Parlamentssitzung wurde vom König einberufen, um durch seine Anwesenheit die Registrierung der von ihm gewollten Gesetzestexte vom widerspenstigen Pariser Parlament durchsetzen zu lassen und das Remonstrationsrecht des Parlaments außer Kraft zu setzen: Julian SWANN, *Un monarque qui veut »régner par les lois«*. *Le parlement de Paris et le roi dans la France de Louis XV*, in: *Parlement[s]*, *Revue d'histoire politique* 1/15 (2011), S. 44–58.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

Regierung einerseits und den Magistraten als Vertretern des privilegierten Amtsadels andererseits ging so weit, dass Ludwig XV. und Maupeou am 20. Januar 1771 entschieden, alle Magistrate der Pariser Parlamente ins Exil zu schicken, um ihren Widerstand endgültig zu brechen.

Daraufhin erschien am 23. Februar 1771 ein Edikt, das besagte, dass Gerichtsverfahren von nun an kostenlos und die Ämter der Magistrate nicht mehr käuflich seien. Somit wurden auch die sogenannten *épices* abgeschafft, eine spezielle Bezahlung der Richter durch die Prozessparteien. Das gleiche Edikt sah außerdem vor, dass Gerichtsverfahren vereinfacht und im ganzen Königreich vereinheitlicht werden sollten. Besondere Aufmerksamkeit schenkte Maupeou der Verbesserung der Richterausbildung; die Richter sollten allein aufgrund ihres Verdienstes und ihrer fachlichen Kompetenzen berufen werden. Somit sollte mehr Gleichheit vor der Justiz gesichert und eine bessere Kontrolle der Amtsträger durch die oberste Autorität gewährleistet werden. Zu guter Letzt zielte die sogenannte Revolution Maupeous auf die Abschaffung der verschiedenen Parlamente in ganz Frankreich ab<sup>7</sup>.

Auch wenn in der Historiografie die Meinungen darüber auseinandergehen, ob Maupeous Reform die französische Monarchie vor dem Zusammenbruch hätte retten können oder ob sie ganz im Gegenteil diesen noch beschleunigte, herrscht dennoch Konsens über die Modernität ihres Initiators. Statt des mächtigen, korporatistisch handelnden Pariser Parlaments setzte Maupeou in Paris sechs *conseils supérieurs* und weitere in den Provinzen ein. Er förderte sowohl die Zentralisierung der staatlichen Macht als auch die Professionalisierung der Justizamtsträger, indem er bei den berufenen Magistraten ihrem Verdienst mehr Beachtung schenkte als ihrer Geburt. Maupeous Unglück bestand aber darin, dass nicht nur ehemalige Magistrate, die durch seine Reform ihre Privilegien verloren hatten, sondern auch viele Mitglieder der französischen Elite den beinahe avantgardistischen Geist seiner Reform nicht verstanden. Die schlechte Meinung über Ludwig XV., die gegen Ende seiner Regierungszeit vorherrschte, schadete zudem seinem Kanzler. Obwohl aber von allen Seiten Druck ausgeübt wurde, um die »alte Justiz« wieder einzuführen, hielt der König stand.

Mit dem Tod Ludwigs XV. 1774 wendete sich die Situation ins Gegenteil. Die Furcht Ludwigs XVI. und seines Mentors, des Staatsministers und Vorsitzenden des königlichen Finanzrats Maurepas, sich unbeliebt zu machen, führte zur vollständigen Revidierung aller unter seinem Vorgänger durchgeführten Reformen. Maupeou fiel in Ungnade und wurde entlassen. Die im Exil verstreuten Angehörigen des Pariser Parlaments wurden zurückgerufen und wieder auf ihren Posten eingesetzt. Damit sicherten sich die Privilegierten eine besondere

<sup>7</sup> John H. SHENNAN, *The Parlement of Paris*, London <sup>2</sup>1998, S. 318f.; ECHEVARRIA, *The Maupeou Revolution*, S. 217–245.

Position gegenüber der königlichen Regierung und trugen entscheidend zur Schwächung ihrer Macht bei. Die Modernität von Maupeous Reformideen wurde aber Jahre später durch die Verfassungsgebende Versammlung anerkannt, insbesondere im Hinblick auf die Trennung von Judikative und Verwaltungstätigkeiten der Staatsträger sowie der Abschaffung der Käuflichkeit von Richterämtern. Die Praxis der Ämterkäuflichkeit hatte nämlich im Laufe der Jahrhunderte zur Herausbildung einer Kaste beigetragen, die der monarchischen Staatsgewalt als gefährliche Oligarchie gegenüberstand und mit allen Mitteln versuchte, den Staat zu destabilisieren. Deshalb bedeutete die Abschaffung der Ämterkäuflichkeit für den Staat das Ende der ihm drohenden »Regierung der Richter«. Somit übernahm er wieder die Kontrolle über die Berufung der Richter als allein im Dienst des Staats tätige Beamte. Andererseits bedeutete diese Abschaffung für die Magistrate, dass sie ihre Entscheidungsbefugnis wiedererrungen hatten<sup>8</sup>.

Dafür, dass die Ziele der Reform Maupeous nachträglich positiv bewertet wurden, spricht auch die Tatsache, dass der Dritte Konsul Charles-François Lebrun (1739–1824), ein Schüler Maupeous in den 1770er Jahren, sie während des Konsulats übernahm, überarbeitete und umsetzte. Die Herkunft der Reform war in diesem neuen Kontext nicht mehr klar und Lebrun versuchte sogar, sich als ihr Urheber darzustellen.

Die Auseinandersetzung der Regierung mit den Parlamenten und insbesondere dem mächtigen Pariser Parlament wurde immer explosiver. Während des *lit de justice* am 8. Mai 1788 verlangte der Staatsminister, Chrétien-François de Lamoignon de Malesherbes (1721–1794), die diskussionslose Annahme von sechs Edikten, von denen eines die Justizverwaltung betraf: 47 *grands bailliages* wurden errichtet, ein zweiter Instanzgrad sollte in strafrechtlichen Sachen stets existieren, die Verteidigung der Angeklagten stets garantiert, Machtmissbrauch verhindert und die territoriale, herrschaftliche Justizbefugnis eingeschränkt werden. Ein zweites Edikt schaffte die Ausnahmegerichte ab. Das dritte Edikt betraf die Strafprozessordnung. Doch diese erwünschten Änderungen verloren sich in der Masse anderer Vorschriften, die wiederum auf vehemente Ablehnung stießen. Anstelle des Pariser Parlaments sollte ab jetzt die Gerichtshofplenarsitzung (*cour plénière*) Gesetze registrieren, was sowohl die Wut der Nation als auch jene der Parlamentarier entzündete, die in den anderen Parlamenten Frankreichs saßen und der Registrierung der Gesetze durch das Pariser Parlament folgen mussten. Obwohl diese Reformpläne den Vorstellungen der französischen Gesellschaft, insbesondere der gebildeten Kreise, entsprachen, weckten sie Wut und Misstrauen. Die Argumentation der Parlamente, die sich seit den Reformversuchen Maupeous als Repräsentanten der französischen Nation und

8 ANTOINE, *Sens et portée des réformes du chancelier de Maupeou*, S. 58f.

## 4. Das preußische Justizwesen als Modell

immer wieder als Ersatz der seit 1614/15 nicht mehr einberufenen Generalstände stilisierten, fand in der französischen Öffentlichkeit ein breites Echo. Dies sollte schlussendlich zum Misserfolg der Reform führen.

### 4.2 Auf der Suche nach Justizreformen

Die königliche Chancellerie sowie französische Rechtsgelehrte standen vor gravierenden Problemen unterschiedlicher Natur, die sie dazu zwangen, über die Mängel der Rechtsprechung nachzudenken und nach möglichen Lösungen zu suchen, um eventuelle Reformen entwerfen zu können.

#### 4.2.1 Verlangen nach einer Reform der Strafjustiz

Am vehementesten wurde über die Rückständigkeit und Unmenschlichkeit der Strafjustiz debattiert. Über juristisch gebildete Kreise hinaus wurde seit den 1760er Jahren und insbesondere seit der Publikation 1764 von Cesare Beccarias »*Dei delitti e delle pene*« in ganz Europa leidenschaftlich darüber diskutiert. Diese intensive Auseinandersetzung mit strafrechtlichen Fragen spiegelte sich in der von der Königlichen Gesellschaft für Künste und Literatur in Metz 1784 preisgekrönten Schrift »*Discours sur le préjugé des peines infâmes*« des Juristen Pierre-Louis Lacretelle (1751–1824) wider, die zwei Jahre später auch von der Académie française gewürdigt wurde<sup>9</sup>. Wie zahlreiche Juristen und Publizisten seiner Zeit entwarf Lacretelle in dieser Schrift den Plan einer Strafgesetzreform, die dem philosophischen Zeitgeist entsprach<sup>10</sup>. Der bekannte Rechtsanwalt und -berater, der d'Alembert, Condorcet, Buffon und Turgot nahestand, wurde 1787 zum Mitglied des Ausschusses ernannt, den der König eingesetzt hatte, um eine Reform der strafrechtlichen Gesetzgebung vorzubereiten. Sein Engagement gegen die willkürlichen *lettres de cachet* hatte ihn in Paris zu einer Berühmtheit gemacht. Er hatte sich für die Befreiung von Jean-Fran-

<sup>9</sup> Robespierre erhielt den zweiten Preis. Die Preisfrage lautete: »Quelle est l'origine de l'opinion qui étend sur tous les individus d'une même famille, une partie de la honte attachée aux peines infâmes que subit un coupable? Cette opinion est-elle plus nuisible qu'utile? Et dans les cas où l'on se décideroit pour l'affirmative, quels seroient les moyens de remédier aux inconvéniens qui en résultent?«

<sup>10</sup> In seinem Plädoyer zur Verbesserung der modernen Gesetzgebungen erwähnte Lacretelle das englische Strafsystem zwar als eines der besten, stritt ihm aber jeglichen Modellcharakter ab: Pierre-Louis LACRETELLE, Plan d'un ouvrage sur la réforme des lois criminelles, in: *Euvres de Pierre-Louis Lacretelle aîné*, Bd. 3, Paris, S. 165–197, hier S. 167, Fn. 1.

çois-Joseph Geffrard de la Motte, Comte de Sanois, engagiert, der mittels einer *lettre de cachet* wegen angeblicher Verschwendung der Güter seiner Ehefrau verhaftet worden war. Als Anhänger Beccarias griff Lacretelle den konservativen Pierre-François Muyart de Vouglans (1713–1791) an und kritisierte auch den Kriminalisten Daniel Jousse (1704–1781) für seine negativen Äußerungen über den italienischen Aufklärer<sup>11</sup>.

Daniel Jousse war bereits zu seinen Lebzeiten ein bekannter Magistrat aus Orléans, dort Präsidialrat, Spezialist für Strafrecht und unermüdlicher Kommentator aller wichtigen Rechtstexte seiner Zeit<sup>12</sup>. Er beteiligte sich intensiv an der Diskussion um die Strafrechtsreform. Jousse gehörte damit zu einem stets wachsenden intellektuellen Kreis, der zwar eine zeitgemäße Modernität vertrat, jedoch nicht zu den Aufklärern zählte. Dieser Kreis bestand aus Magistraten aus der Provinz, die im Laufe des 18. Jahrhunderts aufgrund ihrer Ämter in den mittleren Gerichten (*présidiaux*) »mittlere Amtsträger« (*officiers moyens*) genannt wurden, weil sie zwischen den unteren und den oberen Magistraten standen<sup>13</sup>. Im Gegensatz zu weiteren Angehörigen dieser Gruppe wie Robert-Joseph Pothier (1699–1772) und Le Trosne<sup>14</sup> stammte Jousse nicht aus dem Amtadel, sondern wurde 1734 der erste Magistrat seiner Familie, die ihren Reichtum dem Zuckerhandel verdankte. Sein umfangreiches Werk bietet ein exemplarisches Bild aller Themen, die im Zuge des allgegenwärtigen Reform-

11 Corinne LEVELEUX-TEIXEIRA (Hg.), Daniel Jousse. Un juriste au temps des Lumières, 1704–1781, Limoges 2007.

12 Nicole DYONET, Daniel Jousse dans son temps (1704–1781), in: LEVELEUX-TEIXEIRA (Hg.), Daniel Jousse, S. 17–31.

13 Hier versteht sich *moyen* als Bezeichnung für »dazwischen« bzw. »Zwischenposition«. Die soziale Gruppe der *officiers moyens* erfährt seit einiger Zeit ein lebhaftes Interesse seitens der französischen Historiker, siehe Christophe BLANQUIE, Justice et finance sous l'Ancien Régime. La vénalité présidiale, Paris 2001; Michel CASSAN (Hg.), Les officiers moyens à l'époque moderne. Pouvoir, culture, identité, Limoges 1998; DERS., Offices et officiers »moyens« en France à l'époque moderne. Profession, culture, Limoges 2004; Vincent MEYZIE, Officiers »moyens«. Monarchie administrative et villes à l'aune du dénombrement des officiers royaux en situation de cumul au XVIII<sup>e</sup> siècle, in: Les Cahiers du Centre de recherches historiques 38 (2006), S. 99–125.

14 Le Trosne hebt in dieser Schrift hervor, dass »depuis quelques années, plusieurs magistrats de cours souveraines paroissent s'occuper du dessein de travailler à des projets de réforme; & ils sentent que ce seroit par la justice criminelle qu'il faudroit commencer. Le moment seroit donc favorable pour favoriser & encourager la discussion«, Guillaume-François LE TROSNE, Vues sur la justice criminelle. Discours prononcé au bailliage d'Orléans, Paris 1777, S. 128f.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

diskurses unter den Juristen und auch in der Öffentlichkeit diskutiert wurden<sup>15</sup>. Im Bereich des Strafrechts und der Strafprozessordnung konzentrierte sich Jousse ausschließlich auf die Analyse der großen Ordonnanz von 1670<sup>16</sup>. Das Werk enthält deshalb keinen Hinweis auf ausländische Strafnormen oder auswärtige Prozessordnungen sowie keine Angaben über die aufklärerischen Entscheidungen des preußischen Königs wie die Abschaffung der Folter oder andere populäre – oder vielmehr propagandistische – Verordnungen Friedrichs II. Der große Rechtsgelehrte unterließ es aber nicht, sich mit Samuel von Coccejis umfangreichem Projekt einer zivilrechtlichen Gesetzgebung für die preußischen Territorien intensiv auseinanderzusetzen und sie gründlich zu kritisieren, wie wir später sehen werden<sup>17</sup>.

Jousse hielt es letztendlich für unnötig, die französische Justiz zu reformieren. Seiner Meinung nach sollten nur die Kenntnis der Gesetze verbessert und die Richter besser ausgebildet werden. Seine Schriften fügten sich in die Konti-

<sup>15</sup> Jousse's Gesamtwerk ist beachtlich. Er publizierte sowohl Traktate als auch Kommentare der neuen Ordonnanzen: der strafrechtlichen Ordonnanz von 1670 (Paris 1753), der Zivilordonnanz von 1667 (Paris 1753), Handelsordonnanzen von 1673 (Paris 1755), Ordonnanz zu Wasser und Wald von 1669 (Paris 1772). 1771 erschien in Paris der »*Traité de l'administration de la justice criminelle de France*«, der Fragen sowohl des Zivil- als auch des Strafrechts behandelte, 1757 ein »*Recueil chronologique des ordonnances, édits et arrêts de règlement cités dans les nouveaux commentaires sur les ordonnances des mois d'avril 1667, août 1669, août 1670 et mars 1673*«, der in den vier neuen Kommentaren zitiert wurde. Auch mit kanonischem Recht setzte sich Jousse auseinander. Zwei seine Traktate, die 1769 in Paris erschienen, waren maßgebend: der »*Traité du gouvernement spirituel et temporel des paroisses*« (Paris 1769) und der »*Traité de la juridiction volontaire et contentieuse des officiaux et autres juges d'Église tant en matière civile que criminelle*« (Paris 1769). Im Bereich der Prozessordnung veröffentlichte er: »*Nouveau commentaire sur les ordonnances des mois d'août 1669 et mars 1673, ensemble sur l'édit du mois de mars 1673, touchant les épices*« (Paris 1775); »*Nouveau commentaire sur l'édit du mois d'août 1695 concernant la juridiction ecclésiastique avec un recueil des principaux édits, ordonnances et déclarations relatives à la matière*« (Paris 1757); »*Traité de la juridiction des présidiaux, tant en matière civile que criminelle, avec un recueil chronologique des édits et ordonnances concernant les présidiaux*« (Paris 1764); »*Traité des fonctions, droits et privilèges des commissaires enquêteurs examinateurs avec les règlements rendus touchant ces officiers*« (Paris 1759) und schließlich »*Traité de la juridiction des trésoriers de France tant en matière de domaine et de voirie que de finance*« (Paris 1777). Zuletzt sollen noch zwei Berichte über das Gewohnheitsrecht seiner Region, Orléans, erwähnt werden, die zu seinen Lebzeiten eine besondere Bedeutung erfuhren: »*Deux mémoires sur le jeu de fief dans la coutume d'Orléans, avec cette épigraphe »pro defensione patries«*« (Orléans 1780).

<sup>16</sup> Daniel JOUSSE, *Nouveau commentaire sur l'ordonnance criminelle du mois d'août 1670, avec un abrégé de la justice criminelle*, 2 Bde., Paris 1769.

<sup>17</sup> Siehe auch DERS., *Nouveau commentaire sur l'ordonnance civile du mois d'avril 1667*, 2 Bde., Paris 1769.

nuitätslinie einer Tradition ein, die juristische Kompetenz als nützliches Instrument für eine bessere Kenntnis von Lokalgeschichte sowie für eine bessere Verwaltung des Landes verstand<sup>18</sup>. Als Träger eines komplexen juristischen Wissens betrachtete sich Jousse als Vermittler dieser spezifischen Kenntnisse und verfasste deshalb unzählige Kommentare sowohl für die praktizierenden Richter als auch für eine breitere Leserschaft, die dazu dienen sollten, Rechtsnormen verständlich zu erläutern. Sein Ziel erreichte er schon zu seinen Lebzeiten: Seine Bücher wurden gelesen und geschätzt, was ihm ein hohes Renommee einbrachte.

Dies erklärt, weshalb ein von den Philosophen beeinflusster Rechtsanwalt wie Charles-Marguerite-Jean-Baptiste Mercier Dupaty (1746–1788) den konservativen Strafrichter regelmäßig zur Zielscheibe seiner Kritik machte. Der Vorsitzende des Parlaments von Bordeaux zeigte sich nämlich noch lange nach Jousses Tod hinsichtlich der anerkannten Autorität des Kommentators älterer Rechtstexte gereizt<sup>19</sup>. Fünf Jahre nach dem Ableben des traditionstreuen Kriminalisten richtete Dupaty in einer Verteidigungsschrift, die drei seiner Meinung nach unschuldig zum Tode verurteilte Männer betraf, scharfe Worte gegen den von ihm als ungerecht bezeichneten Richter und zitierte dabei Friedrich II. als Vorbild<sup>20</sup>.

Es wurde nicht etwa das preußische Rechtssystem gelobt, sondern in rhetorischer Manier sein Monarch. Dupaty verwendete in seiner Argumentation gleich zweimal den Name Friedrichs als Synonym für Gerechtigkeit. Er zitierte nämlich einen Satz, der angeblich aus dem Mund des preußischen *roi justicier* stammte: »Entre tous les maux qui peuvent arriver dans la distribution de la justice, aucun n'est comparable à celui de faire mourir un innocent«<sup>21</sup>. Das Bild

18 DYONET, Daniel Jousse dans son temps, S. 26f.

19 Ibid., S. 30.

20 »Que faire? fermer l'oreille & le cœur à Julius Clarus, à Jousse, aux arrêts qui ont condamné Cahuzac, Langlade, tant d'autres & nos malheureux Cliens; & ouvrir votre oreille & votre cœur à Trajan, à Antonin, à Charlemagne, à Frédéric, à Lamoignon qui vous crient: Personne ne doit être condamné sur des soupçons, \*Non de suspicionibus debet quis damnari«, Charles-Marguerite-Jean-Baptiste Mercier DUPATY, Mémoire justificatif pour trois hommes condamnés à la roue, Paris 1786, S. 173. Auch Lally-Tollendal schreibt Friedrich die Unschuldsvermutung zu: »L'édit barbare de Henri II. seroit révoqué; toute loi qui présume le crime, est un acte de tyrannie. Voyez la Dissertation déjà citée du roi de Prusse; c'est un des premiers ouvrages où l'on ait répandu sur cette loi l'horreur et le ridicule qu'elle mérite«, Trophime-Gérard DE LALLY-TOLLENDAL, Essai sur quelques changemens qu'on pourroit faire dès-à-présent dans les loix criminelles de France, par un honnête homme, qui, depuis qu'il connoît ces loix, n'est pas bien sûr de n'être pas pendu un jour, Paris 1786, S. 25.

21 DUPATY, Mémoire justificatif, S. 174.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

eines gerechten preußischen Rechtssystems, das durch den Monarchen verkörpert wurde, zirkulierte demzufolge auch im juristischen Milieu Frankreichs und wurde von bekannten, anerkannten Autoritäten verbreitet.

##### 4.2.2 Lernen aus der Komparatistik

Der aufgeklärte Dupaty war ein entschiedener Befürworter der Komparatistik zum Zweck der Verbesserung der eigenen Rechtsprechung. Zusammen mit dem aus Italien stammenden, aber in Frankreich lebenden Journalisten Joseph-Antoine-Joachim Cerutti (1738–1792) vertrat er die Ansicht, dass man vom Anderen, Fremden lernen könne. Um ihren Worten Autorität zu verleihen, beriefen sich die beiden auf idealisierte, aufgeklärte Monarchen wie Friedrich II. Selbst dieser habe zur Verfassung seines Strafgesetzbuchs nach dem Rat der meist aufgeklärten und gebildeten Denker gefragt<sup>22</sup>. In gleicher Manier habe die russische Kaiserin ihren Kanzler verreisen lassen, um Erfahrungen in diesem Fachgebiet zu sammeln. Von der Ordonnanz Ludwigs XIV. hätten sie nur wenig, von Montesquieu jedoch viel übernommen<sup>23</sup>.

Ganz in diesem Sinne, erzählte Cerutti, habe Dupaty einen Reiseplan aufgestellt, um sowohl alle verschriftlichten als auch die nicht festgeschriebenen Gesetze zu sammeln, die in ihrer Gesamtheit die Strafgesetzgebung der jeweiligen Staaten bildeten. Dupatys Ziel sei es gewesen, ein allgemeines, vergleichendes Panorama aller älteren und modernen Strafgesetzgebungen zu zeichnen, bei der jede einzelne Gesetzgebung einer philosophischen Überprüfung unterworfen werde. Ausgehend von diesen ausführlichen Untersuchungen plane Dupaty außerdem, eine allgemeine Theorie der Strafgesetze zu entwickeln, an der er schon lange arbeite. Schließlich beabsichtige er, einen vollständigen Bericht über alle Publikationen zu strafrechtlichen Fragen zu konzipieren. Somit werde, dank Dupaty, die königliche Bibliothek mit bedeutenden juristischen Werken ergänzt, die ihr bisher noch fehlten. Darüber hinaus, hob Cerutti noch hervor, habe Dupaty dem Universalsystem der eigenen Kenntnisse einen wichtigen Zweig hinzugefügt, der bisher vernachlässigt und vergessen worden sei. Auf

<sup>22</sup> »Contemplez Frédéric [...]. Il a demandé les avis de tous les hommes éclairés, pour la rédaction de son code criminel. L'impératrice de Russie a fait voyager, pour le même objet, le chancelier Woronzof; ils ont adopté peu de choses de notre ordonnance, mais beaucoup de Montesquieu. »Les connaissances qu'on a acquises dans certains pays, & qu'on acquerra dans d'autres, sur les meilleures règles à suivre dans la législation criminelle, dit Montesquieu, [contribuent] plus que toute autre chose, au bonheur de l'humanité«<sup>22</sup>, Joseph-Antoine-Joachim CERUTTI, La réforme du code criminel, discours en vers, London 1787, S. 67.

<sup>23</sup> Ibid.

diese Weise habe er in Frankreich und auch in anderen Nationen die dringliche Reform der Strafjustiz ermöglicht. Wenn einige Herrscher Ruhm und Ehre errungen hätten, indem sie gelehrte Forscher in die Welt schickten, um Längengrade zu messen, Meridiane festzustellen, neue Länder und neue Güter zu entdecken, welcher Ruhm würde dann dem Monarchen zuteilwerden, der Magistrate in jedes Reich der Welt sendete, um Mittel dafür zu finden, Verbrechen zu stoppen und Unschuld zu schützen. Ludwig sei es würdig, solch ein menschliches Projekt durchführen zu lassen. Dupatys Meinung zufolge, so schloss Cerutti sein Plädoyer zugunsten einer Strafrechtsreform, verbinde solch ein königlicher Auftrag Montesquieus Gedanken, die Gefühle Heinrichs IV. und die Entschlüsse Ludwigs XIV.<sup>24</sup> Jedoch blieben Ceruttis und Dupatys Wünsche lange Zeit unbeachtet. Erst 1801 wurde ihre Idee einer vollständigen Sammlung aller ausländischen Gesetzgebungen zum Zweck der Komparatistik wieder aufgegriffen, kam aber zu keinem bedeutenden Ergebnis.

#### 4.2.3 Grenzen der Komparatistik

Abgesehen von einer sehr geringen Zahl konservativer Juristen wie Jousse und Muyart de Vouglans, die am alten System festhielten, wurde der Wunsch nach einer gründlichen Reform der Strafjustiz am Ende des Ancien Régime immer lauter<sup>25</sup>.

1786 wurde die Debatte um die notwendige Reform des Strafsystems in Frankreich durch einen weiteren berühmten Publizisten und Literaten fortgesetzt, der sich aufgrund seiner eigenen Biografie schon in jungen Jahren gegen richterliche Willkür engagierte. Sein Vater, Thomas-Arthur, Baron de Tollendal,

<sup>24</sup> Ibid., S. 67f. Auch im Vorwort bezieht sich Cerutti auf die ruhmvollen Ordonnanzen Ludwigs XIV.: »Louis XIV sentit la nécessité de réformer les loix pénales de son temps. Il méritoit de trouver un Montesquieu, un d'Aguesseau, un l'Hôpital; il ne trouva que Puffor[t]. Cet homme inflexible, digne émule de Poyet, aggrava le joug au lieu de l'adoucir, & trompa l'espérance d'un grand roi«, *ibid.*, S. IV.

<sup>25</sup> Nicolas-Joseph Philpin DE PIÉPAPE, *Observations sur les loix criminelles de France, suivi de Suite des observations sur les loix criminelles de France, sixième mémoire*, Paris 1789–1790, S. 18. Eine dauernde Kritik der veralteten strafrechtlichen Regelung findet sich schon bei Michel Servan, der entrüstet über die strafrechtliche Ordonnanz von 1670 schrieb: »Quel objet d'émulation pour notre siècle! verrons nous inutilement cet ouvrage, & ne travaillerons-nous jamais à le surpasser?«, Joseph-Michel-Antoine SERVAN, *Discours sur l'administration de la justice criminelle*, Genf 1767, S. 137. Das gleiche galt später für Le Trosne: »Les ordonnances de 1667 & de 1670 sont sans doute un des monuments les plus glorieux du dernier siècle [...]. Mais ces lois [...] sont-elles nécessairement si parfaites qu'on ne puisse rien y changer d'après un siècle d'expérience & de réflexions«, *LE TROSNE, Vues sur la justice criminelle*, S. 9.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

Comte de Lally (1702–1766), wurde nämlich am 9. Mai 1766 wegen angeblichen Staatsverrats in Paris enthauptet. Trophime-Gérard de Lally-Tollendal (1751–1830) kämpfte jahrelang für die Rehabilitation seines Vaters, zu der schlussendlich auch Voltaires Unterstützung beitrug. Als der junge Lally-Tollendal 1779 das Amt des *grand bailli* von Estampes erwarb, stand daher auf dem Erwerbstitel vermerkt, dass ihm dieses Amt aufgrund der Verdienste seines Vaters und seiner Treue ihm gegenüber zustehe. Im Mai 1789 führte sein dadurch erworbener guter Ruf dazu, dass er zum Abgeordneten des Adels bei den Generalständen gewählt wurde.

1786 schlug Lally-Tollendal einige strafrechtliche Reformen in einem Essay vor, in dem er die Kodifikationen anderer Länder für Frankreich als erstrebenswert erklärte<sup>26</sup>. Ein solches einheitliches Gesetzbuch, das von Vernunft und Gerechtigkeit durchdrungen sei, mit dem Naturrecht harmonisiere und durch seine Menschlichkeit besteche, müsse endlich die alten Kompilationen mit ihren veralteten Kommentaren ersetzen. Nach nichts anderem würden sich die aufgeklärten Bürger mehr sehnen<sup>27</sup>. Leider verlange die Durchführung eines solchen umfangreichen Projektes viel Zeit und Mühe. Hier erwähnte Lally-Tollendal die schon durchgeführten Kodifikationen, die als Modell gelten könnten bzw. sollten: »[L]a justice angloise, les codes de Prusse, de Russie, d’Autriche, nous offrent des exemples à imiter«<sup>28</sup>.

Dennoch gebe es nirgendwo ein Gesetzbuch, dem keine grundlegenden Mängel und Fehler vorzuwerfen seien. Die Situation sei jedoch sehr dringlich: Jedes Jahr zeigten neue Opfer des Strafsystems die Notwendigkeit einer Reform aufs Neue auf. Jedes Mal, wenn ein Rechtsfall die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehe, könne man aus allen Richtungen des Königreichs 1000 Stimmen hören, die weitere schwerwiegende Verbrechen anprangerten, die durch das »Eisen der Gesetze« begangen worden seien. Wie viele Unschuldige seien durch die Anwendung eines viel zu brutalen Strafkataloges bereits in den Tod geführt worden, für die es letztendlich nur die Hoffnung gebe, dass ihr Ansehen post mortem rehabilitiert werde<sup>29</sup>?

Lally-Tollendal, der selbst den Fall seines Vaters miterleben musste, hatte die erschreckenden Mängel und Fehler der französischen Gerichtsentscheidungen gründlich studiert. Er sah sich persönlich veranlasst, einige in seinen Augen vernünftige Änderungen vorzuschlagen, bevor die große, so ersehnte

<sup>26</sup> LALLY-TOLLENDAL, *Essai sur quelques changemens*.

<sup>27</sup> »Voir un code dicté par la raison & la justice, conforme au droit de la nature, avoué par l’humanité, remplacer enfin parmi nous les vieilles compilations des Poyet & des Puffort; tel est le vœu de tous les citoyens éclairés«, *ibid.*, S. 3.

<sup>28</sup> *Ibid.*, S. 4.

<sup>29</sup> *Ibid.*, S. 5.

Kodifikation verwirklicht werden sollte. Solch eine Gesetzgebung werde den Ruhm Frankreichs vor den anderen Nationen so deutlich hervorheben, meinte er, dass es keinen Anlass mehr gäbe, sich für die Strenge und die Absurdität seiner Gesetze zu schämen<sup>30</sup>.

Nachdem Lally-Tollendal die Bedeutsamkeit seiner Vorschläge durch die Zustimmung des gebildeten Publikums als gesichert ansah, wandte er sich an Ludwig XVI., den »gerechten und menschlichen König«, der über eine Nation herrsche, wo die Sitten mild und die Geister aufgeklärt seien. Seine Reformvorschläge teilten sich in drei Bereiche auf: 1) die Änderungen, die im strafrechtlichen Verfahren durchzuführen seien (I und II); 2) die Änderungen, die im Strafgesetzbuch durchzuführen seien (III); 3) Änderungen bezüglich Form und Ausführung der Gerichtsentscheidungen (IV).

Als allererste Änderung im Strafgesetzbuch plädierte Lally-Tollendal für die Anwendung der Todesstrafe nur noch im Fall von Tötung und Totschlag. Hier bezog sich der Autor auf die Autorität Friedrichs II., der während der 46 Jahre seiner glorreichen Regierungszeit diese Regel respektiert habe; niemand habe es gewagt, zu behaupten, dass dieses Gesetz die Zahl solcher Verbrechen habe ansteigen lassen. Auch die russische Kaiserin Elisabeth habe bei ihrer Thronbesteigung versprochen, keine Kriminellen zum Tode zu verurteilen; ihr Nachfolger Peter III. sei ihr in dieser Hinsicht gefolgt und Katharina II. habe nur eine sehr geringe Anzahl von Verurteilten von außergewöhnlicher Gefährlichkeit und nur in Ausnahmefällen in den Tod geschickt. Trotz dieser »milderer« Regelung gebe es seit Elisabeths Regierungszeit weniger Verbrechen in Russland als in der Zeit zuvor, als noch aufwändige Qual und Marter ausgeführt worden seien<sup>31</sup>.

Beccarias Argumentation folgend erklärte Lally-Tollendal somit, dass die Todesstrafe für die Verhinderung weiterer Verbrechen nicht vonnöten sei. Außerdem sei sie ungerecht, weil sie einen Justizirrtum unumkehrbar mache. Denn niemals könne man sicher sein, keinen Unschuldigen verurteilt zu haben. Dennoch, relativierte der Autor seine Aussagen, plädiere er trotz seiner inneren Überzeugung nicht für die totale Abschaffung der Todesstrafe, nicht zuletzt, weil die »aufgeklärte Öffentlichkeit« sie weiterhin für nötig halte<sup>32</sup>. Auch deshalb setze er sich für die Abschaffung der Folter und bei der Vollstreckung für zwei Arten von Todesstrafen ein: den Tod durch Enthauptung oder durch das Seil.

Der Autor war sich zwar bewusst, dass diese Reformvorschläge nicht ausreichend waren, dennoch ging es ihm vor allem darum, die unehrenhaften und

30 Ibid., S. 6.

31 Ibid., S. 24.

32 Ibid., S. 25.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

barbarischen Regeln des französischen Strafsystems zu beseitigen. Deshalb schreckte er nicht davor zurück, ein verklärtes Bild des englischen Strafsystems als Modell zu wählen. Er behauptete, dass es in Frankreich im Gegensatz zu England, wo die Angeklagten sowohl während der Untersuchung und der Ermittlung als auch während des Strafvollzugs mit Menschlichkeit behandelt würden, keinen Fortschritt in diesen Bereichen gebe<sup>33</sup>. Er hatte Recht, und erst die Französische Revolution brachte trotz all ihrer Schwierigkeiten auch hier Erneuerungen mit sich.

Obwohl das Studium ausländischer Regelungen explizit dazu beitragen sollte, französische Normen zu verbessern, war die Komparatistik zunächst wenig erfolgreich. Dies änderte sich Ende der 1780er Jahre. Zu Beginn der Französischen Revolution waren die bedeutenden Wegbereiter der Reformbewegung, Montesquieu, Voltaire, Rousseau, Beccaria u. a., verstorben. Neue Ideen und ausländische Modelle wurden von nun an bevorzugt. In diesem Sinne wurde schon 1787 die Leopoldina, das toskanische Strafgesetzbuch vom 30. November 1786, das für seine Prinzipien sehr gelobt wurde, ins Französische übersetzt<sup>34</sup>.

In dieser öffentlichen Debatte fällt auf, dass sich nicht nur ausgebildete Publizisten oder Rechtgelehrte, sondern auch viele professionelle und praktizierende Juristen daran beteiligten. Unter den 33 Autoren, die zwischen 1776 und 1789 eine Schrift über ein strafrechtliches Thema oder zur Strafprozessordnung veröffentlichten, finden wir 16 Rechtsanwälte und sieben Magistrate.

Zu den Reformen, die in den 1780er Jahren durchgeführt wurden, trugen die *gardes des sceaux* Miromesnil (1774–1787) und Lamoignon de Basville (1787–1788) wesentlich bei, die mit liberalen Ideen und mit denen der französischen Aufklärer vertraut waren. Lamoignon bereitete sogar mit seinem Cousin

<sup>33</sup> »Cette partie de la jurisprudence criminelle, est celle qui a fait jusqu'ici le moins de progrès. En Angleterre, l'humanité pour les accusés dans l'instruction & dans l'exécution des jugemens, les précautions pour éviter le malheur ou le crime de condamner des innocens, ont été portées au plus haut degré«, *ibid.*, S. 29–31.

<sup>34</sup> Zum Lob der Leopoldina: »Voilà qu'un génie bienfaisant vient d'exécuter sur une partie de l'Italie, le plan salutaire de la réforme législative qu'avaient indiqué Montesquieu & Beccaria. L'âme de ces deux grands hommes paraît avoir passé dans celle du prince; & sans doute dans ce moment leurs ombres satisfaites planent autour de ce trône où s'est assise l'humanité sous les traits de Léopold«, Pierre-Jean-Baptiste CHAUSSARD, *Théorie des lois criminelles*, ou Discours sur cette question: si l'extrême sévérité des lois diminue le nombre et l'énormité des crimes, suivi d'un tableau analytique des lois criminelles des différents peuples, composés en 1788, Auxerre 1789, S. 31.

Malesherbes, dem Parlamentspräsidenten Dupaty und dem Abbé Maury<sup>35</sup> ein umfangreiches Reformprogramm des Strafrechts vor<sup>36</sup>. Sofort nach seiner Ernennung zum *garde des sceaux* beauftragte er eine Rechtsanwaltskommission, die zur Realisierung seines Projekts notwendigen Texte vorzubereiten. Unter den sechs Mitgliedern dieser Vorbereitungskommission waren Guy-Jean-Baptiste Target (1733–1806), Pierre-Jacques Bonhomme de Comeyras († 1798)<sup>37</sup>, Lacretelle und wahrscheinlich auch Nicolas-Joseph Philpin de Piépape (1731–1793)<sup>38</sup>, der sich gegen die Einführung von Geschworenen im französischen Rechtssystem aussprach<sup>39</sup>.

#### 4.2.4 Schwierigkeiten mit einer neuen Gesetzgebung im revolutionären Frankreich

Am 8. Oktober und 3. November 1789 erließ die Nationalversammlung zwei Dekrete »portant réformation provisoire de la justice criminelle«, die einige Bereiche der Strafjustiz provisorisch reformieren sollten. Beide Dekrete spielten insofern eine besondere Rolle für die Justiz, da sie eine bedeutende Entwicklung im Vergleich zur Ordonnanz von 1670 darstellten. Durch sie wurden das Verhör auf der Anklagebank, Folter und der Pflichtschwur der Angeklagten offiziell abgeschafft und zugleich die Öffentlichkeit der Strafprozesse sowie das Recht der Angeklagten, einen oder mehrere Verteidiger auszuwählen, festgelegt.

Zu diesem Zweck wurde am 10. September 1789 ein neues Komitee für die Reform der Strafurjurisprudenz (*comité pour la réforme de la jurisprudence crimi-*

<sup>35</sup> Xavier RADUGET, La carrière politique de l'abbé Maury de 1786 à 1791, in: *Revue d'histoire de l'Église de France* 3/17 (1912), S. 505–515, insbes. S. 513; Louis SIFFREIN MAURY, *Vie du cardinal Jean Siffrein Maury*, Paris 1828; Georges BONNET-MAURY, *Le cardinal Maury d'après ses mémoires et correspondances*, Paris 1892; Jean-François POUJOLAT, *Le cardinal Maury, sa vie et ses œuvres*, Paris 1855; Art. »Maury, Jean Siffrein« in: LEMAY, *Dictionnaire des constituants*, Bd. 2, S. 645–648.

<sup>36</sup> ROYER, *Histoire de la justice en France*, S. 225–229; Bernard SCHNAPPER, La diffusion en France des nouvelles conceptions pénales dans la dernière décennie de l'Ancien Régime, in: DERS. (Hg.), *Voies nouvelles en histoire du droit. La justice, la famille, la répression pénale (xvi<sup>e</sup>–xx<sup>e</sup> siècle)*, Poitiers 1991, S. 187–205; Albert MARION, *Le garde des sceaux Lamoignon et la réforme judiciaire de 1788*, Paris 1905.

<sup>37</sup> Pierre-Jacques Bonhomme DE COMEYRAS, *Essai sur les réformes à faire dans notre procédure criminelle*, Paris 1789.

<sup>38</sup> Léonce DE PIÉPAPE, *Nicolas-Joseph Philpin de Piépape, jurisconsulte et conseiller d'État (1731–1793)*, Paris 1924.

<sup>39</sup> SCHNAPPER, *La diffusion en France des nouvelles conceptions pénales*, S. 187–205.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

nelle) gegründet. Mit der Einführung des Gesetzes vom 15. September 1791 zur Strafrecht und dem Inkrafttreten des Strafgesetzbuches vom 25. September 1791 schloss das Komitee einen langen Entwicklungsprozess zunächst ab<sup>40</sup>.

Tatsächlich wurden durch das Gesetz vom 16. und 24. August 1790 Friedensrichter in jeder Kantonshauptstadt eingeführt. Diese neue Gerichtsform sollte den Prozessparteien eine schnellere, einfachere und kostensparendere Rechtsprechung ermöglichen, bei der ein Friedensrichter sowohl die Rolle des Richters als auch des Vermittlers übernehmen sollte. Ihre Richtertätigkeit war auf zwei Jahre begrenzt. Außerdem sollten sie von den Einwohnern der jeweiligen Ortschaften ausgewählt werden und ihre Entscheidungen sollten sich am Prinzip der Billigkeit (*équité*) orientieren.

Insgesamt können die durch die Verfassungsgebende Versammlung eingeführten Neuerungen im Strafrecht als besonders innovativ betrachtet werden. Sie bildeten eine echte Binnenrevolution innerhalb der Französischen Revolution, wurden aber von den späteren Regierungen, vor allem während der napoleonischen Herrschaft, abgeschafft oder umgedeutet. Ein erstes Gesetz wurde am 8. und 9. Oktober 1789 verabschiedet, durch das die wichtigsten Änderungen im Bereich der Strafprozessordnung eingeführt wurden. Dieser erste Schritt wurde am 16. und 19. September 1791 durch die Einführung von Geschworenen ergänzt. Im Namen der zuständigen Verfassungs- und Gesetzgebungskomitees stellte Louis-Michel Le Peletier de Saint-Fargeau (1760–1793) den Entwurf eines neuen, allgemeingültigen Strafgesetzbuches vor<sup>41</sup>, das zwischen dem 25. September und dem 6. Oktober 1791 angenommen wurde. In diesem Gesetzbuch, das in einem ersten Teil Strafmaßnahmen beschrieb und in einem zweiten Verbrechen auflistete, lässt sich Beccarias Einfluss deutlich erkennen. Zur Reform des Strafgesetzbuches kamen noch zwei bedeutende Gesetze zur Organisation der Gerichte hinzu: eines vom 16.–24. August 1790, dessen Bestimmungen in die Verfassung von 1791 einfließen, und ein zweites vom 19.–22. Juli 1791. Diese neuen Gesetze führten das Trennungsprinzip zwischen zivil- und strafrechtlicher Justiz sowie drei Ebenen der strafrechtlichen Gerichtsbarkeit (*tribunaux de police municipale*, *tribunal de police correctionnelle* und *tribunal criminel départemental*) ein.

Insgesamt zeichnen sich die 1790er Jahre durch eine große Gleichgültigkeit dem preußischen Recht gegenüber aus, die sich durch die Ereignisse in Frankreich selbst erklären lässt. Auch das Inkrafttreten der ersten vollendeten

<sup>40</sup> CARBASSE, Histoire du droit pénal, S. 431f.; Albert DESJARDINS, Les cahiers des États généraux de 1789 et la législation criminelle, Paris 1883, S. V–LXII.

<sup>41</sup> Louis-Michel LE PELETIER DE SAINT-FARGEAU, Rapport sur le projet du code pénal présenté à l'Assemblée nationale, au nom des comités de constitution & de législation criminelle, Paris 1791.

Kodifikation Preußens, des Allgemeinen Landrechts 1794, wurde kaum wahrgenommen. Zumindest sind keine bedeutenden Kommentare, keine Schriften und keine Diskussion in der französischen Presse über die Einführung zu finden. Der neue Entwurf eines französischen Kodex von Delikten und Strafen, der am 3. Brumaire des Jahres IV (25. Okt. 1795) verabschiedet wurde, scheint die gesamte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen zu haben. Die Beschäftigung mit dem Fremden, dem Anderen, wurde im juristischen Bereich völlig vernachlässigt, vor allem wenn dessen Rechtssystem als »monarchisches Werk« absoluter Herrscher verstanden wurde. Die preußische Gesetzgebung, die während der Französischen Revolution als Ausdrucksform einer ständischen Gesellschaft wahrgenommen wurde, war daher inkompatibel mit der Suche nach einem neuen Zivilrecht, das die neue Rechtsgleichheit der Bürger vor dem Gesetz reflektieren sollte<sup>42</sup>.

### 4.3 Suche nach Reformmodellen aus dem Ausland

Im Zuge der philosophischen Aufklärungsbewegung wuchs in der Öffentlichkeit ein neues Interesse für die sozialen und politischen Bedingungen des Zusammenlebens, insbesondere Themen der politischen Philosophie. Die daraus entstehende Kritik monarchischer Institutionen führte zu einer breiteren Debatte u. a. über Ausübungsformen der Justiz, Kriminalitätsfragen und den Sinn der Strafe sowie Grenzen und Akzeptanz der Judikative. Auf der Suche nach Reformideen orientierten sich viele Vertreter dieser neuen politischen und philosophischen Geistesbewegung an ausländischen Modellen.

#### 4.3.1 Die Wirkung Beccarias im Bereich des Strafrechts

Höhepunkt der vorhin angerissenen Debatte zur Verbesserung des Strafrechts bildete das zuerst in Livorno anonym publizierte Traktat »Dei delitti e delle pene« aus dem Jahre 1764. In diesem innovativen, beinahe revolutionären Plädoyer zugunsten des Legalitätsprinzips der Strafe (»nulla poena sine lege«) und der Humanisierung des Bestrafungssystems spiegelten sich die Grundgedanken der Aufklärung als optimistische Philosophie des politischen und juristischen Fortschritts wider. Dementsprechend sollte die Strafe nicht mehr als willkürli-

<sup>42</sup> Thilo RAMM, Das Familienrecht des Preußischen Allgemeinen Landrechts und des Code civil im Vergleich, in: Barbara DÖLEMEYER, Heinz MOHNHAUPT (Hg.), 200 Jahre Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten. Wirkungsgeschichte und internationaler Kontext, Frankfurt a. M. 1995, S. 463–483.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

che Rache des Herrschers verstanden werden, sondern als eine an die Schwere des Delikts oder des Verbrechen angepasst Maßnahme mit sozialem Nutzen<sup>43</sup>. Zur Bekämpfung menschenunwürdiger Strafen kam noch ein laizistisches Verständnis hinzu, das sich durch eine klare Trennung von Delikten und Sünden charakterisierte. Die Bestrafung sollte keine abbüßende Funktion mehr haben, sondern als erster Schritt zur Resozialisierung der moralischen Regenerierung dienen. Beccaria ging es vor allem darum, Delinquenten und Verbrecher zu reformieren, um sie nachher wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Daher plädierte er vehement gegen die Todesstrafe, die seiner Ansicht nach sowohl in ihrem Prinzip als auch in ihrer Abschreckungsfunktion nutzlos sei. Stattdessen sollten Kriminelle zu dauerhafter Zwangsarbeit verurteilt werden, weil diese auf einen längeren Zeitraum angelegte Bestrafungsart einen prägenden Einfluss auf das Gemüt des Bestraften sowie eine effizientere abschreckende Wirkung auf die Bevölkerung habe<sup>44</sup>. Somit führte Beccaria im strafrechtlichen Bereich erstmals eine utilitaristische Rationalität ein, die eine systemartige, rationalisierte Straf- und Strafprozessordnung mit klaren, allgemeingültigen Normen implizierte. Und gerade dieser Utilitarismusgedanke stand im Gegensatz zu der auf einer breiten Palette von Privilegien und Sonderrechten beruhenden Ständegesellschaft sowie zur persönlichen, willkürlichen Bestrafungsmacht des Herrschers<sup>45</sup>.

Beccarias Gedanken verbreiteten sich schnell in Europa und führten innerhalb der Philosophenkreise und unter Juristen, die in den regierenden Staats-

<sup>43</sup> David GARLAND, *Punishment and Modern Society. A Study in Social Theory*, Oxford 1990, S. 193–211.

<sup>44</sup> XVI. Von der Todesstrafe. »Diese nutzlose Häufigkeit der Strafvollstreckungen, die noch niemals die Menschen besser gemacht hat, hat mich veranlasst, zu untersuchen, ob die Todesstrafe in einer wohl organisierten Regierungsform wirklich nützlich und gerecht ist. [...] Es ist nicht die Härte der Strafe, was die stärkste Wirkung auf das menschliche Gemüt ausübt, sondern ihre Dauer, denn unser Empfinden wird einfacher und dauerhafter durch sehr kleine, aber sich wiederholende Eindrücke als durch einen starken aber vorübergehenden Anstoß bewegt. [...] Die Todesstrafe wird für die meisten zu einem Schauspiel und für einige zum Gegenstand eines mit Verachtung gemischten Mitleids; beide Empfindungen ergreifen das Gemüt der Zuschauer mehr als die heilsame Furcht, die das Gesetz hervorrufen will. Bei gemäßigten und dauerhaften Strafen aber herrscht die letzte Empfindung vor, weil sie die einzige ist. [...] Um gerecht zu sein, darf eine Strafe nur jene Intensitätsgrade besitzen, die ausreichen, um Menschen von Verbrechen abzuhalten«, Cesare BECCARIA, *Von den Verbrechen und von den Strafen* (1764), übers. von Thomas VORBAUM, hg. von Wolfgang NAUCKE, Berlin 2005, S. 48–57, hier S. 48, 50f.

<sup>45</sup> Mario SBRICCOLI, *Beccaria ou l'avènement de l'ordre. Le philosophe, les juristes et l'émergence de la question pénale*, in: Michel PORRET (Hg.), *Cesare Beccaria (1738–1794) et la culture juridique des Lumières*, Genf 1997, S. 177–187, insbes. S. 177.

institutionen oder an Gerichten tätig waren, zu einer intensiven Diskussion über Folter und die Humanisierung der Strafgesetze. Auch in Frankreich entflammte eine Debatte über den Nutzen der Todesstrafe und die Legitimität der Folter. Sofort nachdem der Abbé Morellet (1727–1819) im Januar 1766 eine französische Übersetzung von Beccarias Werk publiziert hatte, begeisterten sich die Philosophen dafür, allen voran Voltaire, der die Prinzipien des Italiensers zu den seinen machte<sup>46</sup>.

Doch nicht nur Montesquieu, Voltaire, Brissot, Marat und Robespierre beschäftigten sich mit diesen Fragen<sup>47</sup>, sondern auch Amtsträger. Die intensive Auseinandersetzung der Akademien u. a. in Form von Preisfragen zu strafrechtlichen Themen übte Einfluss auf die höchsten Magistrate der Monarchie aus. Schließlich bildete sich unter Juristen eine neue Schule von Kriminalisten, die unter Beccarias Einfluss standen, seine Lehre kommentierten, verbreiteten, entwickelten und ins französische Rechtssystem aufnehmen wollten. Zu ihnen gehörten Brissot<sup>48</sup>, Lacretelle<sup>49</sup>, Piépape<sup>50</sup>, Emmanuel Pastoret (1755–1840)<sup>51</sup>, Scipion-Jérôme Bexon (1750–1825)<sup>52</sup>, Marat<sup>53</sup> sowie der Generalanwalt (*avocat général*) im Parlament der Dauphiné, Michel-Joseph-Antoine Servan (1737–

<sup>46</sup> VOLTAIRE, Commentaire sur le livre »Des délits et des peines«, par un avocat de province, o. O. 1766.

<sup>47</sup> Jean-Paul MARAT, Plan de législation criminelle (1790), hg. von Daniel HAMICHE, Paris 1974; Michel PORRET, Beccaria. Le droit de punir, Paris 2003; Catherine LARRÈRE, Droit de punir et qualification des crimes de Montesquieu à Beccaria, in: Michel PORRET (Hg.), Beccaria (1738–1794) et la culture juridique des Lumières, Genf 1997, S. 89–108; Robert DERATHÉ, Le droit de punir chez Montesquieu, Beccaria et Voltaire, in: Atti del convegno internazionale su Cesare Beccaria promosso dall'Accademia delle scienze di Torino nel secondo centenario dell'opera »Dei delitti e delle pene«, Turin 1966, S. 85–100; Jean GRAVEN, Montesquieu et le droit pénal, in: La pensée politique et constitutionnelle de Montesquieu. Bicentenaire de l'»Esprit des lois«, 1748–1948, hg. vom Institut de droit comparé de la faculté de droit de Paris, Paris 1952, S. 209–254.

<sup>48</sup> Jacques-Pierre BRISSOT DE WARVILLE, Théorie des lois criminelles, 2 Bde., hg. von Charles-Marguerite-Jean-Baptiste Mercier DUPATY, Paris 21836.

<sup>49</sup> Pierre-Louis LACRETELLE, Discours sur le préjugé des peines infamantes, couronnés à l'académie de Metz. Lettre sur la réparation qui serait due aux accusés jugés innocens. Dissertation sur le ministère public. Réflexions sur la réforme de la justice criminelle, Paris 1784.

<sup>50</sup> PIÉPAPE, Observations sur les loix criminelles de France.

<sup>51</sup> Emmanuel PASTORET, Des lois pénales, 2 Bde., Paris 1790.

<sup>52</sup> Scipion-Jérôme BEXON, Développement de la théorie des lois criminelles par la comparaison de plusieurs législations, suivi de l'application de cette théorie dans un projet de code criminel, correctionnel et de police, 2 Bde., Paris [1802].

<sup>53</sup> MARAT, Plan de législation criminelle.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

1807), der 1766 in zwei seiner Reden die gleiche aufklärerische philosophisch-  
strafrechtliche Auffassung wie Beccaria vertrat<sup>54</sup>.

Im Gegensatz dazu reagierten zahlenmäßig unterlegene traditionalistische  
Milieus mit Härte gegen Beccarias Schrift. Das Buch wurde auf den Index  
gesetzt. In Frankreich verfasste der berühmte, als Antiphilosoph bekannte<sup>55</sup>  
Kriminalist MUYART DE VOUGLANS eine vehemente Widerlegung der von ihm als  
umstürzlerisch betrachteten neuen Ideen<sup>56</sup>. Der konservative Angehörige des  
Amtsadels gehörte zum Kreis derer, die über die ständige »Korruption der Sit-  
ten« erschrocken waren; eine Sittenverderbtheit, die seiner Meinung nach vom  
wachsenden Reformismus des Justizwesens durch die Monarchie komme<sup>57</sup>.  
Später wiederholte der Strafrechtsexperte in weiteren Schriften seinen Angriff  
auf Cesare Beccaria und Le Trosne, den königlichen Anwalt am Präsidialgericht  
von Orléans (1753–1774)<sup>58</sup>. MUYART DE VOUGLANS argumentierte gegen die von  
beiden Reformern vorgeschlagenen Verbesserungen des Strafrechts und plä-

54 SERVAN, Discours sur l'administration de la justice criminelle; DERS., Discours sur le progrès des connoissances humaines en général, de la morale, et de la législation en particulier, o. O. 1781. In seiner Rede über die Verwaltung der Strafjustiz in Frankreich ist der Hinweis auf die russische Kaiserin Elisabeth besonders hervorzuheben, die bei ihrer Krönung 1741 gelobte, kein Todesurteil vollstrecken zu lassen: »Eh! qui sait jusqu'où notre courage peut aller? qui sait si nous n'imiterons pas cette auguste souveraine, qui marqua l'avènement de son règne par l'abolition de la peine de mort? qui sait si l'humanité ne volera pas des extrémités du Nord vers nos contrées? Embrassons cette idée; elle honore, elle console le cœur humain [...]. L'homme ne juge des objets que par leur comparaison; & tel est notre esprit, qu'un supplice nous paroitra rigoureux, dès-qu'il sera moins doux que tous les autres«, DERS., Discours sur l'administration de la justice criminelle, S. 139; Jacques-François LANIER, Michel-Joseph-Antoine Servan ou de Servan (1737–1807), avocat général de l'humanité, Romans 1995.

55 Michel PORRET, »Les lois doivent tendre à la rigueur plutôt qu'à l'indulgence«. MUYART DE VOUGLANS *versus* Montesquieu, in: Revue Montesquieu 1 (1997), S. 65–76; zu den antiphilosophischen Milieus siehe Didier MASSEAU, Les ennemis des philosophes. L'antiphilosophie au temps des Lumières, Paris 2000, insbes. S. 67–102.

56 Pierre-François MUYART DE VOUGLANS, Réfutation des principes hasardés dans le Traité des délits et des peines. Traduit de l'italien, Paris 1767; PORRET, Beccaria. Le droit de punir, S. 34–36.

57 André LAINGUI, Sentiments et opinions d'un jurisconsulte à la fin du XVIII<sup>e</sup> siècle. Pierre-François MUYART DE VOUGLANS (1713–1791), in: Travaux juridiques et économiques de l'université de Rennes 25 (1964), S. 177–277; DERS., P.-F. MUYART DE VOUGLANS ou l'Anti-Beccaria, in: Revue de la Société internationale d'histoire de la profession d'avocats 1 (1989), S. 69–71; ROYER, Histoire de la justice en France, S. 188f.

58 LE TROSNE, Vues sur la justice criminelle.

dierte für die weitere Anwendung einer strengen Bestrafung und vehement für die Weiterverwendung der Folter in strafrechtlichen Verfahren<sup>59</sup>.

Ohne dass an dieser Stelle näher auf die zahlreichen Pro- oder Contra-Schriften zu den rationalistischen Reformbestrebungen der 1760er Jahre eingegangen wird, müssen sie dennoch erwähnt werden, um die Bedeutung der besonders intensiven Auseinandersetzung mit dem Strafrecht zu illustrieren. Allerdings sticht der preußische König innerhalb des französischen philosophischen Diskurses durch seine Abwesenheit hervor. Nur ab und an lassen sich einige Hinweise auf das Strafrecht in der preußischen Justizpraxis finden<sup>60</sup>; oft sind es nur Andeutungen, wie zum Beispiel im Enzyklopädieartikel des Chevalier de Jaucourt zur Folter<sup>61</sup>.

Die hohe Verbreitung juristischer und philosophischer Schriften im strafrechtlichen Bereich und die Intensität der daraus entstehenden europäischen Debatte standen im Widerspruch zur Uneinsichtigkeit der Akteure und den traditionellen und territorial bedingten Rechtslösungen, die dann letzten Endes in Kraft traten. Obwohl im Zuge der verbreiteten Rezeption Beccarias die Reform des Strafrechts überall in Europa eine politische Frage erstes Ranges geworden war, wurde die Anwendung neuer strafrechtlicher Normen erst während der Französischen Revolution mit der Kodifikation von 1791 durch den ehemaligen Vorsitzenden der Verfassungsgebenden Nationalversammlung, Berichterstatter

59 Pierre-François MUYART DE VOUGLANS, *Les loix criminelles de France, dans leur ordre naturel*, Paris 1780; DERS., *Lettre de l'auteur des »Loix criminelles«, au sujet des nouveaux plans de réforme proposés en cette matière*, Paris 1781.

60 »Il y a longtemps que le public se plaint de l'usage de la torture, on en fit même des remontrances lors des conférences de ce titre. [...] On ne peut rien trouver de plus cruel et de plus injuste que la question préparatoire: les Romains la faisoient donner à leurs esclaves, mais c'est parce qu'ils les regardoient comme des animaux domestiques; ils n'y condamnoient jamais un citoyen, à plus forte raison des chrétiens et des peuples chrétiens devroient s'en abstenir. [...] Ces inconvénients ont déterminé plusieurs souverains à supprimer ce tourment. Il y a environ quinze ans il le fut en Prusse; le prince n'a pas voulu que l'on confondit l'innocent avec le coupable: la question n'est aussi plus en usage en Angleterre d'après Despeisses, qui a récrié beaucoup contre l'usage de France. Plusieurs innocents sont morts à la question; c'est un fait trop notoire pour avoir besoin d'être prouvé en détail«, François SERPILLON, *Code criminel, ou Commentaire sur l'ordonnance criminelle*, Bd. 2, Lyon 1767, S. 907.

61 Mit großer Wahrscheinlichkeit wird hier Preußen angedeutet: »Enfin la *question* contre les criminels n'est point dans un cas forcé: nous voyons aujourd'hui une nation très-polie, & aussi éclairée que respectueuse envers l'humanité, qui a rejeté ce supplice sans inconvénient, même dans le cas de haute trahison; il n'est donc pas nécessaire par sa nature«, Louis DE JAUCOURT, Art. »question (procédure criminelle)«, in: *Encyclopédie*, Bd. 28, S. 130–132 (Hervorh. i. Orig.).

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

im Komitee für die Reform der Strafrechtsprechung, Le Peletier de Saint-Fargeau, verbindlich.

##### 4.3.2 Die französische Anglomanie im Justizbereich

Auf der Suche nach ausländischen Modellen zur Verbesserung des eigenen Rechtssystems richteten sich viele Augen gen England. Die französische Öffentlichkeit war von einer unübersehbaren Anglomanie geprägt. Der conseiller am Châtelet und spätere Rechtsanwalt André-Jean-Baptiste Boucher-d'Argis (1750–1794) verspottete 1781 diesen Drang seiner Zeitgenossen zur Nachahmung: »Il semble que l'anglomanie s'étende aujourd'hui sur tous les objets indifféremment; ce goût d'une mode étrangère s'est accru par degrés, des vêtements aux moeurs, & des moeurs aux loix«<sup>62</sup>. Trotz seines Lobes für Ludwig XVI., das sicherlich nur als rhetorische Ausschmückung diente, um seine Äußerungen vor eventueller Kritik zu schützen, befürwortete auch der Pariser Jurist Reformen des französischen Rechtssystems<sup>63</sup>. Das Werk erschien kurz nach der Abschaffung der »vorbereitenden Folter« (*question préparatoire*) am 24. August 1780. Dieser Foltertypus, der schon seit 30 Jahren nicht mehr angewandt worden war, wurde nach den Skandalfällen von Calas, Sirven und Chevalier de La Barre infolge heftiger Kritik von allen Seiten endgültig aufgehoben.

Die königliche Deklaration zur Abschaffung dieser Folterform war ein positives Signal für die französische Öffentlichkeit und half zugleich, das Bild des Königs auf der europäischen Bühne aufzuwerten. Ihre Bedeutung zeigte sich darin, dass bereits zwei Jahre später in den einleitenden Sätzen des Artikels »question ou torture« der »Encyclopédie méthodique« auf sie hingewiesen wurde. Darauf folgte der Hinweis, dass die Folter vor der Vollstreckung des Todesurteils (*question préalable*) weiter existiere, aber sehr stark kritisiert werde. Der Artikel erwähnte in diesem Zusammenhang zwar das römische Recht, aber nirgends die »menschlichen« Reformen des preußischen Strafrechts<sup>64</sup>. Kurz darauf, am 30. August, folgte eine weitere Erklärung über die

<sup>62</sup> André-Jean-Baptiste BOUCHER-D'ARGIS, Observations sur les loix criminelles de France, Amsterdam 1781, S. 60–62.

<sup>63</sup> »Sous une administration comme la nôtre, dans un royaume où le souverain n'est occupé que du bonheur de ses peuples, on ne rejetteroit pas avec mépris les vœux d'un citoyen, qui, pénétré de respect pour les loix, a cru cependant y découvrir quelques dispositions susceptibles, ou de changement, ou d'interprétation«, und weiter über Ludwig XVI.: »restaurateur des tribunaux, des finances, des loix & des droits de l'humanité«, *ibid.*, S. 1f. und 14.

<sup>64</sup> Art. »question ou torture«, in: Encyclopédie méthodique. Jurisprudence, Bd. 7, S. 109–114.

Reform der Gefängnisse, in der die Unschuldsvermutung wiederholt bestätigt wurde. Boucher-d'Argis ging aber weiter und fragte sich, weshalb der französische Gesetzgeber die englische Handhabung nicht übernommen habe, die Ermittlungsverfahren öffentlich zu betreiben<sup>65</sup>.

Die in Frankreich weitverbreitete Anglomanie blieb nicht ohne Kritik. Vehementer als zuvor Boucher-d'Argis machte sich ein gewisser Henri Dubois de Launay zu Beginn der 1780er Jahre über diese neue Mode lustig<sup>66</sup>: Die französische Leidenschaft für alles, was englisch sei, habe ein solches Ausmaß erreicht, dass sich ganz Europa darüber wundere, denn beide Länder standen spätestens seit dem Frieden von Utrecht 1713 in ständiger Konfrontation miteinander. Erst seit kurzer Zeit seien Klagen über den Machtverlust Frankreichs dank der Erfolge in Übersee zum Schweigen gebracht worden. Für Dubois de Launay blieb die Anglomanie, vor allem im politischen Bereich, unerklärlich<sup>67</sup>.

Letzen Endes zeigte sich Dubois de Launay als dezidiertem Gegner derjenigen, die ein negatives Urteil über Frankreich verbreiteten. Nützlich sei für die Heimat nur, wenn man sich positiv über sie äußere, nicht wenn man seine Nachbarn hervorhebe; nur so könnten die Untertanen eines Landes mit ihrem

65 »On s'étonne depuis long-tems que le législateur françois n'ait point adopté l'usage où sont les tribunaux anglois d'instruire publiquement le procès des coupables«, BOUCHER-D'ARGIS, Observations sur les loix criminelles, S. 49.

66 »Vers le milieu de ce siècle les Français, on ne sait par quelle fantaisie, se prirent d'une singulière passion pour les Anglois: leurs mœurs, leurs manières, leur habillement, leur langue, leur littérature acquirent subitement dans notre estime un rang & une supériorité qui étonna toute l'Europe« und weiter: »Jusques-là on avoit reproché à la nation françoise d'avoir pour elle-même, pour ses goûts, ses manières, ses usages, une affection exclusive; & dans ces derniers temps, voisins du beau siècle de Louis XIV, elle sembloit autorisée à concevoir ces orgueilleux sentimens, par l'ascendant qu'elle avoit pris sur les autres nations, & le tribut d'admiration, d'estime & de louanges, que payoient tous les peuples à sa valeur, à son savoir & à ses agrémens. Un goût si nouveau surprenoit d'autant plus, qu'il paroissoit fort contrarié par les querelles fréquentes qui s'élevoient entre les deux peuples, & par les avantages remportés sur la France, au commencement du siècle, ces voisins ambitieux: avantages que la paix d'Utrecht, récemment conclue devoit rendre durables, & dont nos dernières victoires ne nous dédommagent qu'après un siècle presque entier de plaintes & de réclamations inutiles«, HENRI DUBOIS DE LAUNAY, Coup d'œil sur le gouvernement anglois, o. O. 1786, Vorwort, S. 3f.

67 »Cependant depuis le début de la dernière guerre, les esprits les plus instruits commencent à rabattre leur enthousiasme et à voir les défauts et les vices de ce gouvernement. Il contribue donc à lutter contre les fausses idées que les français se sont faits au sujet du gouvernement anglais. But de cet ouvrage est de blâmer son gouvernement: ni la liberté, ni l'autorité, ni les loix, ni la justice, ni les droits de la guerre, ni ceux de la paix ne trouvent leur compte à la manière dont se gouverne cette nation tant vantée par nos écrivains modernes«, *ibid.*, S. 6.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

Schicksal und ihrer Regierung zufrieden sein<sup>68</sup>. Vergleiche mit anderen Ländern dürften nur zum Vorteil Frankreichs ausfallen; für einen patriotischen Autor komme die Imitation irgendeines Nachbarlandes niemals in Frage.

Für den vehement anglophoben Dubois de Launay lag sein Patriotismus darin, sich mit seiner eigenen Regierung zufrieden zu geben und der irreführenden Verbreitung idealisierter und lügenhafter Bilder von angeblich besserer Gesetzgebung in den Nachbarländern ein Ende zu setzen. Der kämpferische Ton und die Parteilichkeit seiner Schrift<sup>69</sup> erklären sich dadurch, dass der Verteidiger der französischen Monarchie sein gegen Engländer gerichtetes Pamphlet zu einem Zeitpunkt verfasste, an dem Frankreich im Zuge des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges die Revanche für die Niederlage im Siebenjährigen Krieg suchte.

Der kurze Hinweis auf die royalistische Einstellung Dubois de Launays dient hier dazu, den Einfluss ausgeprägter Anglomanie bei den intensiv geführten Debatten um die Notwendigkeit und die Berechtigung von Erneuerungen des Strafrechts und des Justizwesens zu relativieren<sup>70</sup>. Später, während der Französischen Revolution, wurde an der englischen Verfassung und vor allem an der Aufteilung in zwei konkurrierende Gewalten vernichtende Kritik geübt, da sie Konflikte, Klientelismus, Privilegien und Einflussnahmen, Machtspiele zwischen den intermediären Gewalten und die Vernachlässigung der allerwichtigsten Aufgabe des Staates, die die Gewährung des Gemeinwohls sei, bedinge<sup>71</sup>.

Noch bewunderten aber viele Autoren das Modell England. Hinsichtlich der Form und der Durchführung von Gerichtsentscheidungen zum Beispiel

68 »On sert utilement sa partie, en s'élevant contre les murmureurs qui s'efforcent de la déprimer; & une manière de la déprimer est d'élever, par une injuste préférence, ses voisins ou ses ennemis au-dessus d'elle. La défendre contre ces sortes d'esprits, c'est la défendre contre les ennemis de sa gloire & de son repos. [...] Il importe à la tranquillité de l'État que les sujets qui le composent soient contents du gouvernement qui y est établi, & qu'ils s'y soumettent sans chagrin, sans regret, avec satisfaction & avec joie. Mais peuvent-ils en être contents lorsque leur imagination prévenue trouve que leurs voisins sont plus heureux & gouvernés par de meilleures loix?«, *ibid.*, S. 7f.

69 »L'exemple de nos voisins n'est pas assez heureux pour qu'un François éclairé & judicieux desire de le suivre. Mais quand la raison ne l'éloigneroit pas de l'imiter, il y trouveroit dans son cœur une répugnance insurmontable. Tous les François sont nés royaliste, & ils respectent la prérogative royale comme des enfans bien nés respectent l'autorité de leur père«, *ibid.*, S. 195.

70 Mona OZOUF, *Quelques remarques sur la notion d'opinion publique au XVIII<sup>e</sup> siècle*, in: *Réseaux* 5/22 (1987), S. 79–103, insbes. S. 83f.

71 Jean-Charles-Thibault DE LAVEAUX, *Discours sur les vices de la Constitution anglaise*, Paris 1794.

bezog sich Lally-Tollendal auf das englische System, das als Modell für die Vereinigten Staaten gegolten habe<sup>72</sup>. In England dürften weder Todesurteil noch Leibesstrafe ohne die vorherige Bewilligung des Königs vollstreckt werden. Die Vollstreckung erfolge zudem nur, nachdem der Sachverhalt entweder auf die Anfrage des Verurteilten oder die Forderung des Königlichen Rates hin überprüft worden sei. Im Zeitraum zwischen dem Urteilspruch und dessen Bestätigung sei es dem Angeklagten, dem Verteidiger oder weiteren Personen, die zu seiner Gunst einen Einspruch erheben wollten, erlaubt, Berichte zu veröffentlichen. Dieses Gesetz sei in England schon seit sehr langer Zeit und seit 50 Jahren in allen Territorien der preußischen Monarchie eingeführt worden<sup>73</sup>. In keinem der beiden Länder beschwere man sich, dass diese Regel eine gefährliche Straffreiheit hervorgebracht habe, behauptete Lally-Tollendal. Was solle eine absolute Monarchie denn fürchten<sup>74</sup>? Wem solle eine solche Verfassungs Erneuerung missfallen? Die Antwort des Anwalts lautete ohne Umschweife: Nur die Richter, die eine Tyrannei des richterlichen Despotismus ausüben wollten, verurteilten eine solche Regelung<sup>75</sup>. Wenn sich die ehrenhaften Bürger eines Tages nicht mehr vor den Gerichten zu fürchten bräuchten, verlören die Richter ihre Macht über sie. Die einzige Unterschrift, die noch notwendig wäre, um jemanden hinzurichten, wäre die des Königs. Der Autor verwies schließlich auf die Freiheit des Denkens und Schreibens, die sich nicht erkaufen lasse, sondern von Natur aus gegeben sei. Denn in Frankreich könnten weder der König noch die von ihm nominierten Minister und Magistrate die Öffentlichkeit ihrer Freiheit berauben. Niemand könne verbieten, die wichtigsten das Gemeinwohl betreffende Fragen zu diskutieren; führende Köpfe wüssten nämlich genau, dass eine öffentliche Diskussion das einzige Mittel sei, Regierung und Bevölkerung aufzuklären und zwischen ihnen Vertrauen herzustellen, das sowohl dem Herr-

72 LALLY-TOLLENDAL, *Essai sur quelques changemens*, ab S. 32.

73 *Ibid.*, S. 38.

74 »Que craint-on surtout dans une monarchie absolue? Les hommes qui entourent le prince, ne sont-ils pas de cette classe, qui est plus frappée de l'inconvénient de laisser échapper un coupable, qu'elle peut craindre, que de celui d'exposer un innocent qu'elle ne peut connoître? Je sais que dans ce siècle, les courtisans rachètent en quelque sorte, par leur humanité, une partie des vices qu'on peut encore leur reprocher; mais il seroit puéril de craindre que ce sentiment l'emportât encore sur l'intérêt de leur propre sûreté. Un coupable accrédité & protégé n'a-t-il pas déjà la ressource des sursis & des lettres de grace? Craindra-t-on davantage la décision lente & motivée du conseil du prince, que l'effet d'une résolution subite qu'il faut prendre sur le champ, & pour ainsi dire, sous les yeux des sollicitateurs?«, *ibid.*, S. 38f.

75 »À qui donc cette constitution pourroit-elle déplaire? À des tribunaux qui voudroient exercer sur les citoyens la tyrannie du despotisme judiciaire«, *ibid.*, S. 39.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

scher als auch den Bürgern nutze<sup>76</sup>. Abschließend huldigte Lally-Tollendal Montesquieu und Dupaty, dessen Verteidigungsschrift von 1786, »Mémoire justificatif pour trois hommes condamnés à la roue«<sup>77</sup>, vom Pariser Parlament zur Verbrennung bestimmt wurde<sup>78</sup>.

In den einige Jahre nach der Revolution verfassten Memoiren des ehemaligen Rechtsanwalts am Pariser Parlament, Eustache-Antoine Hua, ist zu lesen, dass während der Französischen Revolution allein das englische System als mögliches Modell gegolten habe<sup>79</sup>. Trotz der Anglomanie habe die Nationalversammlung aber im Grunde alle Modelle aus dem Ausland abgelehnt. Auch von alten französischen Institutionen wolle sie nichts übernehmen, denn alles, was bereits existierte, verachte sie. Im Gegensatz zur weisen Entscheidung der Römer, aus den griechischen Gesetzen das Beste für ihre eigenen aufzunehmen, wolle sich das neue Zeitalter von allen Einflüssen befreien.

Schon in den 1789 verfassten Beschwerdeheften lassen sich unter den zahlreichen Forderungen nur selten Hinweise auf ausländische Rechts- oder politische Systeme sowie Institutionen finden<sup>80</sup>. Doch wurde in einigen, zum Beispiel in Heften des dritten Standes von Poitiers, das preußische System der Friedensjustiz mit ausdrücklicher Begeisterung erwähnt<sup>81</sup>. Auch in den parlamentarischen Diskussionen wurde die preußische Institution des Friedensrichters als positives Vorbild kurz angeführt<sup>82</sup>. Viel öfter ließen sich in den Beschwerdeheften aber Hinweise auf die englische Friedensgerichtsbarkeit fin-

<sup>76</sup> Ibid., S. 40f.

<sup>77</sup> DUPATY, *Mémoire justificatif*.

<sup>78</sup> LALLY-TOLLENDAL, *Essai sur quelques changemens*, S. 43.

<sup>79</sup> »Le parlement d'Angleterre avec sa Chambre haute, et sa Chambre des communes pouvoit servir de modèle; mais l'Assemblée nationale française avoit un profond mépris pour les choses existantes; elle avoit la manie sans avoir le génie de la création. Elle qui n'avoit trouvé rien de bon à prendre dans les institutions nationales, étoit bien éloignée d'emprunter quelque chose à une nation étrangère; bien différente en cela de ces Romains qui avoient interrogé la sagesse de la Grèce, pour la confection de leurs lois«, Eustache-Antoine HUA, *Mémoires d'un avocat au parlement de Paris, député à l'Assemblée législative*, hg. von E. M. François SAINT-MAUR, Poitiers, Paris 1872, S. 67.

<sup>80</sup> PIÉPAPE, *Observations sur les loix criminelles de France*. Auch später bei Scipion-Jérôme BEXON, *De la liberté de la presse, et des moyens d'en prévenir et d'en réprimer les abus*, Paris 1814, lassen sich keine Hinweise auf Preußen, aber einige zu England wiederfinden.

<sup>81</sup> *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, Bd. 2, Paris 1879, S. 669, Sp. 2 und Bd. 5, Paris 1879, S. 411, Sp. 1. Siehe dazu Béatrice Fry HYSLOP (Hg.), *Répertoire critique des cahiers de doléances pour les États généraux de 1789*, Paris 1933.

<sup>82</sup> »Cet établissement honore la Prusse et manque à l'humanité des Français«, *Archives parlementaires de 1787 à 1860*, Bd. 2, S. 411, Sp. 1.

den, die irrtümlicherweise als demokratische Institution dargestellt wurde. Dennoch scheint die Einführung der Friedensrichter in Frankreich weder dem englischen noch dem preußischen Modell gefolgt zu sein, sondern war vom herkömmlichen Feudaljustizsystem inspiriert.

Exemplarisch für das Interesse am englischen Rechtssystem können wir den Essay des Rechtsanwalts Comeyras zitieren, der 1787 zu den sechs Juristen des neugegründeten Komitees gehörte, das von Ludwig XVI. beauftragt wurde, eine Reform der strafrechtlichen Ordonnanz von 1670 vorzubereiten<sup>83</sup>. Innerhalb des Ausschusses wurde Comeyras von seinen Kollegen aufgefordert, erstens die Strafprozessordnungen Frankreichs und Englands miteinander zu vergleichen und zweitens die Strafprinzipien in strafrechtlichen Schriften der meistgeschätzten und anerkannten Kriminalisten zu untersuchen. Comeyras hatte schon umfangreiches Material gesammelt, als die Ereignisse vom Mai 1788 die Komiteemitglieder dazu zwangen, dem Minister Malesherbes ihre Rücktrittsgesuche einzureichen; somit blieb die angefangene Arbeit unvollendet.

Ein neues Gesetz zur Bodensteuer sollte ebenso die Kompetenzen der Parlamente vermindern. Dies führte in Dijon und Toulouse zu Aufständen unter den Privilegierten des zweiten Standes, die unerwartet von einem großen Teil der Bevölkerung Unterstützung erhielten. Diese war unzufrieden mit den Preissteigerungen bei Lebensmitteln, der Undurchsichtigkeit des Steuersystems sowie dem mangelhaften Rechtssystem. Das Pariser Parlament lehnte die neue Steuer ab und forderte darüber hinaus die Einberufung der Generalstände. Die finanzielle und politische Situation des Königtums war in eine so gravierende Krise geraten und die Staatskassen waren so leer, dass Ludwig XVI. sich resigniert dazu entschließen sollte, am 8. August 1788 die Einberufung der Generalstände für den 1. Mai 1789 anzukündigen.

#### 4.4 Vorbild Preußen?

Die Aufmerksamkeit, die dem preußischen Justizsystem inmitten dieser konkurrierenden Modelle gewidmet wurde, blieb insgesamt also sehr begrenzt. Sie galt vor allem der Figur Friedrichs II., dessen Selbststilisierung als *roi justicier* weit verbreitet war. Dennoch setzten sich einige Magistrate und Rechtsgelehrte mit den Kodifikationsversuchen und neuen Rechtsnormen Preußens kritisch auseinander.

<sup>83</sup> COMEYRAS, Essai sur les réformes à faire.

## 4. Das preußische Justizwesen als Modell

### 4.4.1 Das erfolgreiche Bild Friedrichs als »roi justicier«

Bereits früher als andere zeitgenössische Monarchen Europas rühmte sich Friedrich II. mit seinem ehrgeizigen Reformprogramm, das das gesamte Justizwesen in seinen Territorien betraf. Sein Ziel war es, eine Kodifikation zu entwerfen, die mittels einer einheitlichen Gesetzgebung eine homogene Rechtsprechung überall in seinem Königreich sichern sollte<sup>84</sup>. Angesichts der vergeblichen Mühen um eine zivilrechtliche Kodifikation für Frankreich erscheint die Stilisierung des schon so berühmten und verehrten preußischen Königs als Gesetzgeber nicht besonders überraschend. Friedrich II. wurde sogar dieselbe Bedeutung wie Solon und Justinian beigemessen<sup>85</sup>; für die kluge Homogenisierung des preußischen Gerichtsverfahrens solle er genau wie die beiden antiken Vorläufer bewundert werden<sup>86</sup>. Den Code Frédéric, dessen zwei ersten Bände 1749 und 1751 vom Geheimen Staatsminister Samuel von Cocceji (1679–1755) verfasst worden waren, übersetzte der hugenottische Privatrat des preußischen Königs, Alexandre-Auguste de Campagne (1708–1781), sofort ins Französische. Als Übersetzer, persönlicher Berater des Königs und Oberkonsistorialrat der französischen Kolonie in Berlin trug Campagne zum Ruhm des »aufgeklärten

<sup>84</sup> »Trois princes, l'admiration de leur siècle, se sont immortalisés par le plus bel endroit, Justinien, Victor et Frédéric, ont formé le projet de donner à leurs peuples un corps de loix« und weiter, in der Fußnote: »Ces monuments sacrés, faits pour être le bonheur des hommes de générations en générations, sont la route la plus sûre de l'immortalité. Les victoires & les triomphes de l'empereur romain, qui nous donna ses loix, sont étonnans, & ce ne sont que ses loix qui attirent aujourd'hui notre admiration«. Dennoch wird diese Apologie sofort relativiert: »[I]ls ont choisi des mains en état de le remplir; mais il semble que les principales parties y ont été omises. Ils n'avoient point une assez haute idée de la législation: fiers de leurs armes, ils n'ont vu la sûreté de leur empire que dans leurs soldats, & n'ont envisagé dans les loix qu'une rubrique de palais« und weiter über die Dauer der genannten Reiche: »Ce qu'il y a de sûr, c'est que ce ne sera pas leur code qui les soustraira à la destruction«, François Joseph Mamert DE JUSSIEU DE MONTLUEL, *Réflexions sur les principes de la justice*, Paris 1761, S. 26f.

<sup>85</sup> »Et comment prouveroit-on que les Romains du plus beau siècle furent plus grands hommes que le législateur de Prusse?«, *Journal de Trévoux*, Apr. 1751, S. 779.

<sup>86</sup> »Chaque province, dans les États du roi de Prusse, avoit ci-devant son style de procédure; embarras par conséquent pour les plaideurs & pour leurs juges; matière de contestation, presque autant pour la forme que pour le fond des affaires. Il falloit rétablir l'ordre en créant une procédure uniforme; & c'est ce que S. M. prussienne a tenté, ce qu'elle a exécuté avec beaucoup de succès: admirons un moment la sagesse de ses tentatives«, *ibid.*, S. 792.

Fürsten« wesentlich bei<sup>87</sup>. Wie wir schon im ersten Kapitel gesehen haben, verbreitete sich seit 1740 das Bild eines gesetzgebenden und gerechten Königs, als Friedrich drei Tage nach seinem Regierungsantritt in einer Kabinettsorder vom 3. Juni die Folter abschaffen ließ<sup>88</sup>.

Dass am Ende der Regierungszeit Friedrichs sein Name in der französischen Öffentlichkeit selbstverständlich mit europäischen, aufgeklärten Monarchen assoziiert wurde, weist darauf hin, wie gängig und verbreitet das Bild des preußischen Königs als stilisierte Ikone einer menschlichen Strafgesetzgebung in Frankreich war. Dieser Befund wird durch ein ein Jahr später veröffentlichtes Gedicht Ceruttis bestätigt. Der ehemalige Jesuit, Revolutionär und Mitarbeiter Mirabeaus, der zu Beginn der Französischen Revolution die einfach geschriebene, populäre Zeitschrift »La Feuille villageoise« für die Landbevölkerung herausgab, verfasste 1787 eine Rede in Versen, in der er seine Hoffnung auf eine »aufgeklärte« Regierung Ludwigs XVI. formulierte<sup>89</sup>. Im Hinblick auf die Reformen der Strafgesetzgebung, die in anderen europäischen Ländern schon durchgeführt worden waren, versuchte Cerutti in einer Lobrede auf Friedrich II. und andere europäische Herrscherinnen und Herrscher deren Glanz auf die Philosophie Frankreichs zurückzuführen:

Contemplez Frédéric; qui connait mieux la gloire?  
Après avoir changé les loix de la victoire,  
Il répare, en mourant, les loix de l'équité,  
Et son dernier triomphe est pour l'humanité.  
Regardez Léopold: éclairé par la France,  
Son génie accomplit ce que le nôtre pense.  
Considérez le Russe, & voyez le Germain:  
L'esprit français rival de l'Empire romain,  
Sert de législateur à l'Europe grossière:  
Montesquieu, d'Aguesseau, Fénelon, & Voltaire,  
De la philosophie étendant l'horizon,  
Jusqu'aux glaces de l'Ourse ont porté la raison<sup>90</sup>.

<sup>87</sup> Samuel VON COCCEJI, *Projet du corps du droit fridéricien, c'est-à-dire droit général édicté par S. M. le roy de Prusse pour être suivis dans toute l'étendue de ses royaumes et provinces [...]*, Halle 1749; DERS., *Projet du corps de droit Frédéric, ou Corps de droit, pour les États de Sa Majesté le roi de Prusse, fondé sur la raison, & sur les constitutions du pays [...]*, 2 Bde., Paris 1751–1752.

<sup>88</sup> Kabinetts-Ordre vom 3.6.1740, in: Friedrich Ehrenreich VON BEHMER, *Novum jus controversum*, Bd. 2, Lemgow 1771, S. 478–480.

<sup>89</sup> CERUTTI, *La réforme du code criminel*, S. 11.

<sup>90</sup> *Ibid.*, S. 14.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

Auch wenn Frankreich selbst noch über kein gutes Strafsystem verfüge, verkündete Cerutti, seien es dessen Philosophen und Rechtsdenker, die alle Regionen Europas bis hin zum weit entlegenen Russland geprägt hätten. Die Dauer der Strafprozesse hätten der preußische König und die russische Kaiserin zu Recht gekürzt. In Frankreich hingegen vollstreckte man die Gerichtsurteile zu schnell. Cerutti, wie vor ihm Lally-Tollendal, plädierte deshalb dafür, dass jedes Todesurteil mit der königlichen Unterschrift ausdrücklich bestätigt werden solle, so wie es schon seit 4000 Jahren in China, in England, in Deutschland sowie in fast ganz Nordeuropa üblich sei<sup>91</sup>.

Schon allein weil sich die französische Regierung bereits lange auf der Suche nach einer einheitlichen Gesetzgebung bzw. Rechtsprechung befand, wäre zu erwarten, dass sich die französische Publizistik intensiv mit dem preußischen Kodifikationsversuch auseinandergesetzt hätte. Dank der französischen Übersetzung bestand keine Sprachbarriere. Der erste Kodifikationsversuch Europas hätte daher ohne große sprachliche Mühe von den französischen Rechtsexperten als Modell oder als Inspirationsquelle für ihre eigenen Reformpläne dienen können. Die Kritiker des damaligen französischen Justizsystems, deren Stimmen im Laufe der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts immer lauter wurden, prangerten nämlich die gleichen gravierenden Missstände an, die auch die preußischen Justizreformen zu bekämpfen versuchten. In beiden Ländern richtete sich die Kritik gegen die Uneinheitlichkeit der Gesetzgebung und der Rechtsprechung, die willkürliche Verordnung der Strafmittel (z. B. die *lettres de cachet* in Frankreich), die Anwendung der Folter, die Ausführung der Todesstrafe, die exzessiven Justizkosten und die Ungleichheit vor Gericht, die mit den stets stärker kritisierten Privilegien des Adels zusammenhing, gegen die abgeordnete Kirchenjustiz, die Undurchsichtigkeit der Ausnahme- und Geheimjustiz sowie jegliche Form von Sondergerichten und schließlich gegen die nicht gesicherte Unabhängigkeit der Richter.

Aber ganz im Gegensatz zu diesen Vermutungen war das Interesse der Öffentlichkeit und Juristen an den preußischen Reformen in Frankreich sehr gering. Die wenigen Äußerungen auf diesem Gebiet lassen zwei grundlegende Feststellungen zu: Einerseits gaben die Bemühungen des preußischen Königs, in seinen Territorien eine feststehende, geschriebene Gesetzgebung und einheitliche Rechtsprechung einzuführen, Anlass zu großem Lob, vor allem von

<sup>91</sup> »L'exécution des arrêts est trop prompte en France. Il y a plus de quatre mille ans que la Chine existe, & depuis quatre mille ans, on n'exécute pas un villageois, à l'extrémité de l'empire, sans que l'empereur ait signé l'arrêt de mort. Il en est de même en Angleterre, en Allemagne, & dans presque tout le Nord. Tel étoit aussi autrefois l'usage en France. Il est singulier que le 1<sup>er</sup> roi de l'Europe ait cessé d'exercer la plus importante fonction de la royauté«, *ibid.*, S. 42f.

Seiten der Philosophen. Andererseits lassen sich nur wenige Nachweise finden, die belegen, dass sich juristisch ausgebildete Rechtsgelehrte, Magistrate und praktizierende Juristen intensiv mit der Analyse der preußischen Justizreform beschäftigten. Gerade diese Diskrepanz zwischen der gelungenen Inszenierung Friedrichs II. und seinem weitverbreiteten Bild als *roi législateur* einerseits und der geringen Beachtung andererseits, die seinen Reformbestrebungen tatsächlich geschenkt wurde, deckt ein bisher noch nicht angesprochenes Paradoxon zwischen dem leidenschaftlichen Interesse für Fragen der Strafjustiz und der Gleichgültigkeit für ausländische zivilrechtliche Neuerungen auf.

#### 4.4.2 Wahrnehmung des Corpus juris Fridericiani, 1749–1751

Kaum wurde der allererste Kodifikationsentwurf Preußens im Jahre 1749 in Halle vorgelegt<sup>92</sup>, erschien zeitgleich unter Aufsicht seines Verfassers, des seit 1738 amtierenden Justizministers Cocceji, eine französische Übersetzung des ersten Bandes durch den oben genannten Campagne. In der Einleitung richtete der Übersetzer einen dezidierten Appell an den Kanzler und obersten Richter Frankreichs, Henri-François d'Aguesseau:

S'il est décidé que les nouvelles Constitutions faites par S. M. Pr. ne manqueront de produire un effet très avantageux, il n'est point que tôt ou tard un si bel exemple ne puisse inspirer le même goût à d'autres puissances, oserois-je dire à la France même, laquelle n'ayant qu'un roi, une religion, un même continent, une même forme de gouvernement devrait aussi selon moy n'avoir que les mêmes loix, au lieu de ce droit coutumier des provinces, qui varie d'une limite à l'autre, même de villes en villes<sup>93</sup>.

Ein so schönes Beispiel sollte zweifelsohne als Vorbild für andere Mächte gelten, ja sogar für Frankreich, behauptete Campagne. In diesem einheitlichen Territorium herrschten schon ein König, eine Religion und eine einzige Regierungsform. Dort sollten daher, anstelle jenes Gewohnheitsrechts, das je nach Provinz und je nach Stadt variere, auch überall dieselben Gesetze angewendet werden. Aber der Appell des preußischen Übersetzers stieß beim französischen Kanzler auf kein Echo.

Sowohl Absender als auch Adressat waren hier kein Zufall. Die sofortige französische Übersetzung des Reformprojektes erklärt sich dadurch, dass Cocceji und Campagne beide in engem Kontakt zur französischen Kolonie in Brandenburg-Preußen standen. Cocceji war nämlich seit 1730 »Chef der geistlichen

<sup>92</sup> COCCEJI, *Projet du corps du droit fridéricien*.

<sup>93</sup> *Ibid.*, Widmung, [S. 3].

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

und französischen Sachen« und war deshalb »Kolonienminister« sowie zugleich Vorsitzender des Oberdirektoriums, das die oberste Verwaltungsbehörde der Refugiés bildete<sup>94</sup>. Hinzu kam, dass es einer seiner Assistenten war, der Jurist und Staatsmann Philippe-Joseph Pandin de Jarriges (1706–1770), der den ersten Versuch einer Gesamtjustizreform für Preußen konzipierte. Als Direktor des französischen Obergerichts, der höchsten amtlichen Stellung in der französischen Kolonie, übte Pandin de Jarriges seit 1740 zweierlei Einfluss auf den Inhalt der neuen begonnenen Gesetzgebung aus<sup>95</sup>. Erstens hatte seine intensive Beschäftigung mit der Naturrechtslehre von Christian Thomasius (1655–1728) und Christian Wolff während seines Jurastudiums in Halle die Grundprinzipien seines Rechtsdenkens geprägt. Zweitens kannte er die Vorteile einer einheitlichen Justizordnung nur zu gut, weil er mit dem Sonderstatus der eigenständigen Rechtsordnung und Gerichtsbarkeit der französischen Kolonie vertraut war. Diese beruhten auf dem Ansiedlungsprivileg des Edikts von Potsdam des Jahres 1685<sup>96</sup>. In der französischen Kolonie in Preußen war daher ein homogenes Prozessrecht bereits vorhanden, das – zumindest in methodischer Hinsicht – als Modell für die weitere Homogenisierung der Rechtsordnung und Rechtsprechung in den übrigen preußischen Territorien hätte gelten können. Durch das Privileg der Hugenotten, nach ihren eigenen juristischen Normen Recht sprechen zu dürfen, fand ein Transfer französischer Rechtsnormen nach Preußen statt. Die Ordonnanz von 1699, die die »formes des procédures qui doivent être observées dans toutes les justices françaises« beinhaltete und als Prozessordnung für alle französischen Kolonien in Brandenburg galt, fasste diverse regionale Heimatsrechte der Refugiés sowie die große strafrechtliche Ordonnanz von 1670 und die Zivilordonnanz von 1667 zusammen und beeinflusste die Reformen der preußischen Prozessordnung im 18. Jahrhundert<sup>97</sup>.

<sup>94</sup> Barbara DÖLEMEYER, Preußische Kodifikation und Suisse romande, in: DIES., Heinz MOHNHAUPT (Hg.), 200 Jahre Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten. Wirkungsgeschichte und internationaler Kontext, Frankfurt a. M. 1995, S. 373–375.

<sup>95</sup> Otto HINTZE, Einleitende Darstellung der Behördenorganisation und allgemeinen Verwaltung in Preußen beim Regierungsantritt Friedrichs II., ND Frankfurt a. M. 1987.

<sup>96</sup> Für die Koloniegerichte in Brandenburg wurde 1699 eine einheitliche Prozessordnung verordnet: Churfürstlich-brandenburgische Process-Ordnung. Wie bey allen von Seiner Churfürstl. Durchl. in Dero Landen bestellten französischen Gerichten procediret und verfahren werden soll/Ordonnance de sa sérénité électorale de Brandebourg. Contenant la forme des procédures qui doivent être observées dans toutes les justices françaises de ses États (du 14 avril 1699).

<sup>97</sup> Cocceji erhob in seinen Kammergerichtsordnungen ab 1747 das französische Obergericht zur Appellationsinstanz; siehe dazu DÖLEMEYER, Preußische Kodifikation und Suisse romande, S. 374.

Auch der Übersetzer des Code Frédéric trug durch seine Vermittlerfunktion zum französisch-preußischen Transfer juristischer Normen bei. Als Geheim-, Revisions- und Oberkonsistorialrat hatte er nämlich eine wichtige Stellung in der Kolonieverwaltung in Berlin inne. Er stand u. a. mit dem berühmten Hugenotten Formey in Kontakt, der ein kurzes Exposé des friderizianischen Justizreformplans verfasste. Dieser Text wurde einer der Ausgaben des »Project des Corporis juris Fridericiani« von 1749 beigelegt<sup>98</sup>. In dieser einleitenden Zusammenfassung nahm er ausdrücklich Bezug auf die *ordonnance sur la justice*, die Ludwig XIV. 1667 erlassen hatte, und hob als einen ihrer größten Vorteile hervor, dass sie eine Rechtsvereinheitlichung angestrebt hatte<sup>99</sup>.

Die Sorge um ein homogenes Rechtssystem erklärt auch die Wahl des Adressaten: Die von Campagne in der Einleitung seiner Übersetzung formulierte Aufforderung wurde gerade deshalb an d'Aguesseau gerichtet, weil sich der Kanzler der Umbrüche und Probleme seiner Epoche besonders bewusst war und sich deshalb schon lange auf der Suche nach einem Weg zur Homogenisierung der Rechtsprechung befand<sup>100</sup>. D'Aguesseau betrachtete es als seine Hauptaufgabe, zur Zentralisierung der Rechtsnormen und Vereinheitlichung der vielfältigen Gesetze und Gewohnheitsrechte beizutragen. Aus diesem Grund stilisierte man ihn zu einem der ersten Vorreiter des späteren Code civil. Sein Ziel war es, Rechtsunsicherheit zu bekämpfen. Deshalb plädierte d'Aguesseau für die Durchführung eines Projekts, das eine legislative Vereinheitlichung mit einer gründlichen Rechtsreform verknüpfen sollte<sup>101</sup>.

Ein preußisches Rechtskorpus hätte sicherlich nicht als anwendbares Modell für ein Reformprogramm der französischen Justiz gelten können, sondern vielmehr als Inspirationsquelle für eine Kodifikation, die die Besonderheiten der französischen Rechtstradition respektierte. Denn in beiden Ländern

<sup>98</sup> Code Frédéric, ou Corps de droit pour les États de SM le roi de Prusse, traduit de l'allemand par A. A. de C. Avec l'»Exposition abrégée du plan du roi pour la réformation de la justice«, par Formey, 3 Bde., Berlin 1751.

<sup>99</sup> Exposition abrégée du plan du roi, S. 8, zit. nach DÖLEMAYER, Preußische Kodifikation und Suisse romande, S. 375, Fn. 17.

<sup>100</sup> D'Aguesseau betrachtete die Kodifikation des französischen Gewohnheitsrechts aufgrund seiner Unübersichtlichkeit und Widersprüchlichkeit als Priorität: Mémoire sur les vues générales que l'on peut avoir pour la réformation de la justice (1725), in: Henri-François D'AGUESSEAU, Œuvres complètes du chancelier d'Aguesseau, Bd. 13, hg. von Jean-Marie PARDESSUS, Paris 21819, S. 200–229; Mémoire envoyé, en 1728, aux premiers présidens et procureurs des parlemens, et consuls supérieurs, pour parvenir à concilier les diversités de jurisprudence, et autres objets auxquels M. le chancelier a jugé se fixer pour le présent, *ibid.*, S. 229–242.

<sup>101</sup> Yves CARTUYVELS, D'où vient le code pénal? Une approche généalogique des premiers codes pénaux absolutistes au XVIII<sup>e</sup> siècle, Montreal 1996, S. 44f.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

bemühte man sich im zivilrechtlichen Bereich darum, neue Gesetze zu erlassen, die zugleich allgemein und klar formuliert waren und den modernen Rechtsgebräuchen entsprechen sollten. Daher appellierte Campagne an den obersten französischen Justizträger, sich von diesem ersten Versuch Preußens inspirieren zu lassen und ein universelles Korpus französischen Rechts unter Ludwig XV. zusammenzustellen<sup>102</sup>.

Zwei Jahre später erschien eine korrigierte und erweiterte Fassung der Übersetzung des ersten Bandes, in deren Vorwort der Großkanzler Cocceji das Hauptziel einer solchen Kompilationsarbeit noch deutlicher wiederholte: »§ 1. La raison & l'expérience prouvent que les procès tirent principalement leur source de l'incertitude du droit: il faut donc établir un droit certain, qui en posant des principes sûrs, puisse être appliqué à tous les cas qui se présentent«<sup>103</sup>.

Trotz der erfolgreich durchgeführten Verfahrensreform, die die durchschnittliche Dauer eines Prozesses auf ein Jahr reduzierte, steige die Zahl der neu eingeleiteten Verfahren an. Dies habe den preußischen König dazu veranlasst, nach den Gründen zu fragen und zugleich nach Mitteln zu suchen, um dies zu verhindern. Da der Hauptgrund bei der Mehrheit der Gerichtsverfahren in der Unsicherheit der Rechtsnormen liege, so Cocceji, solle die Festlegung eines mit klaren Prinzipien gesicherten Rechts, das in allen Fällen angewendet werden könne, die allererste Priorität eines aufgeklärten Gesetzgebers sein<sup>104</sup>. Darauf folgte eine ausführliche Darstellung der mangelhaften Kodifikationsversuche des römischen Rechts seit dem Corpus iuris civilis Justinians zu Beginn des sechsten Jahrhunderts. Dennoch habe Friedrich das römische Recht nicht abgeschafft, erklärte der Großkanzler, sondern aus dessen Prinzipien die – unter den zahllosen verwirrenden Kommentaren und Glossen verborgenen – Grundregeln des Naturrechts herausgezogen. Diese sollten zu Beginn jedes Kapitels als Leitprinzipien für die darunter geordneten Fälle gelten. Somit solle das systematisch aufgebaute neue Rechtskorpus wie das Naturrecht selbst betrachtet werden, weil es dem *jus naturae privatum* entspreche<sup>105</sup>.

102 »[U]n corps universel du droit français publié sous le glorieux règne de Louis XV«, COCCEJI, *Projet du corps du droit fridéricien*, Widmung, [S 4f.].

103 *Ibid.*, S. IV

104 »[C]ela a donné lieu à S. M., dont les lumières sont aussi profondes que sûres, de rechercher la source des procès, & les moyens non seulement de les abrégés, mais encore de les prévenir«, *ibid.*

105 »Il résulte de ce qui vient d'être exposé, qu'au fond le roi n'a pas aboli le droit romain, mais qu'il n'a fait que remédier à la confusion, que les compilateurs de ce droit ont occasionnée par les extraits confus qu'ils en ont donnés. En effet on a recherché les principes du droit naturel, qui étoient comme cachés dans le corps du droit romain, & dans les extraits, dont on vient de faire mention: on les a mis à la tête de chaque

Auch die Berichte französischer Diplomaten hoben diese besondere Eigenschaft des friderizianischen Rechts von 1750 hervor: Es sei das Verdienst des preußischen Königs, das römische Recht in seiner natürlichen Ordnung sortiert, ausländische Gesetze gestrichen, verwirrende Spitzfindigkeiten abgeschafft und somit Schwierigkeiten und Missverständnisse beseitigt zu haben, die durch die zahlreichen Kommentatoren und Glossatoren im Laufe der Jahrhunderte in die ursprünglichen Gesetzestexte eingeführt worden seien<sup>106</sup>. Diese Klage, die auf den Grundprinzipien der humanistischen Jurisprudenz beruhte, hatte sich schon seit dem 16. Jahrhundert von der Rechtsschule von Bourges ausgehend in ganz Frankreich in humanistischen Milieus verbreitet<sup>107</sup>. Die Distanzierung der französischen Juristen vom römischen Recht, die nach dem *mos gallicus* Recht sprachen, erklärt die regelmäßig formulierte Kritik am preußischen Kodifikationsversuch, der als zu sehr vom römischen Recht geprägt bewertet wurde.

Auch Campagnes erneuter Appell an den französischen Kanzler blieb ohne Folge. Am 9. Februar 1751 starb d'Aguesseau, nachdem all seine Reformversuche am Widerstand der Parlamente gescheitert waren. Er hinterließ zwar ein sehr umfangreiches Werk, das seine Korrespondenz, zahlreiche Anmerkungen, Kommentare und Berichte, aber auch unzählige Hinweise auf Ordonnanzen, Edikte, Erklärungen und Gebräuche umfasste. Aber da der letzte Hinweis auf einen Gesetztext, der darin zu finden ist, auf August 1749 datiert ist, liegt die Vermutung nah, dass er von der Publikation des Code Frédéric keine Kenntnis genommen hatte. Außerdem lässt sich in diesen umfangreichen Beständen nir-

matière, & on en a tiré des conclusions raisonnables. On a par conséquent rédigé le droit romain en art & en système; c'est-à-dire, qu'on l'a proposé dans l'ordre le plus naturel & le plus convenable: de sorte que ce nouveau corps de droit peut être appellé avec raison le droit de la nature même, en tant qu'il concerne les particuliers. (*Jus naturae privatum*)«, *ibid.*, § 30, S. XXIX.

<sup>106</sup> »La base de la jurisprudence dans les États du roy de Prusse est le corps de *droit Frédéric* publié en 1750 par le roy actuellement regnant et dressé selon le plan que le roy a donné lui-même dans ce corps. Le roy a disposé le droit romain dans un ordre naturel, retranché les loix étrangères, aboli les subtilités du droit romain et éclairci les doutes et les difficultés que le même et ses commentateurs avoient introduites dans la procédure«, *Histoire et droit public de la Prusse* par M. Hesdin, AMAE MD Prusse 7, fol. 207v–208r (Hervorh. i. Orig.).

<sup>107</sup> Isabelle DEFLERS, *Der juristische Humanismus an der Rechtsschule von Bourges im 16. Jahrhundert*, in: Andreas BAUER, Karl H. L. WELKER (Hg.), *Europa und seine Regionen. 2000 Jahre Rechtsgeschichte*, Köln 2007, S. 221–252; Isabelle DEFLERS, Art. »Humanismus, juristischer« in: *Enzyklopädie der Neuzeit*, Bd. 5, Darmstadt 2007, Sp. 693–695.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

gendwo eine Andeutung zu Debatten über eine Einführung der preußischen Kodifikation finden<sup>108</sup>.

Somit stellt sich die Frage, ob der erste Kodifikationsversuch überhaupt Anlass zur Debatte in der französischen Öffentlichkeit und in Expertenkreisen gab. Galt die gewaltige Übersetzungsarbeit von Campagne nur dem propagandistischen Zweck der Selbststilisierung des innerhalb Europas bedeutendsten aufklärerischen Gesetzgebers? Oder waren diejenigen, die nach Mitteln zur Verbesserung des französischen Justizwesens suchten, doch bereit, aus den als vorbildlich betrachteten Bemühungen etwas zu lernen und vielleicht sogar einige Aspekte daraus zu übernehmen? Obwohl er nicht ganz ohne Echo blieb, denn im »Journal du Trévoux« wurde im April 1751 eine Rezension zum Code Frédéric veröffentlicht<sup>109</sup>, hinterließ der preußische Kodifikationsversuch insgesamt einen sehr bescheidenen Eindruck. Das geringe Interesse, das dem Korpusprojekt Friedrichs in Frankreich geschenkt wurde, erklärt sich vor allem durch die inhaltliche Kritik, auf die die oben erwähnte kritische Besprechung verweist.

Dennoch war ein gewisser Enthusiasmus nicht zu überlesen. Die Rezension begann mit einer Lobrede auf Friedrichs Glorie, weniger bezüglich seiner Tätigkeit als Gesetzgeber, der neue Normen aufstelle, sondern vielmehr hinsichtlich seines Entschlusses, die schon vorhandenen Gesetze in ein ordentliches System zu bringen<sup>110</sup>. Darauf folgte eine Zusammenfassung der Kritik an der römischen Rechtsprechung, die im Vorwort des Kodexprojekts zu finden war, sowie ein Überblick über die dreiteilige Darstellungsmethode des Sachverhaltes (Personen, Sachen, Obligationen).

108 In den 16 Bänden seiner Werke, die 1819 in Paris neu aufgelegt wurden, finden wir keinerlei Hinweise auf Preußen. Das einzige Stichwort bezüglich des deutschsprachigen Raums betrifft »Puffendorf: [L]es savans du nord estiment beaucoup le traité de cet auteur >de jure naturali gentium et civili«», doch d'Aguesseau gibt hier nur zu, dass er dieses Werk nie zu Ende lesen konnte: D'AGUESSEAU, Œuvres complètes, Bd. 15, S. 52.

109 Code Frédéric, in: Journal de Trévoux, Apr. 1751, S. 775–795.

110 »Il vaut mieux aujourd'hui ranger les loix qu'en établir de nouvelles; il vaut mieux présenter le véritable esprit des loix, que rassembler les opinions de ceux qui ont voulu les interpréter: surtout il est infiniment essentiel de poser des principes certains, invariables, lumineux, d'où il soit facile de tirer des conséquences applicables aux divers intérêts des hommes. Ainsi, dans ce déclin des siècles, & après la promulgation de tant de loix, quiconque portes ses vûes à donner un corps de droit bien digéré, bien précis, bien fondé sur la logique, mérite encore à très-juste titre, la qualité éminente de législateur; sans compter celles de philosophe, de bienfaiteur du genre humaine, de pacificateur de tous les troubles civils & domestiques. L'auteur du code Frédéric qui est un grand roi, jouit de cette gloire«, *ibid.*, S. 778f.

Insgesamt war der Ton des Kommentars sehr lobend<sup>111</sup>, auch wenn die von den Jesuiten gegründete Zeitschrift die – für die damalige Zeit relativ modernen – Scheidungsmöglichkeiten im protestantischen Land als unvereinbar mit dem Evangelium ansahen<sup>112</sup>. Dies muss deshalb hervorgehoben werden, weil besagte Haltung den Journalisten von Trévoux im Juni in einer Verteidigungsschrift des Code Frédéric vorgeworfen wurde. Der Autor dieser Schrift war sehr wahrscheinlich Campagne<sup>113</sup>. Hier deutete sich bereits die bald darauf gestellte Frage nach der Gültigkeit der protestantischen Eheschließungen an, die von den 1760er Jahren bis zum Toleranzedikt vom 29. November 1787, das das Existenzrecht der Nichtkatholiken anerkannte, debattiert wurde<sup>114</sup>.

111 »Il n'est rien de plus sage & de plus beau que tout ce plan de jurisprudence; au fond c'est le droit romain, mais dégagé de toutes subtilités, & de tous embarras; mais disposé dans un ordre admirable d'instruction, tout propre par conséquent à fournir des lumières dans toutes les controverses civiles & domestiques. [...] Par ces actions qu'énonce le texte, on rentre ici dans le plan des Institutes de Justinien; mais la matière se lit mieux, dans le code Frédéric, avec les principes qui précèdent; c'est-à-dire qu'on fait voir d'une manière plus sensible comment l'état & les droits des personnes autorisent les actions judiciaires, contre tout agresseur violent ou injuste. [...] Il falloit rétablir l'ordre en créant une procédure uniforme; & c'est ce que S. M. prussienne a tenté, ce qu'elle a exécuté avec beaucoup de succès: admirons un moment la sagesse de ses tentatives. [...] L'auteur de cette exposition est M. Formay secrétaire perpétuel de l'Académie royale de Prusse, écrivain très-célèbre par ses succès littéraires; il a rédigé, avec beaucoup de clarté & de précision, le plan royal qui lui avoit été confié & qui mérite l'admiration de tous les esprits amis du vrai, de la paix, de la prospérité des États«, *ibid.*, S. 785–787, 792 und 794f.

112 »Après ce détail, il vient naturellement en pensée de demander comment des dispositions pareilles peuvent se concilier avec les textes de l'Évangile & de S. Paul, qui expriment si clairement l'indissolubilité du mariage. Nous ne développerons pas les rapports de cette importante difficulté; contents d'observer que ces loix ont été faites en pays protestant; & qu'une de nos controverses avec Luther, Melancthon, Bucer & les autres chefs du parti luthérien touchoit la plûpart des cas à la question présente«, *ibid.*, S. 789f.

113 [Alexandre-Auguste DE CAMPAGNE], La défense du code Frédéric, attaqué par les journalistes de Trévoux. Dans leurs »Mémoires« du mois d'avril 1751, o. O. o. D., S. 1530–1541.

114 Ernst WALDER (Hg.), Staat und Kirche in Frankreich, 2 Bde., Bern 1953; siehe zum Hauptakteur des Kampfes um die rechtliche Anerkennung der Protestanten in Frankreich: André DUPONT, Rabaut Saint-Étienne 1743–1793. Un protestant défenseur de la liberté religieuse, Genf <sup>2</sup>1989, und Martin GÖHRING, Rabaut Saint-Étienne. Ein Kämpfer an der Wende zweier Epochen, Berlin 1935. Auch von Diplomaten wurde die Institution der Scheidung derart kritisch betrachtet, dass am Ende des Jahres 1782 strengere Regelungen begrüßt wurden: »S. M.P. s'occupe de réglemens intérieurs: Elle vient d'en donner un pour diminuer le nombre des divorces. Les démarches de ce genre ne cessent d'occuper les tribunaux. On prétend qu'il y en avoit plus de quatre vingt de formées

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

Bald nach der Veröffentlichung von Campagnes Verteidigungsschrift erschien in der Ausgabe des »Journal de Trévoux« von Juni 1751 eine Antwort. In dieser wunderte man sich zuerst über die Schriftgattung an sich: Die Rezension von April gebe nämlich keinerlei Anlass zu einer solchen Verteidigung, denn sie stelle das preußische Werk sehr loblich dar<sup>115</sup>. Den *trévousiens* sei daher in dieser anonymen *defensio* ungerechterweise vorgeworfen worden, sie hätten keine Analyse des preußischen Kodex durchgeführt, die Bedeutung eines solchen Buches für ein breiteres Publikum unterbewertet und es nur auf seine praktische Funktion innerhalb der Gerichtssäle und als Lehrbuch in Rechtsschulen begrenzt. Hinzu komme eine ungerechtfertigte, vehemente Reaktion auf die Äußerungen der katholischen Rezensenten zur Unvereinbarkeit der Scheidungsregelung mit dem Evangelium. Diesen wurde vorgeworfen, dass ihre Rezension voller Widersprüche sei, weil sie einerseits voll des Lobes über den Code Frédéric und dessen königlichen Autor sei, aber andererseits Kritik an der möglichen Auflösung der Ehe äußere. Dem Autor der *defensio* wurde geantwortet, er behaupte somit fälschlicherweise, dass die Redakteure des »Journal de Trévoux« das friderizianische Gesetzbuch mit den Schriften Luthers in Verbindung gesetzt hätten. Auf all die Kritikpunkte des anonymen Verfassers der »Défense du code Frédéric« antworteten die Angegriffenen in einem ruhigen und friedlichen Ton, weit von jeglicher Polemik entfernt<sup>116</sup>. Auch diese Stellungnahme des Jahres 1751 zum ersten Kodifikationsversuch Preußens schloss mit einem wiederholten Lob an dessen Initiator, blieb aber ebenfalls ohne weitere Resonanz in Frankreich<sup>117</sup>.

Der Code Frédéric fand letztendlich niemals Anwendung in den preußischen Territorien. Cocceji arbeitete zwar bis zu seinem Tod 1755 an dieser all-

dans les tribunaux de Berlin, et plusieurs autres qui se préparoient. Le roi n'a pas voulu laisser continuer ce désordre, et par les conditions de son édit, rend les divorces de la plus grande difficulté!«, Brief von d'Esterno, 14.12.1782, AMAE CP Prusse 201, fol. 449r.

<sup>115</sup> [CAMPAGNE,] La défense du code Frédéric.

<sup>116</sup> »Le code Frédéric est un excellent ouvrage, & son auguste auteur mérite tous les éloges que nous lui donnons; il en mérite même beaucoup davantage, & de personnes qui nous seroient supérieures en toutes manières. En conclusion: Nous ne pensions pas que l'extrait du code Frédéric pût jamais nous attirer une critique. Il avoit été composé avec beaucoup de zèle & d'affection, dans des vues très-pacifiques & très-respectueuses. Notre réponse est encore dictée par ces sentimens, & ce sera la seule en ce genre qu'on verra dans nos mémoires«, *ibid.*, S. 1541.

<sup>117</sup> Auch später, zu Beginn der 1760er Jahre, befand sich im achtbändigen Werk des Publizisten Gaspard de Réal de Curban ein kurzer Absatz über die Bemühungen Friedrichs II. zur Einführung einer einheitlichen Gesetzgebung in seinen Territorien, der mit folgendem knappen Urteil abschloss: »Le nouveau législateur veut que dans ses endroits-là il n'y ait qu'un seul juge. Ce sont assurément tous soins bien dignes d'un grand prince«, RÉAL DE CURBAN, *La science du gouvernement*, Bd. 2, S. 659.

gemeinen Rechtsreform, aber seine Nachfolger waren nicht zuletzt wegen des Siebenjährigen Krieges nicht in der Lage, seine Arbeit zu vollenden<sup>118</sup>. In den folgenden Jahrzehnten wurde dieser erste Entwurf ignoriert, der Text des zweiten Kodifikationsversuchs 1780 und jener des schließlich im Jahre 1794 in Kraft getretenen Allgemeinen Landrechts übernahmen nichts vom ersten Entwurf. Er kann daher als misslungener Anlauf sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes angesehen werden und wurde nie als mögliches Modell für weitere Entwürfe einer allgemeinen, einheitlichen Gesetzgebung betrachtet.

Die geringe Wahrnehmung des Entwurfs zum Code Frédéric lässt sich mit Sicherheit dadurch erklären, dass die französische Öffentlichkeit, die Juristen des Landes, aber vor allem die Mitglieder des Justizministeriums zur gleichen Zeit mit ganz anderen Problemen beschäftigt waren. Denn damals interessierte man sich viel mehr für strafrechtliche Fragen und darüber hinaus auf einer politisch-theoretischen Ebene für die Bestrafungsmacht des sich als absolut begreifenden Staates und für die möglichen Einschränkungen dieser Macht.

In dieser strafrechtlichen Debatte, die in den 1760er Jahren europaweit vor allem von Naturrechtstheoretikern in Bezug auf den Gesellschaftsvertrag geführt wurde, leistete – wie bereits gezeigt – Italien den bedeutendsten Beitrag zur Erneuerung<sup>119</sup>. Die Konkurrenz anderer ausländischer Vorbilder schadete schlussendlich der Wahrnehmung der Bemühungen Preußens im Rechtsbereich.

#### 4.4.3 Kritik an der preußischen Zivilprozessordnung

Daniel Jousse veröffentlichte 1769 in einer erweiterten Auflage seines 1753 publizierten Kommentars zur Zivilordnung von April 1667 eine mehrseitige Vergleichsanalyse zwischen der neuen preußischen und der alten französischen Zivilprozessordnung, die noch durch die große Zivilordnung Ludwigs XIV. geregelt wurde<sup>120</sup>. Der konservative Jousse begann seine apologetische Analyse mit einem Hinweis auf die neue Regelung Preußens, über die zu viel unberechtigtes Lob formuliert worden sei<sup>121</sup>. Die neue zivilrechtliche Prozessordnung Preußens, so wie sie in den ersten Bänden des Code Frédéric erläutert werde, stoße auf große Begeisterung, die aber angesichts des Inhalts der Reformen

<sup>118</sup> Max SPRINGER, *Die Coccejische Justizreform*, München u. a. 1914, S. 64–66.

<sup>119</sup> Jean-Marie CARBASSE, *Introduction historique au droit pénal*, Paris 1990, insbes. S. 300–339; Michel PORRET, *Beccaria et sa modernité* in: DERS. (Hg.), *Cesare Beccaria et la culture juridique des Lumières*, Genf 1997, S. 11–25.

<sup>120</sup> JOUSSE, *Nouveau commentaire sur l'ordonnance civile*.

<sup>121</sup> *Ibid.*, S. XIXf.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

nicht berechtigt sei. Sie beruhe vielmehr auf einem positiven Vorurteil, das wiederum als Ergebnis der erfolgreichen Propaganda zugunsten des »aufgeklärten Monarchen« zu verstehen sei, die auch Jahre später nichts von ihrer Wirkung eingebüßt habe<sup>122</sup>.

Diese Parteilichkeit zugunsten jeglicher preußischer Neuerungen wolle er einer kritischen Überprüfung unterziehen. Dementsprechend wolle er zeigen, dass die französische Prozessordnung viel einfacher als die preußische zu handhaben sei und die scheinbar vorteilhaften Artikel der preußischen Reglementierung in Frankreich nicht anwendbar seien. Nur die begrenzte Dauer der Prozesse und die kürzeren Fristen, um Berufung einzulegen, seien besser als in Frankreich<sup>123</sup>.

Unter den Neuerungen der preußischen Zivilprozessordnung wurde einige Jahre später die Begründung der Gerichtsentscheidungen ebenfalls positiv hervorgehoben, diesmal von einem anderen Juristen, Pierre-Jean-Baptiste Chaussard (1766–1823), in seinem Werk von 1789 zur Theorie der Strafgesetze<sup>124</sup>.

In dem darauffolgenden »Extrait de la nouvelle procédure établie en Prusse par le roi Frédéric, suivant l'exposition qui en a été donnée par M. Formey«<sup>125</sup> listete Jousse zunächst die von ihm ausgewählten Artikel auf, die er in seinen Ausführungen erläutern wollte, bevor er mit dem Kommentar der jeweiligen Paragraphen begann. Unter den zahlreichen Normen, die diese drei ersten Bände umfassten, waren es insgesamt nur 14 Artikel, die Jousse als relevant, ja als »besonders« betrachtete. Deutlicher hätte der Hüter der französischen Rechtstradition seine Arroganz gegenüber dem Neuen und Fremden nicht zum Ausdruck bringen können. Im Laufe der Ausführungen zeigte sich der angegriffene Stolz des konservativen Magistraten deutlich.

Obwohl Jousse den preußischen Kodifikationsversuch mit Präzision unter die Lupe nahm, gaben ihm alle von ihm als beachtenswert bezeichneten Rechtsartikel Anlass zu mehr oder weniger vernichtender Kritik. Dabei teilte sich seine Widerlegung der Nutzbarkeit jener Regeln für die französische Justizordnung in zwei Argumentationstypen auf: Entweder seien die französi-

<sup>122</sup> Siehe bei Jacques-Pierre BRISSOT DE WARVILLE, *Les moyens d'adoucir la rigueur des loix pénales en France sans nuire à la sûreté publique*, Châlons-sur-Marne 1781, S. 45: »Un souverain qui le premier a donné l'exemple d'une sage réforme dans ses tribunaux«.

<sup>123</sup> JOUSSE, *Nouveau commentaire sur l'ordonnance civile*, S. XX.

<sup>124</sup> »Dans l'article XIV. Tous jugemens [...] serons signés par tous les juges, &c.: C'est une belle loi que celle du code Frédéric, qui oblige les juges à développer dans leur arrêt les motifs qui les ont porté à le rendre«, CHAUSSARD, *Théorie des lois criminelles*, S. 146.

<sup>125</sup> Dabei handelt es sich um dieselbe Edition des Code Frédéric, die im »Journal de Trévoux« (Apr. 1751) rezensiert wurde.

schen Regelungen »vorteilhafter« als die neuen preußischen oder man könne die preußischen »unmöglich« in die französische Rechtspraxis übertragen oder das französische Rechtssystem kenne den angeblich »neuen« Paragraphen schon längst. Liest man aber seinen Kommentar des Artikels XXV bis zum Ende, bleibt von der angeblich positiven Anmerkung nichts mehr übrig: »Au surplus, ce qui est dit à la fin de ce même article 25, & qui est conforme à l'usage observé en France, rend la disposition dont on vient de parler presque inutile«<sup>126</sup>. Somit wurde die Frage nach einer möglichen Vorbildfunktion der preußischen Gesetzgebung für eine eventuelle Erneuerung der französischen Zivilprozessordnung zumindest von Daniel Jousse gnadenlos verworfen.

Auch später, im Vorfeld des Müller-Arnold-Prozesses, widerlegte Louis-Marie de Pons (1744–1834), von 1775 bis 1778 französischer *chargé d'affaires* und *ministre plénipotentiaire* in Berlin, in einem Bericht von 1775 die Unabhängigkeitslegende der Magistrate, die Friedrich II. zu seinem eigenen Glanz propagieren lasse<sup>127</sup>. Der König habe sich dazu verpflichtet, die Arbeit der Gerichte zu ermöglichen und die Richter auszuwählen, sich aber auf keinen Fall in die Rechtsprechung einzumischen<sup>128</sup>. Dennoch beeinflusse er allein durch seinen Despotismus Gerichtsentscheidungen<sup>129</sup>. Die Furcht, ihm missfallen zu können, reiche nämlich aus, damit kein Richter es wage, ein gegen königliche Interessen verstoßendes Urteil zu fällen. In diesem Sinne sei die Rechtsprechung Preußens nicht von jedem monarchischen Einfluss befreit, beobachtete Pons. Außerdem seien Prozesse zwischen preußischen Bürgern oft parteiisch, und noch häufiger seien sie es, wenn Ausländer involviert seien. Denn falls Fremde ihren Prozess gewinnen könnten, bestehe das Risiko, dass sie die gewonnene Geldsumme über die Landesgrenzen transportierten. Deshalb hätten sie überhaupt keine

126 JOUSSE, Nouveau commentaire sur l'ordonnance civile, S. XXXVIII.

127 Récapitulation par aperçu des revenus de Sa Majesté le roi de Prusse tant dans les anciens que dans les nouveaux États [prussiens], L.-M. marquis de Pons Saint-Maurice, Mémoire, AMAE MD Prusse 7, insbes. »De la justice«, fol. 165r–166v.

128 »Le roi de Prusse paroît s'être fait un principe de n'entrer pour rien dans l'administration de la justice. Ses soins se bornent au maintien des tribunaux et au choix des juges, ils ne s'étendent pas jusqu'à veiller sur la manière dont la justice est rendue«, ibid., fol. 166r.

129 »La liberté que le roi de Prusse affecte de laisser au cours de la justice n'empêche pas que l'impression de son despotisme ne se fasse sentir dans les tribunaux et n'influe sur les jugements. L'opinion que l'on connaît à Sa Majesté Frédéric sur telle ou telle affaire est souvent le principe sur lequel elle est jugée. Le roi de Prusse, à la vérité, n'intime pas sa volonté mais la crainte de lui déplaire, de prononcer contre son opinion, produit le même effet dans les causes surtout où les intérêts du prince se trouvent en opposition à ceux de ses sujets, il est très difficile à ceux-ci d'obtenir justice«, ibid., fol. 166r–v.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

Aussicht auf einen gerechten Prozess, der König widme den Geldexporten eine zu große Aufmerksamkeit, als dass er solche Verluste zulasse<sup>130</sup>. Dennoch habe sich Friedrich darum bemüht, die Dauer der Prozesse zu kürzen, die Rechtsprechung zu verbessern und eine überall in seinem Königtum gültige Gesetzgebung einzuführen. Sein ehemaliger Großkanzler Cocceji habe daher eine wichtige Arbeit begonnen, die aber durch seinen Tod 1755 unvollkommen geblieben sei. Friedrich habe sich seitdem nicht mehr dafür interessiert, behauptete der französische Gesandte<sup>131</sup>. In der Tat wurde erst 1780 vom späteren Großkanzler Johann Heinrich Casimir von Carmer (1720–1801) ein neues Kodifikationsprogramm wieder aufgegriffen.

Pons schloss seine Ausführungen zur preußischen Justiz mit einer relativ positiven Bemerkung zum Code Frédéric: Jener Gesetzestext enthalte gute Prinzipien, sei aber nie als Gesetz verabschiedet worden. Deshalb fänden die alten Gewohnheitsrechte weiterhin Anwendung, was zu einem unübersichtlichen, langsamen und kostspieligen Justizsystem führe<sup>132</sup>. Indem der französische Gesandte gerade diese grundsätzlichen Schwächen erwähnte, verwies er auf die Mängel des Rechtssystems im eigenen Lande. Dennoch sei die Lage in Preußen schlimmer als in Frankreich, führte Pons fort, denn dort sei die Justiz u. a. aufgrund mangelhafter Ausbildung und des richterlichen Sittenverfalls weniger rechtschaffen<sup>133</sup>.

Weitere kritische Stimmen prangerten im Todesjahr Friedrichs 1786 seine Selbstdarstellung als gerechter Monarch an. Eine anonyme Schrift aus diplomatischen Berichten über den preußischen Staat wies auf den Müller-Arnold-Pro-

130 »On voit également de la partialité dans les procès entre les sujets prussiens mais elle s'apperoit bien plus sensiblement à l'égard des étrangers, particulièrement les cas où le gain de leur affaire entraineroit hors du royaume la sortie de quelques fonds; il se joint alors à la propension de favoriser les regnicoles, un intérêt plus pressant, celui de faire sa cour au roi très attentif sur l'exportation d'argent hors de ses états; les moyens de chicannes ne manquent pas, il n'en est pas auxquels l'étranger ne soit soumis, et le plus souvent le jugement ne lui est pas favorable«, *ibid.*, fol. 166v.

131 »Ce prince avoit également voulu pour abrèger les procès, et en faciliter le jugement faire rédiger un code qui fut uniforme pour tout le royaume. Le grand chancelier Coccey avoit été chargé de cet ouvrage, la mort du chancelier le laisser imparfait, le roi depuis ne s'en est plus occupé«, *ibid.*, fol. 166r.

132 »Le code Frédéric avoit commencé sur les bons principes mais tel qu'il est, il ne peut faire loi; on le consulte seulement comme un bon commentaire: les anciens codes sont toujours suivis. Presque chaque province a le sien. La multitude de ces codes et de leurs commentaires rend la justice embrouillée, très lente, et très dispendieuse«, *ibid.*

133 »La justice, en un mot, n'est pas plus que les autres parties de l'administration à l'abri des inconvénients qui résultent du peu d'instruction, de la négligence et de la pauvreté dans un pais où la corruption des mœurs rend les principes de probité moins sévères«, *ibid.*, fol. 166v.

zess von 1779 hin, um die ungerechte Einmischung des Königs zu zeigen<sup>134</sup>. Sein Versprechen, die Unabhängigkeit der Rechtsprechung zu respektieren, ja sogar zu garantieren, habe er schon deshalb nicht gehalten, weil er mit privaten Äußerungen Gerichtsurteile beeinflusse<sup>135</sup>. Dennoch, schloss der anonyme Beobachter, habe die Justiz während seiner Regierungszeit besser funktioniert als zuvor<sup>136</sup>. Von einer Imitation jenes Modells war hier aber ebenfalls nicht die Rede.

#### 4.4.4 Kritische Äußerungen über den »roi législateur« nach Friedrichs Tod

Im Jahre 1787 erschien die berühmte Lobschrift von Guibert auf Friedrich den Großen. Der Verfasser behauptete, dass der preußische König als seine wichtigste Funktion nicht die des *roi connétable*, sondern die des *roi justicier* betrachte<sup>137</sup>. Friedrichs Kodifikationsprojekt ziele darauf ab, die Gerichtsverfahren zu vereinheitlichen und zu vereinfachen, die Gerichtskosten einzuschränken und so den Zugang zur Justiz zu erleichtern. Trotz seiner Lücken sei der Entwurf seines Gesetzbuches von hoher Qualität und solle gelobt werden<sup>138</sup>. Friedrich habe selbst die Anfertigung jenes Kodex vorbereitet, indem er eine Schrift über den Zustand der Gesetzgebung in Preußen und in Deutschland verfasst habe. Das Werk sei durchgehend von Gelehrsamkeit und Philosophie

<sup>134</sup> Note sur les États du roi de Prusse, *ibid.*, fol. 261r–265r. Interessanterweise lassen sich in der juristischen Literatur keine weiteren Äußerungen über den berühmten Prozess finden. Nur in der Öffentlichkeit bzw. in den Literatenmilieus stand das Eingreifen des Königs zugunsten des Müllers Arnold in hohem Ansehen. Bei französischen Juristen scheint diese Rechtsangelegenheit keine Reaktion hervorgerufen zu haben: »Que feriez-vous, Sire, de tant de juges français bien convaincus, non pas seulement d’avoir vexé, comme ceux de Cüstrin, un malheureux paysan, mais d’avoir fait périr des innocents dans les supplices? Aussi me revient-il que quelques-uns de nos cannibales parlementaires trouvent bien *rigoureuse* (car ils n’osent pas se servir d’un autre mot) la punition que V. M. a faite de ces magistrats prévaricateurs. Leur censure est un éloge de plus«, d’Alembert an Friedrich II., 29.2.1780, in: FRIEDRICH II, Œuvres de Frédéric le Grand, Bd. 25, S. 158 (Hervorh, i. Orig.).

<sup>135</sup> Note sur les États du roi de Prusse, AMAE MD Prusse 7, fol. 261r–265r.

<sup>136</sup> »Cependant malgré ses erreurs et des fautes toutes les actions publiques de ce prince sont inspirées par de grandes vues, ont un caractère imposant et des résultats brillants et heureux. La justice est plus exactement rendue dans les états du roy de Prusse qu’elle ne l’était avant lui«, *ibid.*, fol. 265v.

<sup>137</sup> »La pensée de Frédéric s’étend à tout; il ne perd pas de vue que dans sa réfutation de Machiavel, il a posé en principe, que la première fonction d’un roi étoit d’être magistrat, & la seconde d’être guerrier«, GUIBERT, Éloge du roi de Prusse, S. 99.

<sup>138</sup> *Ibid.*, S. 100–102.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

geprägt, lobte Guibert. Auf den genauen Inhalt der friderizianischen Kodifikation ging der Offizier aber nicht ein.

Erneut griff Mirabeau zur Feder, um Guiberts lobende Version zu korrigieren. In Bezug auf die Abschaffung der Folter in Preußen bei Friedrichs Regierungsantritt stellte er die tatsächliche Reichweite dieser Maßnahme in Frage: Sei die Abschaffung der Folter in Preußen nicht eher ein Mythos, oder, direkter formuliert, eine Lüge gewesen<sup>139</sup>? In seinem gewohnt ironischen Tonfall erklärte der Publizist, dass er im Laufe seiner umfangreichen Recherchen zur preußischen Monarchie keinen Beweis dafür gefunden habe, dass die Folter tatsächlich abgeschafft worden sei. Vielleicht wisse aber Guibert mehr als er, da er angeblich so zahlreiche deutsche Bücher und alle Gesetze Friedrichs II. gelesen habe. Punkt für Punkt widerlegte Mirabeau alle Aspekte der Lobrede Guiberts und warf ihm statistische und historische Fehler vor<sup>140</sup>.

Mirabeau hatte in den 1780er Jahren in Aix-en-Provence Jura studiert und seit seiner umstrittenen Scheidung von Émilie de Marignane seine juristischen Kenntnisse noch erweitert. Ausgehend von diesem persönlichen Erlebnis ent-

139 »M. de Guibert veut que Frédéric en ait purgé les tribunaux prussiens. J'ai souvent entendu répéter la même chose, mais je n'en ais jamais pu trouver la moindre preuve de fait, & dans mes très-vastes recherches, je n'ai rien découvert de pareil. M. de Guibert en sait apparemment sur ce sujet plus que moi qui ai compulsé tant de livres allemands, & qui n'ai pas laissé une loi de Frédéric II sans la lire & l'extraire. Cependant si par hazard il se trompoit, sa confiance ne seroit-elle pas curieuse?«, MIRABEAU, Lettre du comte de Mirabeau à M. le comte de\*\*\*, S. 7. Über die Relativierung des königlichen Befehls Friedrichs II. zur Abschaffung der Folter siehe Mathias SCHMOECKEL, *Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozesses*, Köln 2000.

140 »Ainsi, p. 100, M. de Guibert nous assure que Frédéric conçoit, qu'il exécute le projet d'un code général & l'introduit à la fois & d'une manière uniforme dans tant de pays morcelés qui sont sous sa domination. Et il ne peut être question ici que du projet de code fait par le chancelier de Cocceji, dont il n'a jamais paru que deux volumes qui ne contiennent pas à beaucoup près toute la législation civile. M. de Guibert ajoute: »peut-être ce code est-il imparfait dans quelques détails, peut-être a-t-il entraîné quelques inconvénients, sans doute il faudrait y refaire cette partie importante qui doit défendre l'humanité, prévenir ou punir le crime &c. &c.« Sans doute ce code est imparfait, puisqu'il n'a jamais été achevé, puisqu'il n'a jamais eu force de loi, puisqu'il a été entièrement abandonné; & certainement on ne peut pas en refaire la partie criminelle qui n'a jamais été faite; mais n'est-il pas trop hardi de parler des choses dont on n'a pas la plus légère connoissance? Et comment l'homme qui écrit sur Frédéric, qui parle de son premier code, ne dit-il pas un mot du second projeté & commencé sur la fin du regne de ce grand roi; code si important & si remarquable sur-tout en ce qu'on invita tous les hommes étrangers & nationaux à se scruter, à le critiquer, à exposer leurs sentimens & leurs idées sur un corps de loix qu'on vouloit éclairer de leur raison avant de le sanctionner«, MIRABEAU, Lettre du comte de Mirabeau à M. le comte de\*\*\*, S. 15f.

wickelte er eine eigene Auffassung von der Unauflösbarkeit der Ehe. Er beschäftigte sich vor allem intensiv mit zivilrechtlichen Fragen und warf sogar einen Blick auf römischrechtliche Regeln und Kommentatoren<sup>141</sup>. Seine Ausführungen können daher im Gegensatz zu denen Guiberts als die eines Experten betrachtet werden, auch was das friderizianische Recht betrifft. Denn zwischen 1784 und 1788, als der Entwurf für das allgemeine Gesetzbuch für die preußischen Staaten in drei Bänden konzipiert wurde, interessierte sich Mirabeau zunehmend für Preußen und insbesondere für dessen Gesetzgebung<sup>142</sup>. Im Rahmen der Arbeit an seinem umfangreichen Werk über die preußische Monarchie verfasste er mithilfe Jakob Mauvillons eine fundierte Analyse jenes Kodifikationsentwurfs. In dieser eher wissenschaftlichen Studie schilderte der Graf eine idealisierte Vision des Verhältnisses zwischen der Regierung und den Intellektuellen Preußens. Er kritisierte damit implizit die Situation in Frankreich<sup>143</sup>.

In einem Brief vom 19. Dezember 1786 lud Mirabeau Mauvillon nachdrücklich dazu ein, sich gründlich mit dem neuen preußischen Kodifikationsprojekt zu beschäftigen. Dieser interessante Versuch, der, so Mirabeau, Anlass zu weiteren philosophischen Überlegungen geben solle, habe das Interesse des französischen Justizministers geweckt, weil zur gleichen Zeit auch in Frankreich die Gesetzgebung neu geordnet werden solle<sup>144</sup>. Während der Abfassung seiner Preußenstudie hob Mirabeau hervor, wie wenig Aufmerksamkeit der preußische Versuch einer allgemeingültigen Gesetzgebung genossen habe, und dies, obwohl die »bons esprits« der französischen Nation davon hätten profitie-

141 DERS., *Lettres inédites de Mirabeau. Mémoires et extraits de mémoires écrits en 1781, 1782 et 1783, dans le cours de son procès de Pontarlier (en réhabilitation), et de Provence (en séparation) avec sa femme: le tout faisant suite aux lettres écrites du donjon de Vincennes, depuis 1777 jusqu'à 1780 inclusivement*, hg. von J.-F. VITRY, Paris 1806, S. 463–472; MIRABEAU, *Discours de M. Mirabeau l'ainé sur la législation des mines prononcé le 21 mars 1791*, Paris 1791; DERS., *Discours de M. Mirabeau l'ainé sur l'égalité des partages dans les successions en ligne directe, lu, une heure après sa mort, par M. Taleyrand-Périgord, ancien évêque d'Autun, à la séance de l'Assemblée nationale du 2 avril 1791*, Paris 1791.

142 Mario DA PASSANO, *Un autografo inedito di Honoré-Gabriel Riqueti, comte de Mirabeau: l'«Analyse raisonnée du projet d'un nouveau code prussien» (1788)*, in: *Materiali per una storia della cultura giuridica* 6 (1976), S. 93–186, insbes. S. 108f.

143 *Ibid.*, S. 121–186.

144 »Quant à la législation, je serais bien fâché que vous vous appesantiez; mais j'ai entendu parler du nouveau projet de code comme d'un ouvrage qui ouvrait la lice à plusieurs observations philosophiques. Lisez-le donc avec attention. [U]ne analyse très raisonnée et très philosophique du code prussien, lequel doit avoir eu sa continuation, et que M. le garde des sceaux désire connoître à fond dans cette époque où va être refondu le code françois«, MIRABEAU, *Lettres du comte de Mirabeau*, S. 351.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

ren können<sup>145</sup>. Mirabeau erklärte daher, sein Ziel sei es, dem Legislativauschuss bei seiner Kodifikationsarbeit zu helfen, indem er eine Analyse des preußischen Justizwesens in mehreren Teilen veröffentlichen werde<sup>146</sup>. Seine Aussagen bestätigten den Mangel an Aufmerksamkeit, den die französischen Juristen, insbesondere die der Grande Chancellerie, Carmers Kodifikationsversuch von 1780 entgegenbrachten. Im Gegensatz dazu zeugt die Korrespondenz zwischen Mirabeau und Mauvillon in den Vorbereitungsjahren ihrer Studie von der besonderen Mühe, die sie für diesen Teil ihres Werkes über Preußen aufbrachten<sup>147</sup>.

Mirabeaus Betonung seiner Fachkompetenz im juristischen Bereich ist symptomatisch für den Machtkampf, der sich in diesen Jahren in dieser Disziplin abspielte und in dem Fachexperten »dilettantischen Literaten« entgegentanden. Die Komplexität des juristischen Wissens führte dazu, dass diejenigen, die sich an den Diskussionen um Erneuerungen und Änderungen im Rechtsbereich beteiligten, ihre Kompetenz in diesen Fragen besonders hervorheben und beweisen mussten. Deshalb lassen sich häufig scharfe Attacken von ausgebildeten Juristen finden, die gegen Philosophen und Literaten gerichtet waren. Ihnen wurde jegliche Kompetenz im Zivilrecht abgesprochen, womit zugleich ihre

<sup>145</sup> »Ce qui me presse maintenant, c'est la législation prussienne; 1° parce que la nation doit s'occuper et s'occupera certainement d'une réforme à cet égard; or, c'est incontestablement là le côté sur lequel les bons esprits ont le moins appliqué leurs yeux«, *ibid.*, S. 388.

<sup>146</sup> »Je suis décidé, pour éclairer le comité de législation de faire paroître cet immense et superbe travail par parties«, *ibid.*, S. 459.

<sup>147</sup> »Et là vous pouvez encadrer toutes les vérités humaines les plus hardies«, *ibid.*, S. 358; »[Q]uant à l'analyse du code prussien, livrez vous à toute la liberté de vos pensées« *ibid.*, S. 371; »[A] quoi je mets le plus grand prix quant à présent de ce que vous voulez bien faire pour moi, c'est, mon ami, l'ouvrage sur le code; mettez y tout ce que vous avez de talent et de philosophie; procurez vous les critiques, jugez-les« *ibid.*, S. 385; »Ayez bien tôt ce qui a paru du code et sur le code, soit pour, soit contre. Enfin, mon cher ami, soyez vous tout entier dans cet ouvrage«, *ibid.*, S. 389; »[S]ouvenez-vous, mon cher major, à ce propos qu'à tout événement l'analyse du code prussien doit être notre testament politique«, *ibid.*, S. 395; »[C]e sera de l'exquis que cet ouvrage, s'il est aussi bon que votre introduction dont je suis extatiquement content [...] son commencement me le rend très précieux, par la finesse et la profondeur des vues que vous y avez portées«, *ibid.*, S. 441 und 443; »[L]e travail que j'ai entrepris et dont le vôtre est la base, est certainement ce que l'on peut faire de plus aujourd'hui pour ce pays-ci. Non seulement je m'y mettrai de toutes mes forces, dès que les affaires courantes de la législature me laisseront respirer [...] mais encore j'y employerai plusieurs auxiliaires, gens de mérite«, *ibid.*, S. 496.

Kommentare zur Reformbedürftigkeit des Strafrechts disqualifiziert werden sollten<sup>148</sup>.

Mirabeau spielte eine aktive Rolle in diesem Machtkampf und ließ deshalb keine Gelegenheit aus, seinen Gegnern gegenüber seine juristischen Kenntnisse zu betonen, insbesondere zum preußischen Rechtssystem und dessen Gesetzen, wie es die gegen Guibert gerichteten Äußerungen illustrieren. Trotz seiner profunden Analyse der preußischen Gesetzgebung, die beinahe einen gesamten Band umfasste, entwarf Mirabeau keinen Reformplan mit Preußen als Modell, der als Basis für eine Restrukturierung des gesamten französischen Justizwesens hätte dienen können<sup>149</sup>.

148 »On parle beaucoup de loix criminelles. Tous les beaux-esprits, tous les littérateurs, et quelques philosophes, s'en occupent avec ferveur, et ne paroissent pas avoir aperçu qu'elles sont la conséquence nécessaire des loix qui assurent la propriété et la liberté civile, et que chez toutes les nations de la terre, la rigueur des loix pénales et la sévérité des formes qui en dirigent l'exécution, ont toujours été relatives à la plus ou moins grande inégalité des enjeux que chaque individu, dès sa naissance, obtient de la législation«, Lettres écrites par un ancien magistrat à un ami, sur le procès du comte et de la comtesse de Mirabeau (1783?), AMAE MD 1888, fol. 24r–v, sowie: »Tout travail sur les loix criminelles n'est donc qu'une vaine utopie, s'il n'embrasse la législation civile«, ibid., fol. 34v, sowie auch: »La révolution entière ou point de réforme. Les projets réformateurs effraient, par mille considérations, les esprits foibles de qui dépend l'opinion publique. Sans doute nous avons besoin de réforme; mais l'agitation donnée aux esprits à cet égard peut être funeste aussi longtemps que l'objet et le but n'en sont point déterminés avec précision. [...] Jamais on ne fera rien d'utile en ce genre que l'on ne change entièrement le système de notre législation«, ibid., fol. 24r, 25r–v.

149 »[C]ontinuez le travail du code, puisque vous l'avez commencé, et que de tout point c'est une chose importante, puisqu'il est achevé, sauf la procédure criminelle, ce qui étoit bien celle qui m'intéressoit, parce que c'est sur cette partie de la législation que j'ai le plus réfléchi, que j'ai le plus de notes, que j'ai le plus d'amis instruits, et que c'est surtout celle-la que je regarde comme le code du peuple et la base de sa morale«, Mirabeau à Mauvillon concernant l'analyse du projet de code prussien, in: MIRABEAU, Lettres du comte de Mirabeau, S. 412, sowie auch: »Nous voudrions qu'il nous fût possible de présenter à nos lecteurs, d'après Mirabeau, une théorie complète sur la législation française; mais dans l'ouvrage dont nous venons de rendre compte [Observations d'un voyageur anglais sur la maison de force appelée Bicêtre, suivies de réflexions sur les effets de la sévérité des peines et sur la législation criminelle de la Grande-Bretagne, s. l. 1788, qui sont en réalité de Samuel Romilly, non de Mirabeau] et dans ceux qu'il a donnés, ou qu'on a donnés sous son nom au public, non plus que dans son grand travail inédit, dont quelques parties sont restées informes, sur le code prussien, il n'a que semé des observations et des vues, sans élaborer, même sans jalonner complètement un plan d'ensemble; et nous ne pourrions suppléer qu'en le composant nous-mêmes par la réunion d'une multitude de membres épars«, DERS., Mémoires biographiques, littéraires et politiques de Mirabeau, Bd. 5, S. 123.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

Jedoch haben die Debatten über Rechtsreformen gezeigt, dass die Entwürfe und Änderungen, die in Preußen im juristischen Bereich vorgenommen wurden, in Frankreich sehr wohl wahrgenommen wurden. Juristen, aber auch politisch engagierte Publizisten und Literaten bezogen sich positiv auf die preußischen Reformversuche oder lehnten sie ab. Dennoch – und dort zeichnen sich die Grenzen einer effektiven Rezeption dieser Neuerungen ab – lassen sich zur gleichen Zeit in Frankreich keine Spuren erkennen, dass sie jemals als Modell für eigene Reformpläne gegolten hätten.

Symptomatisch für diesen Befund bezogen sich in der 1788 publizierte Erklärung Ludwigs XVI. und Lamoignon's, die eine gesamte Revision der strafrechtlichen Ordonnanz und eine tiefgehende Reform des Strafsystems ankündigte, alle Argumente zur Legitimation dieses Vorgehens nur auf binnenfranzösische historische und juristische Gründe. Nirgendwo in den zahlreichen Diskussionen, Berichten und weiteren Schriften, die von der französischen Regierung und ihren Rechtsberatern verfasst worden waren, ließen sich ausdrückliche oder implizite Bezüge auf fremde Gesetzgebungen oder Änderungsversuche anderer Staaten feststellen. Der juristische Bereich scheint gegenüber ausländischen Einflüssen hermetisch abgeriegelt gewesen zu sein.

#### **4.5 Mögliche Erklärungen für das Desinteresse an der preußischen Justiz**

Das mäßige Interesse praktizierender Juristen, unabhängiger Publizisten, offizieller Regierungsmitglieder, Parlamentarier und Philosophen an den zahlreichen frühen Reformversuchen in den preußischen Staaten lässt sich sowohl auf inhaltliche Kritik an diesen Reformen als auch auf spezifische französische soziale und politische Faktoren zurückführen. Je nach sozialer Zugehörigkeit, Generation und Position im Ancien Régime nahmen die Träger des juristischen Diskurses zwar unterschiedliche Haltungen ein, insgesamt lassen sich jedoch drei Argumentationstypen erkennen, die im Folgenden betrachtet werden.

##### 4.5.1 Konkurrierende Modelle

Ein erster Grund für das Desinteresse Frankreichs am preußischen Justizwesen lag darin, dass die Öffentlichkeit auf die Reform der Strafnormen, oder genauer gesagt, auf die Entstehung einer zeitgemäßen Strafgesetzgebung und Rechtsprechung fokussiert war. Die großen Kriminalordonnanzen Ludwigs XIV. regelten nämlich vor allem die Strafprozessordnung. Eine strafrechtliche Kodifikation wie die Carolina im Heiligen Reich gab es in Frankreich noch gar

#### 4.5 Mögliche Erklärungen für das Desinteresse an der preußischen Justiz

nicht<sup>150</sup>. Wie wir schon gesehen haben, zogen deshalb auch eher Beccarias Schrift zum Strafrecht oder das englische Strafsystem die gesamte Aufmerksamkeit auf sich. Im Gegensatz dazu setzte sich Friedrichs Kodifikationsprojekt insbesondere mit zivilrechtlichen Fragen auseinander.

Eine weitere Ursache war die konfliktgeladene Situation zwischen König und Parlamenten zu Beginn der 1770er Jahre, die den Fokus stark auf binnenpolitische Probleme lenkte. Selbst wenn hin und wieder doch Anmerkungen zum Justizwesen Preußens gemacht wurden, weisen diese viel mehr auf Aspekte hin, die die damalige Rivalität zwischen dem König Frankreichs und den Parlamenten widerspiegelten, als dass sie auf inhaltliche Gesichtspunkte eingingen. Im »Journal historique et politique des principaux événements des différentes cours de l'Europe« vom 10. Oktober 1772 finden wir in einem Absatz zur preußischen Gesetzgebung einen zwar impliziten, jedoch eindeutigen Bezug auf die politische Situation innerhalb Frankreichs:

Du royaume de Prusse. Le roi de Prusse possède, outre son électorat & son royaume de Prusse, un grand nombre de souverainetés particulières. Ce prince, en vertu du pouvoir législatif qu'il exerce dans ses États, a donné à ses peuples un code nouveau. On peut dire qu'en lui le législateur a égalé le guerrier. Il a introduit dans l'administration de la justice des réformes considérables, en s'appliquant à limiter l'autorité des tribunaux supérieurs. Il y a peu de souverains en Europe qui aient porté aussi loin l'exercice de l'autorité absolue. Enfin, à la gloire de protéger les talens & d'honorer les arts, il joint celle de les cultiver lui-même avec succès. Son règne est, à bien des égards, pour la Prusse, ce que celui de Louis XIV a été pour la France<sup>151</sup>.

Diese wenigen Zeilen fassen die damaligen Erwartungen der französischen Regierung besonders treffend zusammen: Der preußische König habe seinen Territorien trotz deren Anzahl und Vielfalt eine neue Gesetzgebung und darüber hinaus eine gerechte und egalitäre Rechtsprechung geschenkt. Dabei habe er sich als großer Gesetzgeber erwiesen, was zu seinem Verdienst als Kriegsheld hinzukomme. Er habe in seiner Justizverwaltung erhebliche Reformen eingeführt und sich bemüht, der Autorität der obersten Gerichte Grenzen zu setzen. Sein Verdienst sei dabei, die Ausübung seiner absoluten Macht so weit ausgedehnt zu haben, wie es nirgendwo anders der Fall sei. Da Friedrich die Schönen Künste sowohl gefördert als auch selbst gepflegt habe, sei seine Regierungszeit im Hinblick auf den Glanz und das Wohl Preußens mit der Lud-

<sup>150</sup> Die Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. von 1532 (Carolina), hg. von Gustav RADBRUCH, Arthur KAUFMANN, Stuttgart 1991.

<sup>151</sup> Tableau politique et historique de la situation actuelle de l'Europe, in: Journal historique et politique des principaux événements des différentes cours de l'Europe, 10.10.1772, S. 21–23.

## 4. Das preußische Justizwesen als Modell

wigs XIV. für Frankreich zu vergleichen. Somit drückte der Autor erneut Nostalgie für die verlorene Glorie aus, die in der französischen Öffentlichkeit auf breites Echo stieß.

### 4.5.2 Inhaltliche Kritik an der preußischen Kodifikation

Eine weitere Erklärung dafür, weshalb sich die französischen Justizreformbestrebungen nicht am Modell der preußischen Kodifikationsversuche orientierten, lag in ihrer Verwandtschaft mit dem römischen Recht, von dem sich, so meinte die Mehrheit der französischen Juristen, die zukünftige Gesetzgebung ganz befreien sollte. In seiner 1781 preisgekrönten Rede über die Mittel, die zur Milderung der strengen Strafgesetze verwendet werden müssten<sup>152</sup>, bemängelte der Rechtsanwalt am Parlament der Provence, Joseph-Elzéar-Dominique de Bernardi (1751–1824), inmitten seines Lobes an Friedrich II. gerade die zu große Nähe seiner Gesetze zum römischen Recht. Jenes solle, Bernardis Meinung zufolge, verworfen werden, weil es veraltet sei. Durch die endlosen Kommentare und die sinnlose Glosse sei es unverständlich geworden und habe sich zu weit von zeitgenössischen Bedürfnissen entfernt<sup>153</sup>.

In Bernardis Werk von 1782, das überwiegend vom kanonischen Recht handelte, beschrieb er das römische Recht als ein undurchsichtiges Durcheinander älterer Normen, die im Laufe der Zeit jeglichen Zusammenhang und oft auch ihren Sinn verloren hätten. Darüber hinaus kritisierte Bernardi die Über-

<sup>152</sup> »L'académie de Châlons-sur-Marne proposa en 1779 son prix sur la justice criminelle. Cette occasion nous parut favorable pour consulter l'opinion publique, & éprouver si nous ne serions pas égarés dans les idées que nous avions conçues sur la législation. Nous détachâmes donc de notre plan général, tout ce qui concernoit les loix criminelles, & après l'avoir développé le mieux qu'il nous fut possible, nous l'enoyâmes au concours. L'académie, en couronnant cet ouvrage, fut eu-delà même de nos espérances. Il ne nous reste plus qu'à voir confirmer par le public le jugement flatteur qu'elle en avoit porté, & qu'elle avoit fait insérer dans les papiers publics [Journal de littérature, des sciences & des arts, 1781, Bd. 1, S. 85. Courier de l'Europe 1781, n° 9]«, Joseph-Elzéar-Dominique DE BERNARDI, *Essai sur les révolutions du droit françois suivi de vues sur la justice civile, ou Projet de réformation dans l'administration de la justice civile*, Paris 1785, S. Vf.

<sup>153</sup> »La législation est-elle autant perfectionnée en Prusse qu'on avoit lieu de l'attendre d'un monarque tel que Frédéric? Le rédacteur du code prussien semble s'être traîné servilement sur les pas de Tribonien & de Cocceius. Il eut fallu que les loix de Prusse portassent l'empreinte du génie de son roi, comme tant d'autres choses qu'il a faites par lui-même«, DERS., *Les moyens d'adoucir la rigueur des loix pénales en France, sans nuire à la sûreté publique, ou Discours couronnés par l'académie de Châlons-sur-Marne* en 1780, Châlons-sur-Marne 1781, S. 45.

bewertung älterer Gesetze modernen gegenüber, denn die neueren Normen entsprächen dem Geist der Zeitgenossen viel besser<sup>154</sup>. Das gravierende Problem der Rechtsnormen liege aber vor allem darin, dass die verwendeten Gesetze entweder durch die Gewalt eines auswärtigen Eroberers oder durch die Imitation einer ausländischen bzw. fremden Rechtsordnung in das französische Justizsystem eingeführt worden seien<sup>155</sup>.

Bernardi bezog sich hier explizit auf Montesquieu, der schon darauf hingewiesen habe, dass die zivilrechtlichen Gesetze eines Volkes fast nie zu anderen Völkern passten und deren spezifischen Bedürfnissen entsprächen. Die Frage nach einer Reform der Justiz und der Gesetzgebung sei aber nicht neu, führte Bernardi weiter aus. Schon unter Ludwig XIV. habe es zahlreiche Stimmen gegeben, die nach Reformen verlangt hätten, denn immer wieder habe jemand gegen die Missbräuche der Justizverwaltung geklagt. Grundsätzlich betrachtete Bernardi die Legitimität jeglicher Änderungen mit großer Skepsis. Allein die Tatsache, dass die preußische Rechtsprechung uneheliche Geburten nicht länger als unehrenhaft betrachtete, erklärte er für vernünftig<sup>156</sup>. Auch die preußische Überlegung zur Autorität der Staatsgewalt in Kirchensachen bereite den Weg für eine weitere Auseinandersetzung mit dieser Frage in Frankreich<sup>157</sup>.

154 »Lorsque nous commençames d'étudier la jurisprudence, nous fimes comme tant d'autres, nous admirions par oui dire la sagesse de toutes les loix établies; nous regardions sur-tout la compilation de Justinien comme le non plus ultra de la raison humaine. Le temps & la réflexion, & sur-tout la comparaison que l'étude de l'histoire nous a mis à portée de faire entre les législations anciennes & les législations modernes, ont bien changé nos idées à cet égard«, DERS., *Essai sur les révolutions du droit françois*, S. III–V.

155 »Les loix de tous les peuples prétendus policés sont en grande partie des loix étrangères, que des peuples vainqueurs leur ont imposées, ou qu'ils ont copiés, sans examiner si elles pourroient s'accorder avec leur loix particulières. Dans la chose du monde la plus importante & qui demande le plus de soin & de réflexion, la plupart des hommes n'ont été conduits que par une force aveugle, ou par imitation, qui ne l'est pas moins«, *ibid.*, S. I–III.

156 »L'infanticide [est] si commun de nos jours. Il est le résultat de la contrariété de la nature, avec nos mœurs & nos loix. L'opinion publique déshonore les jeunes personnes qui, succombant à leur faiblesse, en portent le triste fruit; & d'un autre côté, la loi condamne à la mort celles qui veulent éviter le déshonneur par l'avortement. Quelles contrariétés! De deux choses l'une; il faut ou que tout espèce de grossesses soit respectable, ou que la loi soit moins rigoureuse. Un souverain [le roi de Prusse] qui le premier a donné l'exemple d'une sage réforme dans ses tribunaux, a embrassé le premier parti & fait taire l'opinion publique. Un autre monarque, [le roi de Suède] que le même amour deu bien public caractérise, a diminué la sévérité de la loi; & il en est résulté que les infanticides sont moins communs dans leurs États«, DERS., *Les moyens d'adoucir la rigueur des loix pénales en France*, S. 45.

157 »L'on y mettra dans tout son jour la question de l'autorité de la puissance civile, dans les matières ecclésiastiques; question importante que les réformes qu'un grand

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

Zusammenfassend stellte 1788/89 Chaussard – Dichter, Anhänger Beccarias und später Mitglied des Wohlfahrtsausschusses – fest, dass das erste Projekt einer Gesetzgebung für die preußischen Territorien trotz einer Milderung der Bestrafungen noch mangelhaft und zu autoritär sei und nicht den Genius seines Herrschers spiegele. Sein Nachfolger solle sich sein Verdienst dadurch erwerben, diesen ersten Versuch zu verbessern<sup>158</sup>.

Obwohl die preußischen Kodifikationsversuche als konkretes Modell für einige der so ersehnten Reformen des Justizwesens in Frankreich nicht in Frage kamen, sind die zeitgenössischen Berichte und Analysen des preußischen Rechtssystems insofern interessant, als sie die Schwierigkeiten hervorheben, mit denen die Rechtsprechung in beiden Ländern konfrontiert war. Hierin erkennen wir den Spiegeleffekt der Beschäftigung mit dem Fremden wieder, der schließlich nur dazu diente, die eigenen Besonderheiten und Probleme zu reflektieren oder zu kritisieren, wobei das Andere allein als Projektionsfläche für eigene Wünsche diente.

Eine gute Zusammenfassung der parallelen Betrachtungsweisen und Probleme beider Länder findet sich im Artikel »code« des zweiten Bands der »Encyclopédie méthodique« zur Jurisprudenz<sup>159</sup>. Im Abschnitt III über ausländische Gesetzbücher umfasst die Beschreibung des preußischen Rechtssystems mehrere Seiten, die ein umfangreiches Resümee über dessen Besonderheiten im Zivil-, Familien- und Prozessordnungsrecht bieten. Sie schließt mit dem Appell, solch eine Kodifikation in ihrer vereinheitlichten Form auch in anderen Staaten

prince vient de faire dans ses États nous engageant à approfondir, & sur laquelle on n'a encore aucun principe assuré, malgré ce prodigieux nombre d'écrits qu'on a faits sur ce sujet«, DERS., *Essai sur les révolutions du droit françois*, S. XI. Da der Text von Bernardi im Jahre 1782 verfasst wurde, kann die Anspielung nur auf die preußische Rechtsreform hinweisen, die 1780 von Carmer durchgeführt worden war.

<sup>158</sup> »Le Julien du Nord donna un code à ses peuples. Mais ce grand homme y laissa percer son caractère inflexible; né d'un père barbare qui, croyant n'avoir reçu le sceptre que pour en frapper ses sujets, les avait traité plus durement, plus ignominieusement que le farouche Européen ne traite le noir infortuné qui lui sert d'esclave. Frédéric au milieu de ces exemples domestiques de cruauté, puisa cette dureté de caractère que ne put adoucir l'étude des arts, & qu'alimentèrent encore les combats & son despotisme militaire. Cette âpreté de génie que la nature avec l'éducation lui avait donné, le trahit quelquefois, malgré tous ses efforts à la couvrir. Il fit cependant dans la législation quelques pas vers la modération des peines. Mais combien ce code est encore imparfait. Je n'y ai vu qu'un obscur jurisconsulte nommé Coccéius, & je cherchais Frédéric. Sans doute son successeur, qui a trouvé des palmes dans une carrière où il semblait les avoir épuisé toutes, ne dédaignera pas de cueillir celles que la législation lui offre à moissonner après lui«, CHAUSSARD, *Théorie des lois criminelles*, S. 28f.

<sup>159</sup> *Des codes étrangers*, in: *Encyclopédie méthodique. Jurisprudence*, Bd. 2, S. 694–698.

anzustreben<sup>160</sup>. Die Diskussion um Änderung und Erneuerung der Landesnormen führte daraufhin zur Frage der Imitation eines fremden Systems, die sowohl bei den zeitgenössischen Reformanhängern als auch bei ihren Kontrahenten für Erregung sorgte.

### 4.5.3 Begrenzter Beitrag des »bureau de législation étrangère« (1801–1803) zum Wissenstransfer

Die Komparatistik, die bisher eher wenig Interesse auf sich gezogen hatte, erlebte unter Bonaparte eine kurze Renaissance, als es darum ging, strafrechtliche Gesetze zu erneuern<sup>161</sup>. Mit dem Erlass vom 7. Germinal des Jahres IX (28. März 1801) beauftragte Bonaparte fünf anerkannte Juristen – Target<sup>162</sup>, René-Louis-Marie Viellart (1754–1809), Nicolas Oudart (1750–?)<sup>163</sup>, Jean Blondel (1733–1810) und Jean-Baptiste Treilhard (1742–1810) – unter der Obhut des Justizministers André-Joseph Abrial (1750–1828), den Entwurf eines Strafgesetzbuches vorzubereiten. Als Termin für die Präsentation der fertigen Fassung wurde der darauffolgende Messidor-Monat (d. h. im Zeitraum zwischen dem 19. Juni und dem 18. Juli 1801) festgesetzt. Angesichts der zu leistenden Arbeitsmenge war der Termin viel zu früh angesetzt. Obwohl der Regierung und dem Staatsrat ein erstes Vorprojekt mit 1169 Artikeln schon im Juli 1801 vorgelegt werden konnte, dauerte die Vollendung des Gesetzbuches bis 1808, nachdem im Jahre 1784 eine umfangreiche Beratung bei französischen Gerichten eingeholt wor-

<sup>160</sup> »Tel est en substance le système de ce nouveau code, par lequel on peut juger de la forme du gouvernement & des mœurs du pays par rapport à l'administration de la justice; il seroit à souhaiter que l'on fit la même chose dans les autres États où les loix ne sont point réduites en un corps de droit. Tous les souverains de l'Europe ont senti les inconvéniens qui résultoient pour leurs peuples de la multiplicité des loix, tant civiles que criminelles, & des formes abusives, introduites dans la procédure. Plusieurs d'entre eux se sont appliqués à la réforme de ces objets. Le roi de Sardaigne & l'impératrice de Russie ont commencé par celle des loix pénales«, *ibid.*, S. 698.

<sup>161</sup> Jean-Jacques-Régis DE CAMBACÈRES, *Mémoires inédits. Éclaircissements publiés par Cambacères sur les principaux événements de sa vie politique*, Bd. 2: L'Empire, Paris 1999, S. 567.

<sup>162</sup> Stefano SOLIMANO, L'établissement de l'ordre juridique napoléonien. Le rôle de Guy-Jean-Baptiste Target, in: *Forum historiae iuris* (2004), <https://forhistiur.de/2004-02-solimano/?l=fr> (3.9.2020); DERS., *Verso il Code Napoléon. Il progetto di codice civile di Guy-Jean-Baptiste Target (1798–1799)*, Mailand 1998, insbes. S. 158–232.

<sup>163</sup> Observations sur le projet de code criminel du citoyen Target et du citoyen Oudart, membres de la commission chargée de la composition de ce projet, in: *La législation civile, commerciale et criminelle de la France, ou Commentaire et complément des codes français*, hg. von Jean-Guillaume LOCRÉ, Paris 1831, S. 1–53.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

den war. Die Strafprozessordnung wurde schon vorher angefertigt und am 17. November 1808 verabschiedet. Nach zahlreichen Diskussionen im Senat ab 1808 wurde das neue Strafgesetzbuch im Februar 1810 durch sieben Gesetze eingeführt und trat schließlich am 1. Januar 1811 in Kraft<sup>164</sup>. Dieses Gesetzbuch zeichnete sich durch seine Strenge und das Prinzip der Einschüchterung aus. Mittels einer dramatischen Inszenierung der Strafe sollte diese eine effektive Abschreckungsfunktion erfüllen – eine Methode, die von Beccarias Werk inspiriert war.

Die Begeisterung Targets für den englischen Begründer der Theorie des Utilitarismus, Jeremy Bentham (1748–1832), dessen Werke seit 1796 in französischen intellektuellen Kreisen zirkulierten<sup>165</sup>, spiegelte sich im französischen Strafgesetzbuch wider. Auch der französische Kriminalist Bexon, der mit Target im Laufe dieser Jahre korrespondierte, beschäftigte sich intensiv mit den englischen Strafgesetzen, um daraus das Nützlichste für das französische System herauszuarbeiten<sup>166</sup>.

Im Vorfeld des Code civil wurde 1801 eine französische Übersetzung des Allgemeinen Landrechts angefertigt<sup>167</sup>. Die fünf Bände der preußischen Gesetzgebung wurden von drei Mitgliedern des für die ausländische Gesetzgebung zuständigen *bureau de législation étrangère* übersetzt: Emmanuel Brosselard (1761–1837) war Buchdrucker und -händler sowie Politiker, Journalist und Literat<sup>168</sup>, Mathias Weiss Sprachlehrer und Übersetzer vor allem für das Justizministerium sowie Autor von Komödien, die stark von den Werken des deutschen Dramaturgen August Friedrich Ferdinand von Kotzebue (1761–1819) inspiriert waren<sup>169</sup>, und Auguste-Jacques Lemierre d'Argy (1762–1815) Schriftsteller und Übersetzer, der u. a. für unterschiedliche Ministerien und Gerichte tätig war. Das Interesse des Letztgenannten für juristische Fragen erstreckte sich bis in

<sup>164</sup> Pierre LASCOURMES, *Révolution ou réforme juridique? Les codes pénaux français de 1791 à 1810*, in: Marie-Sylvie DUPONT-COCHAT u. a. (Hg.), *Révolutions et justice pénale en Europe. Modèles français et traditions nationales (1780–1830)*, Paris, Montreal 1999, S. 61–69.

<sup>165</sup> Zur breiten Rezeption der Werke und Gedanken Benthams in philosophischen und juristischen Milieus Frankreichs siehe SOLIMANO, *L'établissement de l'ordre juridique napoléonien*, Fn. 41.

<sup>166</sup> Scipion-Jérôme BEXON, *Parallèle du code pénal d'Angleterre avec les lois pénales françaises, et considérations sur les moyens de rendre celles-ci plus utiles*, Paris [1799]; DERS., *Développement de la théorie des lois criminelles*.

<sup>167</sup> *Code général pour les États prussiens*, traduit par les membres du bureau de législation étrangère, 5 Bde., Paris [1802].

<sup>168</sup> Paul DELALAIN, *L'imprimerie et la librairie à Paris de 1789 à 1813*, Paris 1899, S. 25.

<sup>169</sup> Joseph-Marie QUÉRARD, *La France littéraire, ou Dictionnaire bibliographique des savants*, Bd. 10, Paris 1839, S. 497.

seine literarischen Werke, denn er verfasste 1790 ein Drama über den Fall Calas, dessen Erstaufführung am 17. Dezember 1790 im Theater des Palais-Royal stattfand.

Dieses neu gegründete Büro erfuhr ein interessantes Schicksal und seine kurze Existenz erklärt sicherlich, weshalb die mühsame Arbeit jener drei Übersetzer letztendlich fruchtlos geblieben ist. Bonaparte gründete am 28. Juni 1801 mit dem Staatssekretär Hugues-Bernard Maret, Duc de Bassano (1763–1839) und Abrial dieses extra für ausländische Gesetzgebungen zuständige Übersetzungsbüro im Justizministerium, wo es bereits eine Übersetzungsabteilung gab. Diese hatte allerdings nur die Aufgabe, die Gesetze der Republik in die gängigen regionalen Sprachen Frankreichs zu übersetzen, damit sie in allen Territorien verständlich sein würden. Dieses bereits existierende Büro sollte nun reformiert werden, damit die neuen Übersetzer d'Argy<sup>170</sup> und Brosselard<sup>171</sup> dort ihre Arbeit aufnehmen konnten<sup>172</sup>.

Zweck dieser Neugründung war es, alle bürgerlichen, straf-, handels-, see-rechtlichen, polizeilichen und militärischen Gesetze, die damals in den unterschiedlichen Ländern Europas gültig waren, zu sammeln, zu ordnen und zu übersetzen, um sie daraufhin zu publizieren. Somit gründete der Erste Konsul das erste französische Büro, das dafür zuständig war, ausländische Gesetzgebungen zu studieren und, darauf gründend, ein vergleichendes Recht zu entwerfen. Die Devise des Büros war ausdrücklich, vom Fremden zu lernen: Aus der vergleichenden Analyse aller europäischen Gesetzgebungen sollte ein Sammelwerk entstehen, das wertvolles Material liefern sollte, um die Vorstellungswelt von Staatsmännern zu erweitern. Diese zahlreichen neuen Daten sollten den Mitarbeitern dabei helfen, neue Ideen für ihre eigenen Arbeiten zu gewinnen und ihren Gedanken neue Perspektiven zu eröffnen. Schließlich sollte der Staatsmann alles über die Organisation und die Verfassung anderer Länder wis-

<sup>170</sup> »Homme de lettres, interprète assermenté près le conseil des prises pour les langues du Nord et du Midi et particulièrement pour les langues portugaise, danoise et suédoise«, Paul GRUNEBaum-BALLIN, *Comment Bonaparte, Premier Consul, fonda le premier organisme français d'étude des législations étrangères et du droit comparé* in: *Revue internationale de droit comparé* 5/2 (1953), S. 267–273, hier S. 268.

<sup>171</sup> »Homme de loi, ci-devant commissaire du gouvernement près les tribunaux civils de Paris, auteur d'une traduction des ›Offices‹ de Cicéron, sous le titre des ›Devoirs de l'homme‹«, *ibid.*

<sup>172</sup> In den Archives nationales scheinen die Unterlagen über die und von der für die Zusendung der Gesetze zuständigen Abteilung in so einem schlechten Zustand zu sein, dass sie nicht mehr zugänglich sind. Karton BB/29/289 und BB/29/281–289: Copie de la correspondance du ministre de la Justice, de l'agence de l'envoi des lois et du bureau de l'envoi des lois relative à l'envoi des lois, an IV–an IX, BB/29/290: an IV–an VIII.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

sen, um vom Geheimnis ihrer Staatskraft und ihres Wohlstands Wichtiges für seinen eigenen Staat zu lernen<sup>173</sup>.

Das Übersetzungsbüro bildete daher ein perfekt geeignetes Instrument zur Förderung des Wissenstransfers im juristischen Bereich zwischen den unterschiedlich zusammengesetzten und regierenden Kreisen Europas. Denn wie wir bereits festgestellt haben, schien während der gesamten Revolutionsepoche der komparative Blick nach außen – außer in einigen wenigen Fällen nach England – vernachlässigt worden zu sein.

Dass die Einführung des 1794 in Kraft getretenen Allgemeinen Landrechts in Frankreich bis dato kaum wahrgenommen worden war, beweisen die Aussagen des Richters G. F. Rehmann, der innerhalb des Revisionsgerichts für die vier Departements des linken Rheinufers zuständig war. In einem Artikel, der im »Moniteur universel« am 27. Prairial des Jahres IX (16. Juni 1801) erschien, korrigierte Rehmann die Aussagen eines vorherigen Artikels jener Zeitschrift, die die Leser hätten irreführen können<sup>174</sup>: Die preußische bürgerliche Gesetzgebung, von der 1751 und 1753 eine französische Übersetzung erschienen war, sei niemals verabschiedet worden. Coccejis Kodifikation sei nur ein Projekt geblieben und dies sei im zuvor publizierten Artikel irrtümlicherweise als gültiges Recht erwähnt worden. Erst unter der Leitung des berühmten Kanzlers Carmer sei 1783 eine gesetzgebende Kommission einberufen worden, um eine allgemeingültige Kodifikation des Zivilrechts zu konzipieren. Um diese Aufgabe besser realisieren zu können, habe die Kommission an alle Juristen und Philosophen Europas appelliert, die als Experten in diesem Bereich gelten könnten. Mithilfe dieser Rechtsexperten habe Carmer zwei Meisterwerke hervorgebracht: 1784 sei der neue Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches erschienen und 1794 das Allgemeine Landrecht endgültig in Kraft getreten; nur dieses Gesetzbuch gelte derzeit als gültiges Recht und werde »Code prussien« genannt. Die Gerichtsverfahren seien weiterhin durch den Codex Fridericianus von 1781 reglementiert, der aber in der 1813 erschienenen »Biographie universelle, ancienne et moderne« als Ergebnis eines »übertriebenen Reformendranges« charakterisiert worden sei<sup>175</sup>. Rehmann schloss seinen kurzen Artikel

173 Actes du gouvernement, in: GRUNEBaum-BALLIN, Comment Bonaparte, S. 268.

174 G. F. Rehmann, juge du tribunal de révision établi pour les quatre nouveaux départements situés sur la rive gauche du Rhin, au citoyen rédacteur du journal officier – Trèves, le 27 prairial, an 9 de la République française une et indivisible, in: Gazette nationale ou le Moniteur universel (1801), S. 1167f.

175 Art. »Coccejî (Samuel de)«, in: Biographie universelle, ancienne et moderne, ou Histoire par ordre alphabétique de la vie publique et privée de tous les hommes qui se sont distingués par leurs écrits, leurs talents, leurs vertus ou leurs crimes, hg. von Louis-Gabriel MICHAUD, Bd. 9, Paris 1813, S. 153f.

damit ab, dass es gerade die in Kraft getretene Gesetzgebung von 1794 verdiene, in Frankreich bekannt zu werden<sup>176</sup>. Die positive Bewertung des Allgemeinen Landrechts ließ sich auch durch das Bedürfnis des Richters erklären, die Aussagen, die kurz zuvor publiziert worden waren, zu korrigieren.

Obwohl das napoleonische Übersetzungsbüro nicht lange existierte<sup>177</sup>, soll seine besondere Tätigkeit hervorgehoben werden: Seine erste und zugleich einzige Übersetzung galt dem Allgemeinen Landrecht. Angesichts der juristischen Qualifikation der Übersetzer kann man behaupten, dass dies kein Zufall war. Wenn man sich noch dazu die Reflexionen des anerkannten Juristen François Jaubert (1758–1822) in Erinnerung ruft, der in seiner Rede vor dem Corps législatif am Tag der Verkündung des Bürgerlichen Gesetzbuches am 21. März 1804 gerade auf die Vorbereitungsarbeiten des Allgemeinen Landrechts verwies, hat man den Eindruck, dass beide Bezüge auf das preußische Justizsystem kein Zufall waren. Jaubert, der zunächst Rechtsanwalt in Bordeaux, dann Mitglied des regionalen Gerichts der Gironde während der Revolution, danach *conseiller d'État* gewesen war und von Napoleon 1808 zum *comte d'Empire* erhoben wurde, schien sich mit der Entstehungsgeschichte und den Eigenschaften des preußischen Kodex gut auszukennen zu haben. So wies er darauf hin, dass die Verabschiedung des Allgemeinen Landrechts von 1791 bis 1794 verzögert worden sei, weil einige Normen der alten Ordonnanzen weiterhin als unerlässlich erschienen, was Friedrich Wilhelm II. veranlasst habe, unterschiedliche territoriale Gewohnheitsrechte zu sammeln und in großen Sammelwerken zu veröffentlichen<sup>178</sup>. Darüber hinaus hob Jaubert hervor, wie ähnlich die Arbeitsmethode der Redakteure der französischen und der preußischen Kodifikation gewesen sei. Dennoch galt die Rede des napoleonischen Staatsrates allein der Apologie des französischen Kaisers.

176 »C'est ce dernier, qui a force de loi en Prusse, qui mériterait d'être connu en France, et qu'on nomme exclusivement ›le code prussien‹«, in: Gazette nationale ou le Moniteur universel (1801), S. 1167f.

177 Der Grund für dessen Schließung bleibt unklar.

178 »Dans les temps modernes, le grand Frédéric, voulant former un code général, avait ordonné des travaux préparatoires. Frédéric-Guillaume fit réunir tous les matériaux: il publia en 1791 la seconde édition révisée de sa loi ayant pour titre Code général pour les États prussiens; mais, dans ses lettres patentes de promulgation, il fut obligé de se référer dans plusieurs points aux anciennes ordonnances, de maintenir provisoirement les statuts et il ordonna la rédaction de codes particuliers pour lesquels on prendrait en considération les droits de coutume qui étaient suivis dans telle ou telle province«, François JAUBERT, Discours prononcé par le tribun Jaubert devant le Corps législatif (30 ventôse an XII [21 mars 1804]), in: Recueil complet des travaux préparatoires du code civil, hg. von Pierre-Antoine FENET, Bd. 1, S. CIV–CVIII, hier S. CVf.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

Für die Generation von Juristen, die am Ende des Ancien Régime eine starke Position in der Gesellschaft genossen, sie aber während der Französischen Revolution verloren hatten, verkörperte Napoleon die Hoffnung, ihr verlorenes Prestige wiederzuerlangen. Dadurch erklärt sich ihr Hang zu Tradition und Restauration der alten Autoritätsstrukturen. Wie Stefano Solimano am Beispiel von Target gezeigt hat, entstand aufgrund ihrer sich gegenseitig bedingenden Erwartungen eine sehr enge Verbindung zwischen dem Kreis der Juristen und Napoleon, als er noch Konsul war<sup>179</sup>. Erstere unterstützten die neue politische Ordnung und plädierten für eine Rückkehr zu einer strengeren Gesetzgebung und Zweitgenannter baute mit ihrer Unterstützung die Institutionalisierung seiner autoritären Macht aus. Der Code civil war daher für ihn sowohl ein unentbehrliches *instrumentum regni* als auch ein geeignetes Mittel zur Verbreitung seiner Glorie<sup>180</sup>.

Juristen andererseits sahen in der Einführung eines solchen Gesetzbuches die Möglichkeit, juristisches Expertenwissen zu monopolisieren. Die somit erhoffte Wiederherstellung eines mächtigen Juristenstandes bedeutete nämlich die Wiederherstellung einer gesellschaftlichen Ordnung und sozialer Stabilität ebenso wie die Festlegung des neu verteilten Reichtums, die Rettung der juristischen Tradition und die Respektierung traditioneller Sitten. Dies erklärt, warum die Mehrheit der Juristen, die an Napoleons Seite standen, ein besonderes Profil hatte: Zu Beginn der Revolution hatten sich die Rechtspraktizierenden des Ancien Régime für die neuen Verfassungsprinzipien begeistert, waren aber eher moderate Anhänger einer konstitutionellen Monarchie geblieben. Während der Terreur wurden sie verfolgt, wurden Zeuge einer irregeleiteten Herrschaft und einer angeblichen Justiz zum Wohl des Volkes. Sie lehnten daher Rousseaus Prinzip der Auflösung des Einzelwillens im Interesse aller ab. Nach der anfänglichen Illusion vom Aufbau einer neuen, besseren Gesellschaft mit mehr Gerechtigkeit und Menschlichkeit kam die schmerzhaft Ernüchterung.

Napoleons Aufstieg gab diesem Juristenstand eine neue Zukunftsperspektive, die ihm aufgrund seiner Kenntnisse und Erfahrung in der Rechtsprechung ein Wissensmonopol und zugleich eine wesentliche Macht hinsichtlich der Definition der Grundprinzipien des Staates und der Ausübung der Staatsgeschäfte versprach. Auch in diesem Bereich stand der Wissenstransfer also in enger Verbindung mit sozialpolitischen Machtkämpfen um Deutungshoheit.

179 SOLIMANO, L'établissement de l'ordre juridique napoléonien, Abschnitt 13.

180 Nach der Verabschiedung des Code civil 1804 folgten u. a. 1808 die Strafprozessgesetzgebung (Code d'instruction criminelle) und 1810 das Strafgesetzbuch (Code pénal).

## 4.6 Fazit

Die wenigen Äußerungen französischer Juristen, die sich in den sonst so umfangreichen Schriften vor allem zu strafrechtlichen Themen finden lassen, belegen eindrucksvoll, dass sich Rechtsgelehrte kaum für das preußische Rechtssystem interessierten. Bis zur Gründung des *bureau de législation étrangère* durch Bonaparte im Jahre 1801 lag keine umfassende vergleichende Studie zur preußischen Justiz vor. Auch Mirabeaus Kapitel über die Justiz Preußens stützte sich allein auf die Sichtung und Bearbeitung der deutschsprachigen Literatur Mauvillons. Zwar erschien 1749/51 eine französische Übersetzung des ersten »Project des Corporis juris Fridericiani«, doch ging diese nicht auf eine französische Initiative zurück, sondern war Teil der friderizianischen Propaganda. Danach veröffentlichte kein französischer Jurist mehr eine umfangreiche Studie zu diesem Thema. Abgesehen von Mirabeaus Kapitel lassen sich über Aspekte der Rechtsprechung Preußens nur vereinzelte Äußerungen sowohl in der juristischen Literatur als auch in den diplomatischen Korrespondenzen des Untersuchungszeitraums finden.

Der Frage, wodurch eine so gegensätzliche Rezeption im militärischen und juristischen Bereich erklärbar ist, folgen noch weitere, spezifischere, etwa ob der Unterschied im Wissen selbst lag, weil die Kenntnisse des Rechts mehr territorial bzw. regional geprägt waren als das militärische Expertenwissen. Oder lag besagter Unterschied eher in der sozio-politischen Problematik der juristischen Wissensträger, die sich sowohl in Binnendisputen mit der Regierung verwickelten als auch auf der Suche nach Idealmodellen befanden?

Die Gründe für die schwache Wahrnehmung der Kodifikationsarbeiten und Justizorganisation Preußens und für den deshalb misslungenen Wissenstransfer im Bereich des Justizwesens sind multikausal und scheinen somit 1) in den Trägern und deren besonderer politischer Haltung innerhalb der französischen Gesellschaft zu liegen, 2) im Wesen des Transferobjekts, d. h. im juristischen Wissen selbst, 3) in der Wahrnehmung, mit der das Preußenmodell in diesem Gebiet assoziiert wurde, und 4) im mangelnden Vorbildpotential der preußischen Gesetzbücher, deren Entwürfe entweder nicht in Kraft traten oder weit von den Anliegen der französischen Juristen entfernt waren.

1) Was die Wissensträger bzw. Akteure des juristischen Transfers betrifft, stellen wir eine offensichtliche Kluft zwischen einerseits den Debatten über strafrechtliche Fragen fest, die eher mit Moralphilosophie zu tun hatten und deshalb in der bürgerlichen Öffentlichkeit, in den Kreisen französischer sowie europäischer Intellektueller, Literaten, Philosophen und Publizisten geführt wurden, und andererseits den Binnendebatten, die durch die besonderen Sorgen der französischen Juristen und Regierungsangehörigen geprägt waren. Auch wenn diese unterschiedlichen Kreise an der öffentlichen Diskussion um

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

die Reform des Strafrechts, der Strafregeln und der Strafprozessordnung teilnahmen, lagen ihre sozialen und politischen Sorgen und ihre Motivation weit auseinander.

Da der preußische Monarch der erste in Europa war, der schon Mitte des 18. Jahrhunderts seinen Kanzler Cocceji mit der Vorbereitung einer Kodifikation des bürgerlichen Rechts und Prozessrechts beauftragt hatte, lag die Vermutung zunächst nahe, dass dieser erste Vereinheitlichungsversuch als Modell für eine schon länger (u. a. durch Lamoignon) als notwendig betrachtete Reform des Rechtssystems Frankreichs hätte wahrgenommen werden können. Dennoch war die Reaktion des französischen Juristenstands angesichts dieser Neuerungen eine ganz andere. Der Machtkampf des Amtsadels mit der Krone, dessen aktiver Beitrag zum Verfall der französischen Monarchie in der heutigen Historiografie besonders hervorgehoben wird<sup>181</sup>, führte schlussendlich zu einer beinahe inexistenten Beschäftigung mit der preußischen Justizreform, mit den preußischen Kodifizierungsversuchen und sogar mit der dortigen Abschaffung der Folter. Denn als Träger eines sehr spezifischen Fachwissens sahen Juristen des Ancien Régime und vor allem die Angehörigen des Amtsadels und der Parlamente ihre Position als unentbehrliche Experten einer territorial vielfältigen Rechtsprechung bedroht, insbesondere durch den Anspruch der absoluten Monarchie auf Effektivitätssteigerung und die Konzentration der Macht in den Händen des Monarchen und der Regierungsbeamten. Letztere wurde bis zu den – erst 1774 beim Thronwechsel revidierten – Reformplänen des Kanzlers Maupeou immer vehementer angefochten. Der Kampf um das Monopol in der Rechtsprechung und die Einmischungsversuche der Parlamentsmitglieder in das Legislativverfahren liefern uns daher eine erste Erklärung für das mangelnde Interesse an ausländischen Modellen, insbesondere an Preußen, welches das Juristenmilieu der Zeit kennzeichnete. Vermutlich liegt ein weiterer Grund für dieses Desinteresse darin, dass Friedrichs Reformen ein Beispiel für die Handlung eines absoluten Monarchen waren, der über die alleinige Gesetzgeberkompetenz verfügte; und ebendies wurde von den Parlamenten Frankreichs abgelehnt, denen es um die Ausweitung ihres Remonstrationsrechts und ihren Machtzuwachs als selbsterklärte »Stimme der Nation« ging.

2) Eine weitere Erklärung für das geringe Interesse am preußischen Rechtssystem liegt in der Spezifität des Juristischen als Objekt des Transfers. In den wenigen ausführlichen Studien und juristischen Kommentaren zur preußi-

<sup>181</sup> CHALINE, Art. »parlements«, in: BÉLY (Hg.), Dictionnaire de l'Ancien Régime, S. 960–965; EGRET, Louis XV, S. 84–102, 133–232; François OLIVIER-MARTIN, Les parlements contre l'absolutisme traditionnel au XVIII<sup>e</sup> siècle, Paris 1988, insbes. S. 3–23; insbes. zu Maupeous Reformen: FLAMMERMONT, Le chancelier Maupeou; ANTOINE, Sens et portée des réformes du chancelier de Maupeou, S. 39–59.

schen Gesetzgebung und Rechtsprechung wurden vor allem ihre inhaltlichen Mängel, ihre in das französische System unübertragbare Einzigartigkeit sowie ihre zu große Nähe zum römischen Recht hervorgehoben. In diesem Zusammenhang trat am Ende des Ancien Régime ein stets stärker gewordener national ausgeprägter Diskurs hervor, der mit spezifisch fachlichen Argumenten gegen »das Fremde« kämpfte.

Diese im Zeitalter des Naturrechts überraschende nationale Prägung machte den Unterschied zwischen dem Zivilrecht einerseits und dem öffentlichen und Strafrecht andererseits deutlich. Während die letzten beiden im Zuge des Völker- und Naturrechts auf der Basis von miteinander verglichenen Regeln, sich miteinander vermischenden Rechtsprinzipien oder in der Natur des Menschen eingeschriebenen Prinzipien weiterentwickelt wurden, war das Privatrecht durch eine starke Einbindung älterer Gebräuche und Rechtstraditionen gekennzeichnet.

Deshalb lässt sich im Vorfeld der Vorbereitung des Code civil, der ja nur das Zivilrecht betraf, eine offene Haltung hinsichtlich ausländischer Rechtssysteme nur für eine sehr kurze Zeit beobachten. Mit der Gründung des *bureau de législation étrangère* eröffneten sich neue, komparatistische Arbeitsansätze, die auf dem Studium ausländischer, ins Französische übersetzter Gesetzgebungen basierten und zur Entwicklung der zukünftigen französischen Gesetzgebung beitragen sollten. Insgesamt erklärte sich der Misserfolg der Komparatistik schon drei Jahre später bei der Auflösung jenes Übersetzungsbüros durch die sehr traditionelle, konservative, ja sogar häufig reaktionäre Haltung der praktizierenden Juristen hinsichtlich »ihrer« Rechtstexte. Diese Haltung lässt sich einerseits mit der Komplexität der damaligen Rechtspraxis erklären, die denjenigen Macht und Einfluss verlieh, die das Monopol jenes spezifischen Rechtswissens bewahren konnten. Andererseits lag die Schwierigkeit des Rechtstransfers – und dort liegt sie auch noch heutzutage – in den kulturellen Wurzeln traditioneller Gebräuche, Gewohnheitsrechte, in strafrechtlichen und zivilrechtlichen Regelungen, die die Mentalität einer Epoche, einer Region, einer Bevölkerungsgruppe widerspiegeln. Als Teilelement einer protonationalen und später nationalen Kultur ließ sich der Transfer von Rechtsinstitutionen schwer durchführen.

3) Ein weiterer Grund für die Missachtung des preußischen Rechtssystems durch französische Juristen lag in der Wahrnehmung, die mit dem preußischen Modell verbunden war. Die weit verbreitete Begeisterung für die Verfassung und die Staatsprinzipien Englands und Amerikas, die von zahlreichen Rechtsdenkern, Publizisten und Literaten vor allem in den Jahren vor und zu Beginn der Revolution zum idealen Liberalisierungsmodell stilisiert wurden, erklärte sich durch das Idealisierungspotential, das diese anderen Staatsstrukturen und ihr Nutzen als Inspirationsquelle in sich trugen. Außerdem, je fremder das

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

Andere der eigenen Staatsform war, desto gründlicher und trotzdem getarnt konnte die Kritik am eigenen Staat formuliert werden. Exemplarisch für diesen Typus von Anglomanie waren die Diskussionen um die Einrichtung einer Volksjury mit Geschworenen, die angeblich nach englischem Modell an die Vernunft der öffentlichen Meinung appellieren sollte. Auch die grundsätzliche Andersartigkeit Englands erklärt, weshalb die Regierung 1787 ein neugegründetes Komitee zur Vorbereitung der Reform der Kriminalordonnanz von 1670 beauftragte, eine Vergleichsstudie des französischen Strafverfahrensrechts mit dem Englands durchzuführen<sup>182</sup>.

Im Gegensatz zu dieser positiv konnotierten Fremdheit der englischen Justizorganisation vermittelte das preußische Rechtssystem das Bild entweder eines konservativen, monarchisch geprägten, reaktionären Modells, was am Ende des Ancien Régime von den Reformern abgelehnt wurde, oder das eines zu ähnlichen, verwandten Systems, das sich aber im Vergleich zum französischen durch zu viele Defizite auszeichnete, um als Vorbild zu dienen<sup>183</sup>.

Dass nur wenige Autoren das Königtum Preußen in Bezug auf rechtliche Themen berücksichtigten, die sonst für große Diskussionen in der europäischen Öffentlichkeit sorgten, beweist, dass Preußen trotz seiner frühen, innovativen Justizreformen nie als tatsächliches Modell für die späteren Vorbereitungsarbeiten einer ersten französischen Kodifikation angesehen wurde. Schlussendlich profitierte allein die Aura des »großen Königs des Nordens« vom Lob, das in der allgemeinen, nicht juristischen Öffentlichkeit propagiert wurde. Die Presse inszenierte die Abschaffung der Folter sofort nach seiner Thronbesteigung sowie seine Rolle als *roi justicier*, um damit die eigene Regierung und Rechtslage zu kritisieren. Auch für die Justiz diente Preußen im öffentlichen Diskurs somit als Spiegelbild, das in Frankreich Anlass zu einer intensiven Reflexion über die eigenen Mängel, Reformbedürfnisse und Kodifikationsprinzipien gab.

4) Schließlich erklärt sich das dürftige Interesse der französischen Juristen und Rechtsgelehrten durch das mangelnde Vorbildpotential der preußischen Gesetzbücher, die entweder als Entwürfe niemals in Kraft getreten waren oder, insofern sie als Rechtstexte angewandt wurden, weit von den Problemen der französischen Juristen entfernt waren. Die Tatsache, dass das Corpus juris Fridericianum abgesehen von seinem familienrechtlichen Teil und von verfahrensrechtlichen Regeln nie in Kraft getreten ist, war in Frankreich mehr oder weniger bekannt. Der Unterschied zum im Gegensatz dazu lebhaften Interesse für das preußische Militär mag daher darin liegen, dass der eine Bereich als erfolgreiches Modell, der andere aber nur als misslungener Versuch angesehen wer-

<sup>182</sup> BONNO, La Constitution britannique, S. 188.

<sup>183</sup> Siehe hier die Argumentation von JOUSSE, Nouveau commentaire sur l'ordonnance civile.

den konnte. Die Kodifikationsfortschritte der preußischen Normen bis zum Allgemeinen Landrecht waren jedoch nicht so bedeutend, dass es sich für die französischen Rechtsexperten lohnte, sich intensiv mit diesen Rechtstexten zu beschäftigen. Monika Wienfort hat in einem europäischen Vergleich sogar angemerkt, dass die Reformbestrebungen Friedrichs im Bereich der Justiz »wenig außergewöhnlich« gewesen seien. Das Sammeln von Gesetzestexten an sich sei schon weit verbreitet gewesen; das Einzigartige sei die Kodifikation selbst gewesen<sup>184</sup>.

Die Existenz einer gültigen Kodifikation in Preußen allein war wohl nicht spektakulär genug. Ein Gesetzbuch als Text reichte eben nicht aus, um das Interesse, und noch weniger, um die Begeisterung der französischen Juristen anzuregen. Und obwohl die wenigen Kommentare sowohl zu den Kodifikationsversuchen als auch zu der tatsächlichen Gesetzgebung meistens positiv waren, war Frankreich am Ende der Terreur, als 1794 die preußische Kodifikation letztendlich Anwendung fand, mit ganz anderen Themen beschäftigt.

Warum der preußische Gesetzestext nicht als Modell für die Revolutionäre galt, erklärt sich schließlich auch dadurch, dass er zu sozialkonservative Züge aufwies und kein völlig neues Rechtssystem einführte. Erst nach der Revolution wurde gerade diese Eigenschaft in den Augen der französischen Betrachter positiv bewertet. Aber nach den Exzessen der Revolution zeigten sich die Juristen desillusioniert und verbittert. Sie sehnten sich unter Napoleon so sehr nach der Rückkehr von Ruhe und Ordnung, dass sie sich, das Konservative suchend, eher an alten französischen Traditionen orientieren wollten, statt nach außen zu blicken<sup>185</sup>. Von dieser sich verändernden Mentalität der Juristen, vor allem zwischen 1801 und 1804, zeugten die Vorbereitungsarbeiten zum Code civil. Statt sich weiterhin für die europäische Komparatistik zu interessieren, widmeten sich die Redakteure der französischen Zivilgesetzgebung wieder dem Studium des römischen Rechts, der Tradition der französischen *coutumiers* und dem geschriebenen Recht Südfrankreichs<sup>186</sup>. Dies erklärt zudem, weshalb bereits 1804 keine Spur mehr vom Übersetzungsbüro auf der Liste der Dienst-

<sup>184</sup> Monika WIENFORT, *Gesetzbücher, Justizreformen und der Müller-Arnold-Fall*, in: SÖSEMANN, VOGT-SPIRA (Hg.), *Friedrich der Große in Europa*, Bd. 2, S. 33–46, hier S. 45.

<sup>185</sup> GRUNEBaum-BALLIN, *Comment Bonaparte*, S. 272; SOLIMANO, *L'établissement de l'ordre juridique napoléonien*, Abschnitt 18.

<sup>186</sup> Über die Debatte bei der Vorbereitung des neuen Gesetzbuches und insbesondere jene am 28. Ventôse des Jahres XII (19.3.1804) und die Stimmung, in der der Code Napoléon entstanden ist, siehe *Recueil complet des travaux préparatoires du code civil*, S. 482: »Nous avons trop aimé, dans nos temps modernes, les changemens et les réformes; si, en matière d'institutions et de lois, les siècles d'ignorance sont le théâtre des abus, les siècles de philosophie et de lumières ne sont que trop souvent le théâtre des excès«.

#### 4. Das preußische Justizwesen als Modell

stellen innerhalb des Justizministeriums zu finden war<sup>187</sup>. Somit fand die damit eingeleitete erste Etappe der Wissensaneignung zur preußischen Kodifikation hier schon ihr Ende.

<sup>187</sup> Es findet sich weder bei Ségolène DE DAINVILLE-BARBICHE, *De la justice de la nation à la justice de la république, 1789–1940. Guide des fonds judiciaires conservés au centre historique des Archives nationales*, Paris 2004, noch bei Pascal DURAND-BARTHEZ, *Histoire des structures du ministère de la justice 1789–1945*, Paris 1973 (v. a. S. 31–36) eine Erwähnung des Übersetzungsbüros.